

Deutscher Reporterpreis 2017

**Die 8 nominierten Texte
in der Kategorie
„Hauptstadt-Preis“**

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

1) Nicola Meier: Die erste Frau im Staat (0196)	03
2) Britta Stuff: Wo ist Hintze? (0567)	22
3) Ullrich Fichtner, André Geicke, Matthias Geyer, Andreas Wassermann: Made in Germany (0668)	33
4) Andreas Hoffmann und Axel Vornbäumen: Ziel Kanzleramt (0950)	80
5) Caterina Lobenstein: Hier herrscht Klassenkampf (0953)	89
6) Jens König: Der durch die Hölle geht (0957)	101
7) Gesa Steeger, Kersten Augustin: Ströbeles Erben (1079)	110
8) Lena Niethammer: Die grüne Hölle (1215)	119

Die erste Frau im Staat

Elke Būdenbender war Richterin. Jetzt ist sie die Gattin des Bundespräsidenten. Früher sprach sie Urteile. Jetzt muss sie lächeln, winken, Hände schütteln. Und sonst?

Von Nicola Meier, DIE ZEIT, 31.08.2017

Gleich ist er da, in den Funkgeräten der Polizisten knistert es. »Noch vier Minuten ... Noch drei ...« Wiesmoor in Ostfriesland, Station zwei des Bundespräsidenten an einem Morgen Anfang Juni. Absperrgitter vor der Blumenhalle des Städtchens, dahinter Männer und Frauen, den Regenschirm in der einen, das Handy fotobereit in der anderen Hand. Drinnen in der Halle erklärt ein Mitarbeiter den Journalisten, wo der Bundespräsident gleich stehen und was er machen wird – hier wird er sich ins Goldene Buch eintragen! Dort wird er sein Statement vor den Kameras abgeben!

»Und die Frau Būdenbender?«

»Die Frau ... Also, die steht einfach rum.«

Es gibt auch eine aktivere Variante. Bei einem anderen Termin heißt es: »Die läuft mit.«

Elke Būdenbender läuft also mit, wenn Frank-Walter Steinmeier, seit einem halben Jahr Deutschlands zwölfter Bundespräsident, auf Antrittsreisen in der Republik unterwegs ist, wenn er von Staatskanzlei zu Behindertenwerkstatt und von Kita zu Bürgerempfang eilt. Sie steht rum, wenn er in deutschen Rathaussälen ans Mikrofon tritt. Sie hört zu, wie ihr Mann redet, und sie hört zu, wie andere Männer reden, Ministerpräsidenten in deutschen Schlössern und Staatspräsidenten in den Palästen der Welt. Sie schüttelt Hände, sehr viele Hände, und manchmal beugt sich ein Herr

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

hinunter und deutet einen Handkuss an. Sie lächelt viel. Sie winkt viel. Sie sieht gut aus, darüber freuen sich die Fotografen.

Frank-Walter Steinmeiers Job als Staatsoberhaupt: Deutschland repräsentieren, nach innen und nach außen, so steht es in der Verfassung. Sein Dienstsitz: kein schnöder Bürokomplex, sondern das Schloss Bellevue in Berlin, früher Klassizismus, getrimmter Rasen. Ein Rest royaler Glanz, auch wenn das Deutsche Kaiserreich Geschichte ist.

22. März 2017. Im Schlosspark drängeln sich Journalisten hinter einem Absperrband. Vor ihnen ein langer roter Teppich, das Orchester der Bundeswehr steht bereit, um den neuen Bundespräsidenten mit militärischen Ehren zu begrüßen.

Steinmeier, frisch vereidigt, und Büdenbender treten gemeinsam aus dem Tor. Dann aber bleibt sie stehen, und er geht weiter, vor ihm der rote Teppich, den er abschreitet, ohne sie. Erst danach darf sie wieder neben ihn treten.

Wer mit dem Bundespräsidenten verheiratet ist, ist Deutschlands First Lady. Das klingt wichtig, aber ein offizielles Amt ist das nicht. In der Verfassung kommt die First Lady nicht vor, was sie tut, nennt man Funktion, Aufgabe, Rolle. Mit dem Amt, das Steinmeier übernommen hat, ist aus seiner Frau etwas geworden, das Frauen früher sehr oft waren, aber heute nicht mehr gerne sind: die Frau an seiner Seite.

Auf Terminen heißt es zur Sitzordnung kurz: »Da sitzen Bundespräsident und Frau.« Hat er halt dabei, die Frau. Hatten ja bisher alle Bundespräsidenten eine dabei. Weshalb die Konstanzer Staatsrechtsprofessorin Sophie Schönberger die Aufgabe der First Lady als »Bundeshausfrau« beschreibt.

Es war Steinmeier selbst, der am Vorabend seiner Wahl das Dilemma der Rollenverteilung ansprach, die sein neues Amt mit sich bringt. Dieses sei »sehr traditionell angelegt«, sagte Steinmeier auf einem Empfang. »Einer wird gewählt, und von dem anderen wird erwartet, dass er vieles aufgibt.« Im Fall von Elke Büdenbender, 55 Jahre alt: ihren Job als Richterin.

Selbst in der Spitzenpolitik, wo das traditionelle Geschlechtermodell lange Zeit sehr beliebt war – macht es die Dinge nicht einfacher, wenn sie ihm den Rücken frei hält? –, hat es an Fans verloren. Anke Gabriel, die Frau des Außenministers, ist

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Zahnärztin. Sie brauche ihre Praxis, wolle nicht vom Geld ihres Mannes abhängig sein, teilte sie in einem ihrer seltenen Interviews mit. Elisabeth Kauder, die Frau des CDU/CSU-Fraktionschefs Volker Kauder, ist Ärztin und Psychotherapeutin, ihren Jahresurlaub verbringt sie als Präsidentin der Hilfsorganisation »German Doctors« in den Slums von Kenia, Bangladesch und Indien. Inge Schulz, die Frau des SPD-Kanzlerkandidaten, ist Landschaftsarchitektin. Sie tritt nicht öffentlich auf. Auf die Frage, ob sie, sollte Martin Schulz die Wahl gewinnen, als Kanzlergattin in Erscheinung träte, erklärte der bei Maischberger, seine Frau würde sich eher wie Joachim Sauer verhalten.

Joachim Sauer ist das Synonym für: sein eigenes Leben fortführen. »Und Mann«, das gibt es bisher nicht. Angela Merkels Mann, Quantenchemiker, arbeitete weiter als Professor, als seine Frau ins Kanzleramt einzog. Hin und wieder eine Kutschfahrt um Schloss Elmau oder eine Rundfahrt durch den Hamburger Hafen, wenn seine Frau ein Gipfeltreffen ausrichtet, einmal im Jahr Bayreuth: Ansonsten ist von dem Mann an Angela Merkels Seite nichts zu sehen.

Büdenbender stammt aus Salchendorf, einem kleinen Ort im Siegerland, ihr Vater war Tischler und Stahlbauschlosser, die Mutter Verkäuferin. Einfache Verhältnisse wird das in der Welt genannt, in der sie sich jetzt bewegt. Sie machte eine Ausbildung zur Industriekauffrau, Abitur auf dem zweiten Bildungsweg, dann begann sie zu studieren, als Erste in der Familie. Ihr Lebensweg steht dafür, was man sich selber erarbeiten kann.

An der Juristischen Fakultät der Universität Gießen lernte sie Steinmeier kennen, damals Doktorand. Ihr fiel auf, wie nett er war, wie zugewandt, und gut aussehen tat er schon auch, fand sie.

Nach dem Studium arbeitete Steinmeier in der Niedersächsischen Staatskanzlei in Hannover als Referent für Medienrecht, vier Jahre später, 1995, heiratete Büdenbender dann schon einen Abteilungsleiter für »Richtlinien der Politik, Ressortkoordinierung und -planung«, was eine rasche Karriere bedeutete, aber nicht so klang, als würden rote Teppiche in Steinmeiers Leben einmal eine Rolle spielen. Büdenbender selbst wurde in Hannover Richterin am Verwaltungsgericht.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Sie behielt bei der Hochzeit ihren eigenen Namen, und sie behielt ihren Job auch dann, als ihr Mann in Berlin erst Kanzleramtschef unter Gerhard Schröder, dann Außenminister, Vizekanzler und schließlich, 2008, Kanzlerkandidat der SPD wurde. Die Kandidatur war ihr Testlauf für ein Leben in der Öffentlichkeit, und sie schien sich eher zu fügen, als sich zu freuen über das, was sie nun gefragt wurde: »Wie richten Sie ein?« (Bunte), »Sie sehen fit aus, treiben Sie Sport?« (stern), »Krawatte, Anzug – wer bestimmt das Outfit?« (Bild). Fragen an Frauen, gestellt von Männern. Als hätte sie nichts anderes zu tun, als das Haus einzurichten, sich um ihre Figur zu kümmern und für ihren Frank Klamotten zu kaufen.

Um die Frau des Kandidaten besser kennenzulernen, hätte man sich auch nach ihrer Arbeit erkundigen können, immerhin entschied sie zum Beispiel über Asylanträge, aber die einzige Frage, die in Bezug auf Büdenbenders Job gestellt wurde, war, ob sie ihn behalten würde, sollte ihr Mann Kanzler werden. Ihre Antwort: »Natürlich.«

Kurz: Elke Büdenbender fiel bisher auf als Frau, die sich Mühe gab, nicht nur die Frau von Frank-Walter Steinmeier zu sein. Und so waren die Erwartungen groß: Bekam Deutschland zwar wieder einen Mann als Bundespräsidenten, aber immerhin eine First Lady, die ihren Beruf behielt? Würde sie dem Modell »und Frau« eine Absage erteilen, zumindest in Teilzeit weiterarbeiten?

Nein. Sie ließ sich beurlauben, ist jetzt in Vollzeit First Lady an der Seite ihres Mannes, unbezahlt. Bundeshausfrau eben. Ist ihre Geschichte also die Geschichte einer gescheiterten Emanzipation?

Ein paar Stunden bevor Elke Büdenbender im Park von Schloss Bellevue zuschaut, wie das Bundeswehrorchester ihren Mann als neues Staatsoberhaupt begrüßt, sitzt sie mit ihm im Plenarsaal des Bundestages in der ersten Reihe, daneben Joachim Gauck und Daniela Schadt. Bevor Steinmeier vereidigt wird, hält sein Vorgänger Gauck seine Abschiedsrede, wie immer mit viel Pathos, es wird viel geklatscht. Besonders laut und besonders lange wird geklatscht, als er sich bei Daniela Schadt bedankt, »der Frau, die sich entschlossen hat, sich von ihrem Beruf zu verabschieden«.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Nur: Was hat es eigentlich zu bedeuten, wenn Abgeordnete aller Parteien im Jahr 2017 beklatschen, dass eine Frau ihrem Mann und dessen Job zuliebe auf ihren eigenen Job verzichtet?

Deutschland hat eine Frauenquote für Aufsichtsräte eingeführt und diskutiert eine Frauenquote für Vorstände. Ein Gesetz für Lohngerechtigkeit zwingt große Unternehmen dazu, offenzulegen, was Frauen und was Männer verdienen, um die Gehaltslücke zwischen den Geschlechtern zu verringern. Das Land hat in den vergangenen Jahren Milliarden für Kitas und Krippen ausgegeben, damit Mütter nach der Geburt ihrer Kinder nicht zu lange aussetzen müssen. Es gibt zahllose Initiativen für mehr Frauen in der Wissenschaft, in der Wirtschaft, in der Politik. Deutschland hat eine Kanzlerin, eine Verteidigungsministerin, und in der Theorie können Frauen heute alles werden, was sie wollen: Maschinenbauingenieurin, Chefredakteurin, Dax-Vorstand.

Wenn Deutschland so fortschrittlich ist: Wieso braucht es dann überhaupt eine Frau an der Seite des Bundespräsidenten? Ist die Gesellschaft nicht schon viel weiter? Oder sind die Deutschen in Wahrheit konservativer, als sie tun? Wünschen sie sich, wenn sie schon keinem König mit seiner Königin zujubeln können, an der Spitze des Staates wenigstens ein Bundespräsidenten-Paar, ein bisschen Glanz und Glamour?

Anfang April, im Regierungsflieger der Luftwaffe. Noch eine Stunde bis Athen, der Bundespräsident tritt, noch in Jeans, in den hinteren Teil der Maschine, lehnt hemdsärmelig zwischen den Sitzreihen der Journalisten, halb Staatsmann, halb alter Bekannter, bisschen plaudern mit dem Pressetross, alles Routine für Steinmeier, der als Außenminister oft in Griechenland war, alles nicht neu für ihn. Umso mehr für seine Frau. Es ist die erste Auslandsreise des Bundespräsidenten, auf der Elke Büdenbender ihren Mann begleitet. Die Kameras sind auch auf sie gerichtet. Das Amt der First Lady, das kein offizielles Amt ist: Es ist öffentlich.

Nach der Landung militärische Ehren vor dem Präsidentenpalast, Steinmeier verschwindet zum Gespräch mit seinem griechischen Kollegen, dessen Frau zeigt Elke Büdenbender die Agora, den antiken Versammlungsplatz. Es ist das sogenannte Damenprogramm, das mittlerweile offiziell Partnerprogramm heißt, was immerhin bedeutet, dass theoretisch auch ein Mann herumgeführt werden könnte. Nun aber

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

gehen zwischen alten Steinen wieder zwei Frauen spazieren, im Schlepptau deutsche Fotografen. »Frau Büdenbender, einmal hier, hiiir bitte!«, rufen sie.

Er für die Inhalte, sie für die Bilder.

Während niemand auf die Idee käme, den Schnitt des Anzugs von Steinmeier zu diskutieren, gibt es im Netz bereits Überschriften, die lauten: Im Style-Check: Elke Büdenbender.

Michelle Obama plauderte erst vor ein paar Wochen aus, dass ihr Mann während der acht Jahre seiner Präsidentschaft bei allen Staatsbanketten denselben Smoking trug. Es klang Neid durch bei Michelle Obama. Bei ihr sei bei jedem Termin von den Schuhen bis zur Halskette alles diskutiert worden. Die Frau als Kleiderstange: Alles, was eine First Lady trägt oder nicht trägt oder zum zweiten Mal trägt, taugt für eine Schlagzeile.

Abend in Athen. Fürs Staatsbankett lautet die Kleiderordnung für Frauen: »Kurzes Kleid«.

Im Festsaal des Präsidentenpalastes hängen riesige Kronleuchter an der Decke, auf den Tischen stehen goldumrandete Teller, viele Gläser. Das Menü: Seezunge in Weißweinsosse, gefüllte Weinblätter, Lamm, Baiser an Beeren, der Kinderchor der Nationaloper wird singen. Kellner mit ernsten Gesichtern verteilen im schwarzen Frack kleine Brötchen, entzünden Kerzen, man könnte auch in einem höfischen Historienfilm sein, aber statt Sissi kommt jetzt Alexis Tsipras mit seiner Partnerin herein, drei Dutzend Fotografen knipsen los. Frank-Walter Steinmeier betritt den Saal an der Seite des griechischen Präsidenten, dahinter ihre Frauen im kurzen Kleid.

Am Kopfende weiß Elke Büdenbender nicht sofort, wo sie sitzen soll, diskret wird ihr der Weg gezeigt. Rechts neben ihr: der griechische Präsident, links: Alexis Tsipras' Partnerin. Ihr schüttelt Elke Büdenbender erst mal ausgiebig die Hand. Es ist etwas, wofür man Büdenbender sofort sehr mag: Sie schüttelt Hände mit ordentlich Schwung. In dieser Umgebung könnte man auch sagen: wenig damenhaft. So, wie sie Hände schüttelt, winkt sie auch: mit Schmackes. Jetzt die Hymne, Einigkeit und Recht und Freiheit, und dann: Reden. Elke Büdenbender hört zu, wie der griechische

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Präsident redet, leider sehr lange, hört zu, wie ihr Mann redet, weniger lang, was alle erleichtert.

Am nächsten Tag: Eröffnung der documenta, wieder viele Reden, dann ins Akropolismuseum, antike Büsten, rotgesichtige deutsche Touristen, die gucken und staunen – »Das ist doch der ...« – und sich dann trauen: »Herr Steinmeier, wollte doch wenigstens mal die Hand schütteln!« Für Büdenbender interessiert sich niemand. Sie steht wieder rum.

Ist das nicht eine schrecklich undankbare Rolle?

Noch 1984, Marianne von Weizsäcker wurde gerade First Lady, stellte sich diese Frage überhaupt nicht. Damals beurteilten Journalisten – noch überwiegend Männer – es als »Glücksfall«, dass sie sich »nicht einmischt, wohl aber mitmischt« (Bunte). Und als sie einmal ihren Mann hinausgeschickte, weil der ein Interview von ihr störte, schrieb ein Journalist: »Dafür hätte er ihr die Gelbe Karte zeigen können« (Quick). Zwar hatte es da schon die erste und bisher einzige First Lady gegeben, die ihren Job zumindest stundenweise weitermachte – die Ärztin Veronica Carstens behielt ihre Praxis mit dem Schwerpunkt Naturheilkunde –, aber auch sie betonte, ihr Mann stehe als Bundespräsident an erster Stelle, ihr Beruf müsse vereint werden »mit dem, was der Mann braucht«.

Niemand wäre auf die Idee gekommen, zu hinterfragen, dass der Mann die Hauptrolle und die Frau die Nebenrolle spielt, weil das, nicht nur im Bundespräsidialamt, völlig normal war. Marianne von Weizsäckers Nachfolgerin Christiane Herzog schrieb Kochbücher und hatte eine Kochsendung im Fernsehen. Mehr Bundeshausfrau geht kaum.

Heute hingegen fragen Journalistinnen – es sind fast nur Frauen, die sich für die Rolle der First Lady interessieren – bei jedem Wechsel in Bellevue, was das denn bitte für ein veraltetes Rollenmodell sei. »Vollzeitaccessoires«, schreibt die Süddeutsche Zeitung zur Funktion von Präsidentenfrauen. »Das Elend der deutschen First Lady«, urteilt die Berliner Zeitung und kommentiert Elke Büdenbenders neue Aufgabe mit: »Für Charity ist sie zu schade.«

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Es ist ein bisschen so, wie wenn Frauen, die gerade noch Karriere gemacht haben, sich für die Mutterrolle entscheiden und andere Frauen das doof finden, im Sinne von: Und dafür hat sie nun also studiert, hat einen Dokortitel, hat Karriere gemacht. Ein Stück weit muss Elke Büdenbender auch die gesammelte »Gerade sie!«-Enttäuschung aushalten.

Wiesmoor, Ostfriesland. Frank-Walter Steinmeier und Elke Büdenbender sitzen mit Schülern zusammen, die an einem Planspiel zur Kommunalpolitik mit dem Titel »Pimp Your Town!« teilgenommen haben. Demokratie hat Steinmeier zum Thema seiner Präsidentschaft auserkoren.

»Habt ...«, fängt Büdenbender eine Frage an.

»Hat ...«, fängt Steinmeier gleichzeitig eine Frage an.

Sie hört auf zu reden, er spricht weiter.

Gießen, Hessen. Wieder eine Diskussionsrunde, dieses Mal mit Jura-Studenten. Büdenbender und Steinmeier haben beide hier, an dieser Fakultät, studiert. Die Studenten interessieren sich nur für ihn. Elke Büdenbender sitzt neben ihrem Mann, weit nach vorne gebeugt, sie schaut in die Runde, ihre Körperhaltung signalisiert: Ich bin voll da! Aber niemand fragt sie etwas. Der Bundespräsident ist eben er.

Schloss Bellevue. Zwei Monate sind seit der Vereidigung von Frank-Walter Steinmeier vergangen, zwei Monate sitzt Elke Büdenbender jetzt im ersten Stock im First-Lady-Büro. Ihr altes Büro, sagt sie, würde hier zweimal reinpassen, statt der Funktionsmöbel gibt es hier cremefarbene Eleganz und einen Blick in den Schlosspark.

Büdenbender sitzt auf dem Sofa, zappelt ein bisschen und lacht sehr viel, und weil es heute eben nicht mehr gut ankommt, wenn man bei Frauen nur über ihre Kleidung, ihre Figur und ihre Frisur schreibt – dunkelblaue Hose und weiße Seidenbluse, sehr schlank, kurzer Bob –, schreiben alle über Büdenbenders Lachen.

Es ist auch wirklich ein großartiges Lachen, je stärker, desto besser, am besten ist es, wenn sich Büdenbender über irgendwas kaputtlacht, Kopf in den Nacken, Augen zusammen, Mund auf. Sie lacht, wie sie Hände schüttelt und winkt: mit vollem Einsatz.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Sie redet auch so unverkrampft, wie es Politiker nicht mehr hinkriegen, wenn sie lange genug ein Amt innehatten. Stellt man ihrem Mann eine Frage, folgt oft eine kurze Pause und dann eine gemeißelte Antwort. Büdenbender redet sofort los, verliert manchmal den Faden, nimmt ein paar Umwege und kommt dann erst zu ihrer Antwort. Sie kann noch plappern. Sie redet wie ein normaler Mensch, weshalb es auffällt, wenn sie doch einmal geschliffen antwortet. Dann weiß man: Auf diese Frage war sie vorbereitet.

Zum Beispiel auf die Frage, wie schwer es ihr fiel, ihren Beruf aufzugeben.

»Ich bin wahnsinnig gerne Richterin«, sagt Büdenbender. »Und ich bin es ja auch immer noch, ich bin derzeit lediglich beurlaubt. Aber ich habe auch gedacht: Das ist jetzt ein guter Zeitpunkt, um noch einmal etwas Neues anzufangen. Wann hat man schon mal die Chance, so eine Arbeit machen zu dürfen? Ich empfinde das als großes Privileg.«

Ja, sagt sie, wäre ihr Mann damals Bundeskanzler geworden, hätte sie wohl weitergearbeitet. Aber die Partnerin des Bundespräsidenten habe eine andere Rolle als die Partnerin des Kanzlers.

»Wir haben das für uns so entschieden«, sagt Büdenbender. »Und am Ende treffe ich – immer – meine Entscheidungen selbst.« Das »immer« betont sie. Der »und Frau«-Vorwurf wiegt schwer. Büdenbender ist ein Stück weit genervt davon, dass man ihr mit der neuen Rolle die Eigenständigkeit absprechen will.

Die beste Antwort gibt sie, als man zu spät merkt, dass man ihr gerade selbst eine Klischeefrage gestellt hat. Eine, die wohl kein Mann zu hören bekommt.

»Haben Sie Ihren Mann denn früher, als er noch Außenminister war, auch auf Reisen begleitet?«

Sehr selten, sagt Büdenbender. »Er hat mich ja auch nicht in meine Sitzungen am Gericht begleitet.«

Es sind solche Momente, in denen man begreift, dass Büdenbender es nicht nötig hat, sich von ihrem Mann zu emanzipieren. Sondern dass man sich selbst von der falschen Wahrnehmung befreien muss, Büdenbender sei als First Lady nur das Frauchen, das neben ihrem Mann herlächelt.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

In Gießen, wo die Jura-Studenten nur Augen und Ohren für den Bundespräsidenten haben und sie, die Richterin, nichts gefragt wird, mischt sie sich irgendwann selbst ins Gespräch ein. In Wiesmoor bei den Schülern, als Büdenbender mitten im Satz innehält und ihrem Mann den Vortritt lässt, fragt sie, verteilt auf die ganze Diskussion, viel mehr als er.

Man sollte die Frage also neu formulieren. Nicht: Warum nimmt eine Frau wie Elke Büdenbender diese Nebenrolle an? Sondern: Wie füllt eine Frau wie Elke Büdenbender diese Rolle aus, die womöglich viel mehr ist als eine Nebenrolle? Dann klärt sich der Blick.

Was also macht eine First Lady den ganzen Tag, wenn sie nicht gerade ihren Mann begleitet? Was bedeutet das, wofür Elke Büdenbender angeblich zu schade ist: Charity? Wohltätig sein? Nur noch ehrenamtlich arbeiten?

»Was heißt hier ›nur‹?«, fragt Marianne von Weizsäcker, heute 85 und jene First Lady, von der damals ein Journalist glaubte, dass ihr Mann ihr die Gelbe Karte hätte zeigen können, weil sie ihn rausschickte. Marianne von Weizsäcker verteilt lieber selber welche. »Nur ehrenamtlich« – das klingt abwertend«, sagt sie, »und das finde ich ziemlich unerhört.« Von Weizsäcker hat in ihr Haus in Berlin-Dahlem eingeladen, um über die Arbeit einer First Lady zu reden, die sie einmal »Hochleistungssport« nannte. »Wenn man die Rolle so versteht, wie ich sie verstand und wie mein Mann sie in Bezug auf mich verstand, ist es eine vollkommen eigenständige Rolle, mit eigenen Themen. Ich war als Ehefrau kein Anhängsel.« Sie deutet auf Papiere auf dem Wohnzimmertisch: eine aktuelle Pressemitteilung ihrer Stiftung. Von Weizsäcker kümmert sich seit ihrer Zeit als First Lady um die Integrationshilfe für ehemals Suchtkranke.

Traditionell übernimmt jede First Lady die Schirmherrschaft des Müttergenesungswerks und die von Unicef, inzwischen außerdem die der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS). Fast jede First Lady bearbeitet außerdem ein eigenes Schwerpunktthema, das sie sich selber aussucht. Mildred Scheel gründete die Deutsche Krebshilfe, Wilhelmine Lübke half bei der Gründung von »Essen auf Rädern«.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Fünf von elf ehemaligen First Ladies leben noch: Marianne von Weizsäcker, Christina Rau, Eva Luise Köhler, Bettina Wulff und Daniela Schadt. Sie zu treffen ist nicht einfach. Man schreibt Briefe und E-Mails, die das Bundespräsidialamt weiterleitet, ruft in Büros von Altbundespräsidenten an, bekommt besorgte Nachfragen: »Wollen Sie fragen, ob die First Lady bezahlt werden sollte?« Christina Rau findet, es sei doch schon alles gesagt über diese Rolle, Daniela Schadt hat einen sehr vollen Terminkalender, Eva Luise Köhler steht kurz vor ihrer Abreise in den Urlaub. Aber keine der Damen sagt einfach Nein, anscheinend gehört sich das nicht für eine First Lady a. D.

Unkompliziert reagiert neben Marianne von Weizsäcker auch Bettina Wulff, die selbst zurückruft, sich kurz bespricht, dann sagt: Okay. Sie lädt ein nach Großburgwedel, gerne montags oder donnerstags, wegen der Kinder, ansonsten, sie lacht, lebe sie jetzt ja wieder sehr selbstbestimmt. Ein kleiner Seitenhieb aufs strenge Protokoll des Bundespräsidialamtes.

Ein paar Wochen später sitzt Bettina Wulff, heute 43, im Restaurant des Hotels Kokenhof, sie sieht so aus, wie man sie von unzähligen Fotos kennt: groß, blond und schön. Amerika hatte Michelle Obama, Frankreich Carla Bruni. Als Bettina Wulff 2010 First Lady wurde, rasteten die Zeitungen förmlich aus über »die coolste First Lady« (stern), »die schöne Deutsche« (Bunte), »Lady lässig am Laufsteg der Macht« (Bild am Sonntag).

Wenn es in Deutschland schon keine Monarchie gibt, mit Kronprinzessinnen wie in Schweden und Dänemark, oder eine bevorstehende Adelshochzeit wie in Großbritannien, dann doch bitte wenigstens eine »First Lady, die Star-Appeal besitzt und Sex-Appeal versprüht« (Focus).

Wulff hat ein Buch geschrieben über ihre Zeit als First Lady, es heißt Jenseits des Protokolls. Es wurde ihr als Nachtreden übel genommen, sie selbst spricht heute von einem großen Fehler. Was das Buch auszeichnet, ist seine Ehrlichkeit. Während Michelle Obama das Weiße Haus mal mit einem Gefängnis verglich, äußerten deutsche First Ladies bisher keinerlei Kritik, weder am strengen Protokoll noch an der Dauerbeobachtung durch die Medien oder daran, dass sie auf ihr Aussehen reduziert wurden. In Wulffs Buch kann man lesen, dass ihr all das manchmal Qualen bereitete.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Sosehr die Erinnerung an Bettina Wulff als First Lady heute überlagert wird vom plötzlichen Ende der Präsidentschaft ihres Mannes: Es war Bettina Wulff, mit der sich die Rolle der Präsidentengattin veränderte. Mit nur 36 Jahren war sie die jüngste First Lady, die Deutschland je hatte, die offizielle Anrede »sehr verehrte gnädige Frau« war ihr schlicht unangenehm. Bettina Wulff hatte zwei kleine Kinder, nur eins davon war von Christian Wulff. Sie führte in Bellevue also etwas ein, das es dort noch nicht gegeben hatte: die Patchworkfamilie. »Es waren sicherlich nicht alle begeistert, als Angela Merkel meinen Mann als Bundespräsidenten vorschlug«, sagt Wulff heute. In konservativen Kreisen reicht schon ein geschiedener Katholik, der mit einer jüngeren Frau noch mal ein Kind kriegt, um für ordentlich Gerede zu sorgen.

Auf Bettina Wulff folgte Daniela Schadt, die erste First Lady, die nicht mit dem Bundespräsidenten verheiratet war. Noch schlimmer: Von seiner Frau hatte sich Gauck nie scheiden lassen. Er, der Pastor. Der Bundespräsident möge doch bitte seine Verhältnisse ordnen, hieß es damals aus der CSU. Im Präsidialamt gingen stapelweise wütende Bürgerbriefe ein.

Bevor Elke Büdenbender ihr Büro in Bellevue bezog, hat sie sich mit ihrer Vorgängerin Daniela Schadt getroffen, Tradition unter First Ladies: Wen sonst soll man auch um Rat fragen, wer sonst weiß wirklich, welche Arbeit auf einen zukommt?

Anfang Juli sieht der Terminkalender von Elke Büdenbender so aus:

1. Juli: Staatsakt für Helmut Kohl in Straßburg und Speyer. 2. Juli: Besuch beim Integrationsprogramm »Willkommen im Fußball« als DKJS-Schirmherrin in Berlin. 3. und 4. Juli: Antrittsreise nach Baden-Württemberg, Termine zwischen Landtag und Literaturarchiv, Daimler-Werk und Schloss. 5. Juli: Besuch aus China, Gespräch mit der Frau des chinesischen Präsidenten, dann ein Gespräch mit der Frau des südkoreanischen Präsidenten, der auch gerade da ist, abends Staatsbankett, das heißt: spezielle Kleiderordnung und Defilee im Salon Luise in Bellevue. 6. Juli: Gespräche mit der Frau des vietnamesischen Premierministers. Und zwischen den Terminen immer: am Schreibtisch sitzen, Vorbereitungsakten lesen, neue Termine planen.

Kühlungsborn, Mecklenburg-Vorpommern. Wenn der Bundespräsident kommt, fassen sich die Polizisten am Zielort an ihre Stecker im Ohr und sprechen in

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Funkgeräte, brausen Uniformierte auf Motorrädern mit Blaulicht heran. Elke Büdenbender steht einfach im Foyer der Stella-Maris-Klinik und sagt: »Hallo! Hi!« Sie ist fünf Minuten zu früh, was alle durcheinanderbringt. Die einen eilen umher, um jemanden zu suchen, der noch nicht da ist, die anderen stehen im Kreis und wissen nicht so recht, wie weiter. Büdenbender wartet. Hinter ihr, auf einer extra aufgestellten Plakatwand, lächelt überlebensgroß eine blonde Frau mit einem Baby auf dem Arm. »Wir machen Mütter stark«, steht daneben. Der Bundespräsident fliegt zum Antrittsbesuch nach Paris, Elke Büdenbender fährt an die Ostsee, Kurklinik des Müttergenesungswerks statt Élysée-Palast.

Müttergenesungswerk, ein Name, der heute so altbacken anmutet wie das Jahr, aus dem er stammt: 1950 wurde es von Elly Heuss-Knapp, Deutschlands erster First Lady, gegründet, mitten im Frau-an-seiner-Seite-Zeitalter.

Ein Stuhlkreis im leer geräumten Speisesaal der Klinik, blassgelbe Wände, beiges Linoleum. Kein Glamour, nirgends. Stattdessen: Frauen auf sogenannter Mutter-Kind-Kur, drei Wochen. Etwas befangen sitzen die Patientinnen da, die Klinikleiterin redet, ein Arzt redet, Büdenbender, selbst Mutter einer erwachsenen Tochter, rutscht auf ihrem Stuhl herum. Dann endlich kann sie losfragen: »Wie lange haben Sie denn auf einen Platz warten müssen?« – »Welche Therapieangebote nutzen Sie?« – »Wenn Sie mit Kindern hier sind, haben Sie da denn überhaupt genug Zeit für sich?«

Wenn Elke Büdenbender etwas mühelos kann, dann ist es, mit Menschen zu reden. Sie sitzt auf ihrem Stuhl inzwischen so weit vorne, dass sie fast runterfällt, den Blick immer auf die Frau gerichtet, mit der sie sich gerade unterhält. Zwiegespräch in einem Raum mit 40 Menschen, davon ein Dutzend Journalisten. Frauen, die gerade noch befangen waren, erzählen offen davon, wie sie nicht mehr konnten, Burn-out. Büdenbender nickt und will alles ganz genau wissen, überall.

Ihr häufigster Satz ist: »Ich hab da noch einmal eine Frage.«

»Gibt es hier auch Vater-Kind-Kuren?«, fragt sie in der Mütter-Runde in Kühlungsborn.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

»Habt ihr denn auch Mädchen?«, fragt sie Fußballer des Mainzer Vereins FC Ente Bagdad, der bei jungen Flüchtlingen auf Integration durch Sport setzt.

»Und die Ehemänner, wie reagieren die, wenn die Frauen hierherkommen?«, fragt sie in Brüssel-Molenbeek, als sie ein Integrationszentrum für Frauen besucht.

»Wie viele Frauen sind denn berufstätig?«, fragt sie in der kasachischen Hauptstadt Astana, als sie mit Unicef-Vertretern zu Mittag isst.

Wer denkt, die First Lady habe eine 40-Stunden-Woche, irrt. Auf Reisen sind Tage mit zwölf Stunden Termin-Stakkato völlig normal, Jetlag hin oder her. Man kann es auch so sehen: Büdenbender hätte es bequemer, würde sie weiter im Verwaltungsgericht Akten lesen, also das tun, was sie gelernt hat. Dass sie mit 55 Jahren etwas Neues wagt, ist das nicht auch sehr mutig?

Wenn an einem heißen Sommertag der Fahrer die blickdichten Fenster der Bundespräsidentenlimousine einen Spalt herunterlässt und man guckt rein, sieht man auf der Rückbank: Papierstapel. Auf seiner Seite. Und auf ihrer auch. Wenn der Regierungsfieger kurz vor Mitternacht landet und Mitarbeiter und Journalisten schon weggedöst waren und, leicht lädiert vom Rotwein zum Abendessen, die hintere Flugzeugtreppe hinuntersteigen, huscht Büdenbender vorne in Jeans und mit Papieren in der Hand raus. Ihre Terminvorbereitungsakten scheint sie genauso sorgfältig zu lesen wie früher ihre Akten am Gericht. Ihr Schwerpunktthema als First Lady hat sie gefunden, es wird Berufliche Bildung sein – Zugang zu Bildung, berufliche Aus- und Weiterbildung.

Er für die Inhalte, sie für die Bilder? So läuft das nicht bei Elke Büdenbender.

Bei ihrem Besuch an der Uni in Gießen gehen Steinmeier und Büdenbender zum Mittagessen in die Mensa, die kalkulierte Aussage der Bilder: Alles wie früher. Es gibt Tafelspitz und Kartoffeln und Grüne Soße, man ist ja in Hessen. Die beiden gehen durch ein Spalier von Fotografen. »Jetzt habt ihr drauf, dass ich mehr draufhab«, sagt Steinmeier mit Blick auf sein Tablett, hahaha. Steinmeier weiß, er muss mitmachen. Büdenbender hadert noch damit.

Das »Einmal hier bitte«-Lächeln für die Kameras ist das einzige Büdenbender-Lachen, das manchmal schief gerät.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Mitte Juli, Afghanistan, Landeanflug auf Masar-i-Scharif. Frank-Walter Steinmeier fliegt weiter nach Kabul, um den Präsidenten zu treffen, Elke Bündenbender bleibt hier, im Feldlager der Bundeswehr. Damenprogramm im Staub von Camp Marmal.

Wenn Partnerprogramm hieße, dass sich Bündenbender nur Altstädte anschaut: Dafür wäre sie wirklich zu schade. Aber noch am Tag zuvor hat sie in der kasachischen Hauptstadt Astana mit Juristen zusammengesessen und die Verfassungsreform des Landes durchgesprochen. Jetzt sitzt sie in einem Zelt in Afghanistan, schummriges Licht, stickige Hitze, und hört sich an, was drei Männer und zwei Frauen über ihr Land berichten – was ihnen Angst macht, was sie ärgert, wie sie die Zukunft sehen, einer der Männer nennt das »the real picture of Afghanistan«. Niemand, der Elke Bündenbender in diesem Zelt in Masar-i-Scharif diskutieren hört, käme auf die Idee, sie Bundeshausfrau zu nennen.

In Zeitungen und Fernsehnachrichten aber taucht Bündenbender meist nur bei gemeinsamen Terminen des Präsidentenpaares auf. Die Bürger sehen, wie sie lächelt, wie sie winkt. So entsteht ein Bild von ihr, das Deutschland sich womöglich insgeheim wünscht.

Geschenke, die Frank-Walter Steinmeier auf seinen Reisen durch die Republik bekommt, feierlich überreicht von Bürgermeister, Ministerpräsidenten, Ehrenamtlichen: Bücher. Ein Fußballtrikot. Gerne auch Alkohol: ein Fass Bier, eine Flasche Gin.

Elke Bündenbender bekommt: eine Porzellanvase. Ein Teeservice. Viele Blumensträuße.

Frank-Walter Steinmeier war als Außenminister mit der Euro-Rettung und der Flüchtlingskrise befasst, auch heute fällt er manchmal noch in seine alte Rolle zurück, redet auf einmal über den Brexit oder den Friedensprozess in Kolumbien. Aber er muss jetzt auch Kindergärten, Entbindungsstationen und Kommunalverbände besuchen, muss über die Ausbildung von Erzieherinnen, die Problematik von zu wenig Ärzten auf dem Land und die Rettung der örtlichen Schwimmhalle reden, über Bildung, Soziales und Lokales also, Themen, die nah am Menschen sind – und oft als

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

»Frauenthemen« belächelt werden. Dabei fällt auf: Bei solchen Terminen stehen die Bürger ein wenig respektstarr vor dem Staatsoberhaupt, obwohl sich Steinmeier alle Mühe gibt. Mit Elke Bündenbender reden sie einfach.

»Mensch, ist die sympathisch«, sagen mitreisende Journalisten.

Es gibt Nebenrollen, die fangen irgendwann an, die Hauptrolle zu überstrahlen.

Geht es um die Gleichberechtigung einer Frau, darf man eine Person nicht unbeachtet lassen: den Mann an ihrer Seite. Hält er es aus, wenn sie glänzt? Das fängt schon an bei der Frage, ob der Bundespräsident einem Interview zustimmen wird, in dem es nicht um ihn, sondern um sie geht.

Am Tag seiner Wahl hat Frank-Walter Steinmeier auf Facebook gepostet: »Liebe Elke, ich will mich ganz herzlich bedanken, dass Du das mitmachst. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Ich könnte es ohne Dich nicht machen und ich hätte es ohne Dich nicht gemacht.«

Schloss Bellevue, im Arbeitszimmer des Bundespräsidenten gibt es weniger cremefarbene Eleganz als im Zimmer seiner Frau, dunkles Leder in der Sitzecke und die Standarte neben dem Schreibtisch.

»Stimmt das wirklich, dass Sie es nicht gemacht hätten, wenn sie es nicht gewollt hätte?«

»Wenn sie gesagt hätte: ›Mit mir nicht!‹, dann hätte ich mich auch nicht beworben für das Amt. Das ist so, klar!«

Es sei heute ein anderer Schritt für Frauen, wenn sie aus dem Beruf kämen, sagt Steinmeier. »Dass eine Frau sagt: ›Egal, was mein Mann macht: Ich mache mit‹, das gibt es heute nicht mehr oft, das hat sich verändert.«

Auf Terminen sagt Steinmeier oft: »meine Frau und ich«, »auch im Namen meiner Frau«. Oder er dreht sich zu ihr und sagt: »Das wirst du jetzt besser wissen als ich.«

Steinmeier spendete seiner damals schwer kranken Frau 2010 eine Niere. Und er tat 2012 etwas, was nicht für jeden Spitzenpolitiker normal wäre. Er verzichtete auf

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

eine zweite Kanzlerkandidatur – ihr zuliebe. Er fühlte sich zu Hause mehr gebraucht als im Wahlkampf.

Zu seiner Frau als First Lady sagt er: »Ich finde, sie macht das großartig.« Für einen wie Steinmeier ist das ein Gefühlsausbruch.

Was er nicht sagt, ist: Sie sollte Geld bekommen. Seine Antwort zu diesem Thema ist eine von nur zwei Antworten aus dem Interview, die von der Pressestelle im Nachhinein noch einmal bearbeitet werden. Kein Thema ist anscheinend so heikel wie die Frage, ob eine Frau, wenn sie arbeitet, bezahlt werden sollte. Steinmeier sagt dazu: »Wir kannten die Bedingungen, als ich die Aufgabe übernommen habe, und wir kommen gut klar damit.«

Was soll er auch sonst sagen. Natürlich können weder er noch seine Frau selbst Geld für ihren Job verlangen. Es würde gierig wirken. Ein Bundespräsident verdient im Monat knapp 19 000 Euro brutto, das ist sehr viel Geld, auch für zwei Personen. Nur: Darum geht es nicht. Es geht darum, dass sie kein Geld bekommt, obwohl sie Vollzeit arbeitet.

Die unbezahlte Arbeit übernehmen in Deutschland noch immer überwiegend Frauen. Es sind Frauen, die sich um die Kinder kümmern – unbezahlt. Es sind Frauen, die sich um Pflegefälle in der Familie kümmern – unbezahlt. Und es sind anscheinend auch Frauen, die sich um ihr Land kümmern – unbezahlt. Ein bundespräsidentialer Gender-Pay-Gap, der einfach hingenommen wird.

Auch die ehemaligen First Ladies werden sehr schweigsam beim Thema Gehalt, außer Marianne von Weizsäcker, die gegen eine Bezahlung ist, weil die First Lady mit ihr jene Freiheit verlöre, die diese Rolle ausmache. Eine der anderen sagt, dass es in Deutschland einen Aufschrei gäbe, sollte eine von ihnen sich dafür aussprechen. Selbst diese Aussage wird vor der Veröffentlichung zurückgezogen. So groß ist die Sorge.

Ein Blick nach Frankreich genügt, um zu beweisen, wie wahrscheinlich ein Aufschrei wäre. Der französische Präsident Emmanuel Macron verkündete Ende Juli, dass seine Frau einen offiziellen Status mit festgelegten Aufgaben und ein eigenes Budget für ihre Arbeit bekommen solle. Sofort starteten die Franzosen eine Petition dagegen, Hunderttausende unterschrieben. Ergebnis: Macron ruderte zurück, seine

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Frau bekommt keinen offiziellen Status und kein Budget, einzig ihre Aufgaben werden jetzt in einer sogenannten Transparenz-Charta beschrieben.

In den deutschen Medien würde eine First Lady gefeiert, die ihren Job behielte. In der Bevölkerung, auch das ist klar, wenn man Elke Bündenbender eine Weile begleitet, nicht unbedingt. Dort wundert man sich in mancher Runde sehr darüber, dass sie Bündenbender heißt, wo sie doch »die Frau vom Steinmeier« ist.

Warnemünde, Mecklenburg-Vorpommern, das sechste Bundesland, das Bündenbender und Steinmeier gemeinsam besuchen, das erste mit einer Ministerpräsidentin: Manuela Schwesig. Auf der Zwei-Tages-Tour gibt es eine Runde zum Thema »Frauen in Führungspositionen«. Frank-Walter Steinmeier sitzt auf dem Podium, neben ihm eine Unternehmerin, eine Journalistin, eine Wissenschaftlerin, die Ministerpräsidentin und seine Frau, die Richterin.

Die Frauen erzählen, wie sie irgendwo saßen, um sie herum nur Männer. Steinmeier erzählt, wie er an seinem ersten Tag im Bundespräsidialamt saß, um ihn herum nur Frauen. »Da, finde ich, hat sich in den letzten Jahren einiges getan«, sagt er. »Natürlich gibt es, wenn man genau hinschaut, noch keine gerechte Chancenverteilung, gerade in der Politik und gerade wenn es nach oben geht.«

Elke Bündenbender wird gleich das Wort ergreifen. Sie wird von ihrer Laufbahn als Richterin erzählen, sie wird wieder einmal alle für sich gewinnen mit ihrer Ehrlichkeit – »Immer wenn ich was Neues gemacht habe, dachte ich erst: Oh Gott, schaffe ich das denn überhaupt?« Sie wird sich für die Quote in der Wirtschaft aussprechen – »weil ich finde, da muss man die Männer wirklich zwingen, die Frauen zu suchen, die diese Jobs machen können« – und von der Vereinbarkeit von Beruf und Familie reden.

Nach der Veranstaltung wird sie dann mit ihrem Mann, dem Bundespräsidenten, an der Strandpromenade entlanglaufen, sie wird lächeln und winken und Hände schütteln. Sie wird für diesen Spaziergang die Frau an seiner Seite sein. Na und?

Wichtiger ist der Moment, als sie auf dem Podium das erste Mal anfängt zu sprechen, und zwar ein bisschen zu leise für den Saal.

Frank-Walter Steinmeier reicht ihr sein Mikrofon. Damit alle sie hören können.

HINTER DER GESCHICHTE

Ausgangsfrage: Warum gibt eine Richterin ihren Job auf, wenn ihr Mann Bundespräsident wird?

Recherche: Die Autorin begleitete Elke Bündenbender über mehrere Monate, sie sprach mit vier ehemaligen First Ladies und mit Frank-Walter Steinmeier

Herausforderung: Die ständige Sorge, die stets auf die Minute pünktliche Kolonne des Bundespräsidenten zu verpassen. Und kasachische Bodyguards, die in Astana jeden wegstießen, der sich auch nur in die Nähe des Bundespräsidenten und der First Lady vorwagte.

Wo ist Hintze?

Fast alle in der CDU suchten den Rat von Peter Hintze. Vor zehn Monaten starb er. Was bleibt von einem Leben in der Politik?

Von Britta Stuff, Der Spiegel, 23.09.2017

"Peter Hintzes Einfluss in der Union war überragend", sagt Bundesinnenminister Thomas de Maizière.

"Peter Hintze war für die CDU wichtiger als die meisten Minister", sagt Armin Laschet, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.

"Wenn jemand in der Union ein Problem hatte, ging er zu Peter Hintze", sagt Kanzleramtsminister Peter Altmaier.

Abschied

Am Morgen des 3. Dezember 2016 wurden in Bad Honnef die Weyermannallee und die Luisenstraße gesperrt, außerdem Teile der Girardetallee und der Linzer Straße. Vor der Erlöserkirche froren Dutzende Sicherheitsmänner in Schwarz. Durch die Türen drang ein Kinderlied nach draußen.

Weißt du, wie viel Sternlein stehen

an dem blauen Himmelszelt?

Weißt du, wie viel Wolken gehen

weithin über alle Welt?

Gott, der Herr, hat sie gezählet,

dass ihm auch nicht eines fehlet

an der ganzen großen Zahl.

Drinnen, in der hellen Kirche, die selten so voll war wie an diesem Tag, saß die Kanzlerin neben Thomas de Maizière, sie weinten. Offiziell war kein Staatsakt angeordnet. Doch neben der Kanzlerin kamen fast alle CDU-Minister, ein ehemaliger Bundespräsident, der Bundestagspräsident, der Fraktionsvorsitzende der Union. Wenn man nachfragt, warum Hintzes Beerdigung wie die eines großen Staatsmannes aussah, sagt Thomas de Maizière: "Peter Hintze hat diesen informellen Staatsakt bekommen, weil er als Mensch so bedeutend war."

Im Bundestag

Der Bundestag ist wie ein nasser Schwamm im Wasser. Drückt man ihn aus, strömt sofort neues Wasser ein, sobald man ihn loslässt. Hintze war 26 Jahre lang Mitglied des Deutschen Bundestags, er hat als Generalsekretär für Helmut Kohl einen Wahlkampf gewonnen und einen verloren, er hat die Verhüllung des Reichstags durch Christo durchgesetzt und für die Präimplantationsdiagnostik gekämpft. Aber wenn man ihn im Bundestag sucht, ist es, als wäre er nie da gewesen. In sein Büro im fünften Stock des Jakob-Kaiser-Hauses, Raum 5128, zog die neue Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, Michaela Noll. In einem Übergangsbüro der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen richtete sich elf Tage nach Hintzes Tod sein Nachfolger, der Kieferorthopäde Mathias Höschel, ein.

Die Büros im Bundestag sind Orte größter Sachlichkeit. Wer hier sitzt, ist aus vielen Entscheidungen als Überlebender hervorgegangen. Dennoch kann niemand wissen, ob er nach vier Jahren noch hier sein wird. Und selbst wenn. Man wird nach der nächsten Wahl wahrscheinlich in ein anderes Büro ziehen, eine neue Aussicht haben, neue Flure entlanglaufen, auf einem anderen Stuhl sitzen. Alles hier ist darauf eingerichtet, dass Menschen verschwinden.

Hintze: "Glauben Sie, ich muss mit der Politik aufhören?"

Arzt: "Ich glaube, Politik hilft Ihnen zu leben."

Als Hintze, der Nichtraucher war, im Frühjahr 2013 an Lungenkrebs erkrankte, und sein Arzt ihm sagte, die Prognose liege bei 12 bis 18 Monaten, machte er weiter wie immer. Viele, die erfahren, dass sie bald sterben werden, hören auf zu arbeiten. Wenn man Schwerkranke fragt, was sie in ihrem Leben am meisten bereuen, sagen viele, dass sie zu lange und zu viel gearbeitet haben.

Hintzes Frau sagt, sie habe ihrem Mann vor mehr als 20 Jahren gesagt: "Wenn du Generalsekretär wirst, bist du gar nicht mehr zu Hause, dann verlasse ich dich." Er hatte ihr geantwortet: "Dann musst du das tun." Sie habe irgendwann verstanden, dass er einfach so sei. Als die beiden erfuhren, wie schlecht es um ihn steht, fragte ein befreundetes Paar, warum Hintze nicht mit der Politik aufhöre. Die beiden sahen sich an. Es war klar, dass das nicht infrage kam.

Hintze war bereit, alles zu tun, was ihm der Arzt riet. Er ließ sich bestrahlen und operieren. Er nahm an jeder Studie teil, die ihm hätte Aufschub verschaffen können. Oft flog er direkt nach der Entlassung aus der Klinik wieder nach Berlin, in sein Büro mit Blick auf die Reichstagskuppel.

Auf seinem letzten Parteitag am 15. Dezember 2015 sagte er: Schön, dass ich das noch erleben darf.

"Ich habe mich immer gefragt, was das für ein Moment wird, in dem Hintze geht und man weiß, es ist für immer", sagt ein Minister.

Als Hintzes politisches Leben endete, an seinem letzten Tag im Bundestag, am 8. Juli 2016, sagte er wie immer: "Bis bald."

Im Archiv

"Hintze wird neuer Generalsekretär der CDU", "Berliner Zeitung", 1992

"Hintze hält an Wahlwerbung gegen die PDS fest", "taz", 1994

"Kohl für Wiederwahl von Generalsekretär Hintze", "Süddeutsche Zeitung", 1996

"Hintze räumt Fehler ein", "Süddeutsche Zeitung", 1997

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

"In der Union Kritik an Hintze", "Die Welt", 1998

"Unmut in der CDU-Spitze über Hintze", "Frankfurter Rundschau", 1998

"Hintze dementiert Gerüchte um Entmachtung", "FAZ", 1998

"CDU-Generalsekretär Hintze gibt auf", "Die Welt", 1998

Die Politik nahm Hintze, wie allen, die in ihr groß werden, den Vornamen. Für Hintze ging es nach oben, als die Macht seiner Partei zu Ende ging. Es waren die letzten Jahre der Kohl-Regierung. In dieser Zeit war "Pfarrer Hintze" ein Schimpfwort. Er galt als Kohls Kofferträger, als Mann der Rote-Socken-Kampagne.

Die Fernsehbilder von Hintze aus dieser Zeit sehen heute aus, als seien sie wie Gardinen langsam vergilbt. Er wirkt auf ihnen wie jemand, der alles und nichts zugleich ist: Aufgeregt, aber selbstgefällig. Altmodisch, aber jungenhaft. Langatmig und arrogant, aber zugleich wie jemand, der am liebsten weglaufen würde.

Knapp zwei Jahrzehnte später werden Hintzes Freunde diese Bilder als politischen Tod beschreiben. Sie werden sagen, dass man in der Politik ohne gute Bilder nicht existiert.

Hintze, sagt Christian Wulff, war jemand, den man nicht verstehen kann, wenn man nur die Artikel und Videos über ihn kennt.

Hintze wusste das.

Die anderen

Peter Altmaier hat eines der schönsten Büros im Regierungsviertel und ein Vorzimmer, das man an eine kleine Familie untervermieten könnte. Es ist im siebten Stock des Kanzleramts, man sieht den Hauptbahnhof, Berlin liegt einem zu Füßen. Altmaier muss erst mal die Schuhe anziehen, die unter dem Schreibtisch stehen, dann kommt er zum Besprechungstisch.

Es gibt einen Witz in der CDU: Sitzen drei Abgeordnete zusammen, sagt der eine: Reden wir mal über was wirklich Wichtiges: Was wird aus mir?

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Werde ich mal Fraktionsvorsitzender oder Staatssekretär? Ist ein Ministerposten drin oder nur ein Ausschussvorsitz?

Es klingt, als sei alles in der Politik nur am Status ausgerichtet.

Wenn man Altmaier nach Hintze fragt, schließt er die Augen und spricht dann, als stünde innen auf den Lidern ein verblichener Text, den er ablesen muss. Er erzählt dann eine Geschichte, die ein bisschen klingt wie ein Märchen, aber sie klingt bei fast allen, die auf Hintzes Beerdigung waren, gleich. Bei Armin Laschet, dessen Büro einem Adlerhorst gleicht, mit Blick auf ganz Düsseldorf. Bei Thomas de Maizière, der das Gespräch mit "Legen Sie los" beginnt und mit "Gut dann!" beendet. Bei Gesundheitsminister Hermann Gröhe, der an der Berliner Friedrichstraße sein Büro hat, in einem Turmzimmer, in dem die Klimaanlage versagt hat, sodass er um Entschuldigung bitten muss, aber er könne wirklich kein Jackett anlegen.

Sie holen ein bisschen aus, um erst mal zu sagen, wie das Geschäft läuft. Freundschaft, sagen sie, sei so ein Wort, das man in der Politik gern benutze, es gebe sie aber sehr selten. Ratschläge, die ehrlich gemeint seien und nicht dem Ratgeber selbst helfen sollen, bekomme man fast nie. Der Politiker sei der Feind des Politikers, sagen sie.

An dieser Stelle taucht Hintze auf, als Peter.

Peter, sagt Thomas de Maizière, sei eigentlich ein Mensch gewesen, gegen den alles sprach. Er habe immer alles besser gewusst, er fiel einem ständig ins Wort, und er wusste schon eine Antwort auf die Frage, bevor man sie zu Ende gesprochen hatte. Und dennoch sei da etwas gewesen, das alle zu ihm trieb.

Es habe sich langsam entwickelt. Zunächst war Hintze ein Geheimtipp, wie ein neues Restaurant, das erst nur einer entdeckt und das dann irgendwann so voll ist, dass man nur noch schwer einen Tisch bekommt.

Bei Hintze, sagen sie, habe man dieses Gefühl gehabt, dass man ihm wirklich vertrauen konnte. Dass man ihm Dinge sagen konnte und er sie für sich behielt. Dass er einen Rat gab, den er sich vorher gut überlegt hatte. Er benannte alle Probleme, die kommen könnten, und ihre Lösungen. Er sprach so schnell, als könnte der Tag niemals

reichen, um alles zu sagen, alles zu regeln. Niemals war ihm irgendwas einfach nur egal.

Er fragte sich mit ihnen zusammen: Was wird aus mir?

Hintze half Norbert Röttgen, nachdem der als Umweltminister von Merkel abserviert worden war, wieder auf die Beine. Er sorgte dafür, dass Röttgen Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses werden konnte. Er redigierte im Machtkampf um den Landesvorsitz in NRW mit Armin Laschet zusammen dessen Interviews. Im Jahr 2005 bestärkte er Volker Kauder, als Fraktionsvorsitzender zu kandidieren. "Sie werden dich wählen, glaub mir", sagte er.

"Er war der Meister des komplizierten Parteigeflechts", sagt de Maizière. Er konnte Karrieren fördern, und er tat es auch: Mit Anrufen bei alten Bekannten, bei Leuten, die ihm noch was schuldig waren, bei Merkel, die er schon kannte, als sie sich noch fragte, was wohl mal aus ihr wird.

Sie sagen, er warnte sie vor der schwarzen Katze. Damit meinte er Formulierungen, mit denen man etwas verneint. Er sagte: Wenn du sagst, die CDU ist doch keine Hinterzimmerpartei, dann denkt jeder sofort an ein Hinterzimmer. Das ist, wie wenn man sagt: Im Zimmer ist keine schwarze Katze. Dann sieht jeder sofort die schwarze Katze. Sie gaben ihm ihre Reden und Pressemitteilungen. Wenn er eine schwarze Katze sah, schrieb er daneben: "Miau."

Es kamen nicht nur CDUler, nach und nach fanden auch andere zu Hintze.

Auf dem Weg zu Außenminister Sigmar Gabriel, der so viele Termine hat, dass man ihm hinterherreisen muss, trifft man im Zug zufällig Anton Hofreiter, den Fraktionschef der Grünen. Wenn man ihm sagt, dass man eine Geschichte über Hintze plant, unterbricht er einen und sagt ungefragt: "Der Hintze war einer der vier wichtigsten Männer bei der CDU."

Man wird dann später bei Gabriel im Hotel sitzen, mit Blick auf das endlose Meer bei Warnemünde. Gabriel, der schnell einen Kuchen reinschlingt, weil er gleich wieder einen Termin hat und danach noch einen, wird sagen, Hintze habe die Seele der CDU gekannt. Er habe jede Emotion gekannt und von jeder Verschiebung gewusst.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Immer mittwochs vor der Kabinettsitzung findet das schwarze Frühstück statt. Die Kanzlerin spricht sich dort mit den Ministern der Union ab. Hintze saß mit dabei, obwohl er nie Minister war.

"Manchmal rief die Kanzlerin an, und man erkannte an der Wortwahl, dass sie vorher mit Hintze gesprochen hat", sagt ein Minister.

"Manchmal rief Hintze an und fragte, was man sagen würde, wenn die Kanzlerin einem dieses oder jenes anbieten würde. Da wusste man: Er ist in Merkels Auftrag unterwegs", sagt ein anderer.

Hintze, der Pfarrer, traute Thomas de Maizière und seine Frau und Christian Wulff und seine zweite Frau Bettina.

Hintzes Familie fuhr mit Gröhe und dessen Familie in den Urlaub. Am Strand sprachen die beiden Männer stundenlang über Politik.

Man habe mit ihm wunderbar lästern können, sagen sie.

Sie sagen, die CDU war, wie sie war, weil es Hintze gab. Sie sprechen nicht nur über Hintze, sondern auch über sich selbst. Es klingt, als hätte Hintze in ihrer Welt ein Bedürfnis erfüllt. Jemanden zu haben, der es gut mit einem meint. Vielleicht kannte Hintze nicht nur die Seele der Partei, vielleicht sei er die Seele gewesen, sagt ein Minister. Dann, als falle ihm wieder ein, wer er ist, lacht er und sagt: Falls es so was gibt.

Nur Merkel wird keine Zeit für ein Gespräch über Hintze haben. Hintze war einer ihrer engsten Berater, viele sagen, Merkel habe irgendwann kaum mehr eine Entscheidung gefällt, ohne Hintze zumindest kurz zu fragen. Auch diese Nähe machte Hintzes Macht aus, sagt ein Abgeordneter, wer mit ihm sprach, hoffte immer auch ein bisschen, mit Merkel zu sprechen.

Merkel ist bekannt dafür, dass sie kein Bedürfnis hat, über sich zu sprechen. Am Ende hält sie sich am strengsten an Hintzes Rat. Er hatte ihr empfohlen, in der Öffentlichkeit nicht mehr als nötig zu sagen.

Hintze selbst hatte in all den Jahren in der zweiten Reihe nur zwei große Auftritte.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

In den Zeiten der Wulff-Affäre war Hintze der engste Vertraute des Bundespräsidenten, er ging in die Talkshows und verteidigte seinen Freund.

2009 hatte Hintze eines der sprödesten Ämter der deutschen Politik inne, er war Koordinator der Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt. Hintze plante eine deutsche Mondmission. In den Zeitungen las man von "Peterchens Mondfahrt".

Im Krankenhaus

Ein Minister: Wie geht es dir? Kannst du noch liegen?

Hintze: Ach komm. Was ist jetzt mit Lammert?

Als Hintze erfuhr, dass er bald sterben wird, teilten sich die Abgeordneten in zwei Gruppen: die, die Bescheid wussten, und die, die nichts ahnten. Die, die nichts ahnten, waren die weitaus größere Gruppe. Hintze hatte Hornhaut um sich, nennt das Thomas de Maizière. Er sprach gern über andere, und nicht so gern über sich.

Wenn Hintze etwas Neues lernte, erzählte er gern davon. Irgendwann wussten seine engsten Vertrauten Bescheid über die Krebsforschung an japanischen Frauen, über Uranatome, die Tumoren in seiner Leber zerstören sollen.

Er wurde der "totale Krebspezialist", sagt sein Arzt. Er habe mit Hintze reden können wie mit einem Kollegen.

Auch wenn es nicht viele gab, die wussten, wie es um Hintze stand, es waren die Richtigen. Nach der Wahl 2013 achtete man in der CDU darauf, dass Hintze seinen Platz fand. Man wollte ihm etwas geben, das ihn ehrt, aber nicht zu sehr beansprucht. Staatssekretär wäre zu viel Arbeit gewesen, Minister sowieso. Hintze wurde Vizepräsident des Deutschen Bundestags. Es gibt sechs davon, sie vertreten einander, wenn einer mal nicht kann. Man hat als Vizepräsident Anrecht auf einen Fahrer. Hintze sollte etwas Komfort haben.

Immer häufiger fehlte er im Bundestag, irgendwann nicht mehr nur Tage, sondern Wochen. Auch die Nichteingeweihten begannen, sich zu fragen: Wo ist Hintze?

Jedes Mal, wenn er zurückkehrte, kam er ihnen kleiner vor.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Einmal sah Sigmar Gabriel den zehn Zentimeter größeren Mann im Flur und umarmte ihn spontan.

Irgendwann sprachen Minister in einer Runde über die nächste Bundestagswahl, und Hintze sagte: Da bin ich nicht mehr da. Keiner widersprach.

Hintzes Arzt sagt, wenn Patienten sich plötzlich ganz anders verhalten, sei das meist ein Zeichen dafür, dass im Körper eine neue Phase beginnt. Dass die Krankheit einen neuen Anlauf nimmt. Im Sommer 2016 verließ Hintze der Mut. Er hatte nur selten geweint, bis dahin. Er begann, sich zu fragen: Was wird aus mir?

Damals suchte die CDU jemanden, der sich zum Bundespräsidenten eignen würde. Die SPD hatte Frank-Walter Steinmeier, die Union suchte verzweifelt.

Bundestagspräsident Norbert Lammert hätten alle unterstützt. Sollte er Bundespräsident werden, brauchte die Partei einen Nachfolger für das zweithöchste Amt im Staat.

Hintze, der Stratege, der Berater, hatte eine Idee. Zum ersten Mal seit langer Zeit schlug er sich selbst vor.

Er sagte, dass es schön wäre, wenn sein Sohn sagen könnte, dass sein Vater Bundestagspräsident gewesen sei.

Er sagte: Vielleicht kann ich noch eine oder zwei Sitzungen leiten, bevor ich sterbe.

"Wenn es gegangen wäre, hätten wir es gemacht", sagt einer derer, die so etwas entscheiden.

Am 26. November um 19.50 Uhr starb Peter Hintze im Alter von 66 Jahren. Vor seinem Tod kam das halbe Kabinett zu ihm ins Krankenhaus.

Hintzes Schwester koordinierte die Termine. Seine Frau nahm einen Wahlflyer aus dem Jahr 2013, Hintze mit gestreifter Krawatte und seinem typischen Lächeln, schnitt den Slogan "Peter Hintze: Merkel – Beste Wahl fürs Tal" ab, rahmte das Bild und stellte es auf den Nachttisch des Krankenzimmers. Die Besucher sollten sich an den Hintze erinnern, den sie kannten.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Peter Altmaier kam, Christian Wulff, drei Wochen vor Hintzes Tod kam Thomas de Maizière.

Sigmar Gabriel schickte einen Brief. "Sie sollen einfach wissen, dass viele Menschen an Sie denken, ich gehöre auch dazu" stand da.

Einige Tage vor Hintzes Tod schrieb Armin Laschet eine SMS: "Können wir telefonieren?" Keine Antwort.

Eine Stunde bevor Hintze starb, verließ Hermann Gröhe das Zimmer.

Sankt Augustin

Kurz nach Hintzes Tod begann sein Büroleiter die Räume im Bundestag zu leeren. Manches warf er weg, manches ließ er Hintzes Familie, dessen Frau und dessen Sohn. Die meisten Akten steckte er in Umzugskartons und schickte sie an die Konrad-Adenauer-Stiftung.

In Sankt Augustin, in einem Haus, in dem alles so aussieht, als würde Helmut Kohl noch regieren, werden die Dokumente verstorbener CDU-Abgeordneter aufbewahrt. 17 Kilometer Akten. Man reißt sie nicht auseinander, sie bleiben nach den Menschen sortiert. Ein Friedhof für Politiker.

Annemarie Griesinger, erste Frau im Kabinett Baden-Württembergs.

Otto Zink, stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung.

Heinrich Windelen, Ehrenvorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen.

Der Leiter des Archivs, Hanns Jürgen Küsters, sagt, die meisten Unterlagen enthielten nichts Neues: bereits gehaltene Reden, Pressemitteilungen, Flyer. Keine Geheimnisse.

Manchmal, sagt Küsters, könnten diese Akten Schätze enthalten. Eine handschriftliche Notiz, die ein politisches Ereignis plötzlich in einem anderen Licht dastehen lässt. Das sei aber selten.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Der Platz in der Geschichte sei für die meisten Politiker, selbst für Minister, nur klein, hatte Peter Altmaier in seinem Büro gesagt. Es sei wie beim Fliegen. Je weiter man sich vom Boden entferne, desto weniger sehe man. Irgendwann erkenne man nur Berge und Wald, nicht mehr den einzelnen Baum.

Herbert Reul, Innenminister von Nordrhein-Westfalen, sagt, er habe sich in den Tagen nach der Beerdigung Peter Hintzes gefragt: Wofür mache ich das alles hier eigentlich? Ist das nicht alles sinnlos? Dann sei wieder der Alltag gekommen. Und die Frage sei gegangen.

Keiner der Befragten hat Hintzes Nummer aus seinem Handy gelöscht. Einige setzen sich manchmal hin und lesen seine alten SMS. Sie suchen ihn.

Linke Regalreihe, Bestandsnummer 01-1027, 15 Meter Akten, da ist Hintze.

Made in Germany

Seit elf Jahren wird in Berlin an einem Flughafen gebaut. Er ist noch immer eine Ruine, die täglich eine Million Euro kostet. Hier ist ihre Geschichte. Sie erzählt vom Versagen deutscher Politik, deutscher Industrie – und vom Kollaps deutscher Tugenden.

Von Ullrich Fichtner, André Geicke, Matthias Geyer, Andreas Wassermann,
DER SPIEGEL, 19.08.2017

In einer lauen Frühlingsnacht, um genau 2.44 Uhr, legt Lokomotivführer Klaus Rühmann den Handhebel der S-Bahn-Linie 45 nach vorn und setzt seinen Zug in Bewegung, einen Dreiviertelzug der Baureihe 481. In so einen Zug passen fast 700 Fahrgäste, aber Rühmann transportiert keine Menschen in dieser Nacht. Er ist allein. Er zieht sechs unbesetzte, unbeleuchtete Waggons hinter sich her, am südöstlichen Stadtrand von Berlin, und es sieht aus, als wollte er die S-Bahn entführen.

Der Zug fährt geradeaus durch die dunkle Nacht, dann, wie um Luft zu holen, nimmt er eine lang gezogene Kurve nach links und taucht schließlich, auf Höhe der Gemarkung Selchow, durch einen Tunnel unter die Erde ein. Klaus Rühmann bewegt jetzt 60 Tonnen Stahl mit 80 Kilometern in der Stunde auf sein Ziel zu.

Die Schienen hier sind praktisch neu. Sie führen in einen Bahnhof, der merkwürdig unbenutzt daliegt. Er hat drei Bahnsteige, sechs Gleise, Aufzüge, Rolltreppen, Anzeigetafeln, alles, was es braucht. Es gibt nur keine Menschen, keinen Betrieb, keine Bewegung. Die Luft steht still dort unten, und so besteht die Gefahr, dass der Bahnhof kaputtgeht, ehe er überhaupt eröffnet ist. Er könnte verrotten, seine Wände könnten verschimmeln, seine Anlagen verrostet. Der Bahnhof braucht Luft, wie ein Teich kurz vor dem Umkippen.

Deshalb ist Klaus Rühmann hier nachts allein mit seinem Zug unterwegs, um Staub aufzuwirbeln, Fahrtwind zu bringen, die Deutsche Bahn nennt es

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

"Belüftungsfahrt". Fünfmal die Woche, von Montag bis Freitag, schickt sie einen Zug hier durch, Beginn 2.44 Uhr, Ende 3.41 Uhr.

Wenn dann der Tag anbricht, liegt der Bahnhof weiterhin totenstill da, und über der Erde laufen Menschen betriebsam über schmutzige Böden, sie stehen vor Türen oder turnen um Kabelpritschen, sie tragen leuchtende Westen, Helme und Schutzbrillen, Klemmbretter, Funkgeräte. Es sind Elektriker, Klempner, Gerüstbauer, Rohrverleger, es sind Brandmeldetechniker, Entrauchungsexperten, TÜrensachverständige. Sie bauen, heißt es, einen Flughafen in Berlin, in Brandenburg, Deutschland.

220 mal 180 Meter groß ist die Halle, um die es geht, 32 Meter hoch, eine Kathedrale des Reisens, eigentlich. Alles so tief unterkellert, dass ein ganzer Bahnhof darunter Platz hat, und Entlüftungskanäle so groß, dass Lastwagen in ihnen fahren könnten, unter einem Bau, der seine Bestimmung nicht finden will. Ein Fluggastterminal ohne Fluggast, ein Flughafen ohne Flieger, ein "Marktplatz" ohne Markt, der Name: Flughafen Berlin-Brandenburg "Willy Brandt", IATA-Kürzel: BER.

Ganze Hügel wurden abgetragen für seine Anlage, ganze Dörfer geschleift am Rand der großen Stadt, brettflach wurde das Gelände geräumt auf einer Fläche von 2000 Fußballfeldern. Wer dort draußen unterwegs ist, spürt eine Irritation, wie sie sich bei der Begegnung mit moderner Kunst manchmal einstellt oder beim Betrachten unheimlicher Filme.

Nicht nur, dass ringsum alles daliegt wie ausgestorben, beunruhigend still und menschenleer, die Zufahrten, Rampen, Parkplätze, Rollfelder. Auch drinnen stört dieser Bau die Wahrnehmung, er wirkt gleichzeitig alt und neu, das Mobiliar schon vor der Einweihung unzeitgemäß, die Farben, die Formen irritieren. Es ist, als hätte ein detailversessener Kulissenbauer mit viel Geld und Liebe einen fiktiven Flughafen für ein Stück entworfen, dessen Handlung vor 25 Jahren spielt, das Gefühl für Raum und Zeit verschwimmt.

Der Dreck aus Jahren liegt wie Puder auf Plastikplanen über ungenutzten Stuhlreihen, ungeöffneten Geschäften, unverbautem Material. Nicht alles ist luftige Halle. Je näher es an die künftigen Flugsteige geht, desto enger und niedriger werden

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

viele Räume. Aber wo deren Decken wären, ist alles offen, dort führen Tausende Klappen in eine Parallelwelt von bedrückender Enge, in der sich Röhren und Stangen, Schläuche und Kabel umeinander winden wie schillernde Tiere in einem überfüllten Terrarium.

Manche Gebäudeteile wirken, als würde der Betrieb gleich beginnen, in manchen sieht es aus, als wären gerade Plünderer durchgezogen. Abgeschnittene Kabel in dicken Strünken hängen aus der "Welt der Decken", wie sie hier sagen, es liegen verbeulte Türen herum wie Sperrmüll. Vier neue Schornsteine, "Entrauchungstürme", werden gerade durch die Halle hinauf zum Dach getrieben, jetzt, fünf Jahre nachdem doch alles angeblich schon einmal fix und fertig war, damals, im Mai 2012.

Die Einladungen zur großen Eröffnungsparty waren, in Form von Bordkarten, verschickt. Nur zu eröffnen gab es nichts: Tausende Lüftungsklappen, Zehntausende Sprinklerköpfe, Zehntausende Meter Löschwasserrohr fehlten, Tausende angeblich vollautomatische Türen machten nicht, was sie sollten, Hunderte Brandschutzwände waren einfach nur Wände. Es gab gewaltige Entrauchungsanlagen, von denen niemand wusste, ob sie funktionieren, es gab reihenweise ungeplante Räume, illegale Einbauten, fehlerhafte Installationen. Kein Mensch wusste mehr, welche Ströme durch die 170 000 Kilometer Kabel flossen, die das Gebäude nach sechs Jahren Bauzeit wie Nervenbahnen durchzogen. Es ist, bis heute, unglaublich.

Die einfache Frage, warum dieser Flughafen nicht fertig wird, warum er damals so gar nicht fertig war, löst bei ernsthaftem Interesse eine Recherche aus, die zu den Grundlagen unseres Rechtsstaats ebenso führt wie zu den Grundgesetzen der Physik. Es werden auch, wenn es um diese Baustelle geht, mittlerweile 30 Jahre Zeitgeschichte verhandelt. Drei Untersuchungsausschüsse haben sich mit Aspekten der Historie befasst, es gibt regalmeterweise Gutachten zu juristischen, technischen, baulichen, unternehmerischen Details, tausendseitige Richtersprüche, zahllose Dokumente, es gibt Klageschriften in tausendfacher Ausfertigung – der Vorgang füllt eine Bibliothek, die zu sichten ein Menschenleben nicht mehr ausreicht.

Es sollte sich aber auch niemand von solcher Komplexität verrückt machen lassen: Es gab – auch bei diesem Großprojekt – klar definierte Ketten der Planung,

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Genehmigung, Verantwortung und Haftung, die nur leider alle früher oder später brachen. Hauptgrund dafür war – und allein deshalb gibt es weiterhin großen Aufklärungsbedarf –, dass es vielen, wenn nicht den meisten Verantwortlichen, den Bauherren zumal und den sogenannten Aufsichtsräten, in teils eklatantem Maß an Verantwortungsbewusstsein mangelte. Über einschlägige Sachkenntnis verfügten die meisten Entscheider ohnehin nicht.

Wer sich mit diesem Flughafenbau befasst, beginnt an der verlässlich vorgetragenen Gewissheit der Deutschen zu zweifeln, fast alles besser zu können als alle anderen. Es stellen sich Fragen nach der Gültigkeit schmeichelhafter deutscher Selbstbilder. Der BER, dieses "größte Infrastrukturprojekt der deutschen Einheit", zeitweise Europas größte Baustelle, nährt Zweifel an der nationalen Erzählung vom rationalen Hochtechnologieland. Das Scheitern in diesem unerhörten Ausmaß schlägt Kerben ins Konzept der deutschen Tugenden von Pünktlichkeit bis Pflichtbewusstsein, von Ordnung bis Fleiß. Und bislang wurde kein Politiker, kein Aufsichtsrat, auch kein Bauunternehmer, kein Oberplaner, kein Flughafenmanager in der Hauptsache zur Rechenschaft gezogen.

In der Gesamtschau bietet sich ein ernüchterndes deutsches Panorama. Ein Team von SPIEGEL-Redakteuren hat acht Monate lang recherchiert, um die Elemente zusammenzutragen und erzählbar zu machen. Wer es versucht, lässt sich darauf ein, einen Vorgang abzubilden, der irrwitzige Züge trägt, darauf sollten Leser gefasst sein. Der SPIEGEL hat die Orte der Handlung begangen, die Geschichte des Baus studiert und vor allem Dutzende hochrangige Zeitzeugen befragt: aktuelle und frühere Flughafenmanager, Minister, Regierende Bürgermeister, Ministerpräsidenten, Staatssekretäre, Unternehmer, von denen viele nur unter Wahrung ihrer Anonymität zu sprechen bereit waren.

Die Teile dieses journalistischen Puzzles ergeben – einmal zum Ganzen gelegt – das Bild eines deutschen Bankrotts. Zu ihm gehört, nicht zuletzt und wie so oft, die menschliche Unzulänglichkeit. Sie ist ein wesentlicher Treiber auch dieses Desasters, in dem Weltgeschichte und Kirchturmpolitik, Großmannssucht und Kleinkariertheit, Rechtsstaat und Rechthaberei so durcheinandergehen, dass jahrzehntelang alles

Mögliche geschieht, nur das eigentlich Geplante nicht: die Errichtung und Eröffnung eines neuen Flughafens.

I. Fleiß

Wo die Bomber der Nazis gebaut wurden. Eine Flughafengesellschaft und unternehmerische Fehlkonstruktion. Baustellenbesuch mit Flughafenchef. Zwischen Land- und Luftseite. Das Thema Türen.

Die Geschäftsführung der Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg, FBB, sitzt in einem Backsteinbau der ehemaligen Henschel-Flugzeugwerke. Hier wurden die Bomber gebaut, die Rotterdam und Coventry in Schutt und Asche gelegt haben. Die Anlage, fast ein kleiner Stadtteil, liegt in Sichtweite des neuen BER-Terminals und in direkter Nachbarschaft zum alten Flughafen Schönefeld, der sich zu einem Hub der Billigfliegerei entwickelt hat; es geht nach Mallorca, aber auch nach Minsk.

Besucher der Flughafengesellschaft betreten ein Foyer, in dem in einer Vitrine ein Modell des neuen BER-Flughafens steht, ein paar Monitore flimmern, darauf die Abflüge und Ankünfte in TXL-Tegel und SXF-Schönefeld. Die Flughafengesellschaft betreibt die beiden bestehenden Berliner Flughäfen, und zugleich ist sie zuständig für den Bau des neuen.

Der Betrieb eines Flughafens ist offenkundig etwas anderes als der Bau eines Flughafens, und wer das eine kann, kann noch lange nicht das andere. Im Organigramm hat sich das aber nie ausreichend niedergeschlagen. Es gab wohl immer einen Geschäftsführer fürs Kaufmännische und einen fürs Technische und Bauliche, aber dann durfte sich einer der beiden "Sprecher der Geschäftsführung" nennen, und der andere durfte das nicht, und es gab das übliche Gezerre um Einfluss und Macht. Im Krisenfall stand immer eine Hintertür offen, auf der geschrieben stand: Ich bin's nicht gewesen, der andere war's.

Flughafenchef ist ein Posten, der in Berlin bislang noch allen zu Kopf gestiegen ist. Von den Zahlen her, 370 Millionen Euro Jahresumsatz, 1900 Beschäftigte, ist die Gesellschaft eigentlich ein ganz normaler Mittelständler. Es liegt wohl am ständigen Kontakt mit der Politik und den Medien, dass sich die FBB-Chefs besonders wichtig nehmen, als bekleideten sie eine Art nationales Amt. In gewisser Weise stimmt das,

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

denn ihre Gesellschaft gehört zu 100 Prozent dem Staat, in drei Tranchen: Die Länder Berlin und Brandenburg halten je 37 Prozent, der Bund 26, sie sind die drei Gesellschafter und damit auch die Bauherren des BER, es ist ihr Flughafen, es ist ein volkseigener Betrieb.

Seit März dieses Jahres hat ein Mann im Chefsessel der Gesellschaft Platz genommen, in dessen Gesicht kein Alter zu lesen ist. Engelbert Lütke Daldrup könnte 40 Jahre alt sein, aber er ist 60, die dichten roten Haare trägt er zur Seite gebürstet, und er nuschelt mehr, als dass er spräche. Er macht den Eindruck eines eher hochfahrenden Menschen, seine eigene Sekretärin nennt ihn in E-Mails "Prof. Dr.-Ing. Engelbert Lütke Daldrup". Er ist ein Mann vom Fach, heißt es, gelernter Stadtplaner, er soll es nun endlich vollenden. Lütke Daldrup war Staatssekretär in verschiedenen Ministerien, die alle etwas mit Verkehr und auch Flughäfen zu tun hatten. Er hat zwei Jahre im Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft gedient, in dem sich in Sachen Flughafenbaustelle alle Macht bündelt. Zuletzt arbeitete er als Mr Airport des Berliner Senats, mit eigener kleiner Abteilung. Als der Aufsichtsrat ihn im März 2017 als Geschäftsführer einsetzte, hat er nicht lange gebraucht, um sich einen Überblick zu verschaffen; er hatte ihn ja schon. Aber einen Flughafen gebaut? Hat auch er noch nicht.

Lütke Daldrup bittet widerwillig zum Besuch des FGT, so nennen sie hier den Fluggastterminal, die große Halle. "Aber keine langen Sachen", sagt er, "ich hab zu tun." Über die Schultern hat er sich einen Wollmantel gelegt, mit einer in den Rücken geschneiderten Falte, die sich nach oben verjüngt. In diesem Mantel weht Lütke Daldrup über die Baustelle und redet dabei, als würde er in seinem Inneren Textbausteine aufrufen: "Baulich ist eigentlich alles fertig", sagt er. "87 Prozent sind geschafft." Oder: "Wir sind 100 Millionen vor Fertigstellung." Oder: "Was wir machen, ist Kleinkram. Türen, Kabel, eigentlich alles Pillepalle." Es ist der bekannte Sound aus vielen verschenkten Jahren.

An den Türen, nicht zuletzt, scheiterte die Eröffnung 2012. Es gab gewiss viele Probleme damals, aber die Türen gehörten zum finalen K. o. 5400 sind insgesamt eingebaut, 1400 davon sind besonders "komplex", das heißt, sie müssen vollautomatisch so funktionieren, dass sie auf Hunderte Vorfälle, angeblich allein 140

Brandszenarien, korrekt reagieren können. "Die Türen", sagt Lütke Daldrup, "müssen entrauchen, entfluchten, die müssen Schengen und Nicht-Schengen können." Es klingt, als müssten diese Türen vor Indienststellung eine Ausbildung machen.

Zwei Leute braucht es, um eine Tür in Betrieb zu nehmen, das dauert einen ganzen Tag. Danach wird getestet und wieder getestet, "und ob eine Tür wirklich fertig ist", sagt der Flughafenchef, "da gibt es hinterher, wenn viermal getestet wird, vier Sichtweisen drauf". Zu guter Letzt kann es passieren, dass ein Bauarbeiter vorbeikommt, die Hände voll, wie in einem Laurel-und-Hardy-Film, und die feinjustierte Tür derart auftritt, dass alles wieder kaputt ist und von vorn beginnt. "Aber wir sind auf gutem Weg", sagt Lütke Daldrup.

Die Sprinkler habe man jetzt auch im Griff, "wir müssen vielleicht noch zwei-, zweieinhalbtausend Meter Rohr verlegen, kein Hexenwerk", sagt der Geschäftsführer, "hunderttausend Meter Rohr sind ja schon drin im Gebäude". Dass in der Welt der Decken kein Platz mehr ist, weil eigentlich alle Kabel noch einmal neu gezogen werden mussten, auf neuen, silbrigen Pritschen neben den alten, ja, das könnte ein Problem sein, sagt Lütke Daldrup, es gebe dort oben noch "Kollisionen", aber es sei trotzdem "alles auf gutem Weg".

Wenn der begleitende Fotograf fragt, ob sich der Professor kurz für ein Porträt zur Verfügung stellen könne, schaut sich Lütke Daldrup gründlich um und entscheidet sich dann für einen nahe gelegenen Check-in-Schalter als Hintergrund. Er lehnt sich gegen das Nussbaumfurnier, die rechte Hand auf dem Tresen, die linke steckt in der Hosentasche, aber genau so, dass man die Hemdmanschette und die Armbanduhr noch erkennen kann. Lütke Daldrup sieht jetzt aus wie jemand, der in seiner Freizeit Rilke-Gedichte liest.

Danach geht es über Treppen an dreiteiligen Geländern entlang. "Brandenburger Recht", ruft Lütke Daldrup, "ein Handlauf für Erwachsene, einer für Kinder, einer für Behinderte." Man weiß nicht, ob er das mit dem "Brandenburger Recht" höhnisch meint oder drei Handläufe an den Treppen überflüssig findet, sein Gesicht verrät darüber nichts.

Bald ist die "Luftseite" erreicht, die Rückseite des Terminals zum Flugfeld hin, mit ihren Fluggastbrücken, mit den Gates. Von der Besucherterrasse geht der Blick hinaus über die imposanten Start- und Landebahnen, in leeres Land, das an Steppe erinnert, Brandenburg. Geradezu, weit hinten, ist die niedrige Silhouette des Rests von Selchow zu sehen, der Teil des Dorfes zur Bundesstraße hin, der stehen bleiben durfte. Die Gärten der Häuser dort grenzen direkt an den Zaun zur nördlichen Start- und Landebahn. Wenn der BER je den Betrieb aufnehmen sollte, dann wackeln dort drüben die Wände.

Lütke Daldrup zieht schnellen Schrittes Richtung "Landseite" davon, er stoppt, wenn die Besucher stoppen, und versucht zu erraten, was ihre Augen sehen. Sie sehen: eine Baustelle, noch immer, und noch immer keinen Flughafen. Und sie sehen Lütke Daldrup, der wenig Zeit für Fragen hat, aber viel Zeit für Fotos. Ist er der Mann, der es schaffen kann? Der dem Morbus BER als Erster entkommt?

Praktisch zeitgleich mit der Baustellenbegehung erscheint ein neuer "Sachstandsbericht" der Flughafengesellschaft, er stammt von Lütke Daldrup selbst. Darin heißt es, unter Punkt 1.2 "BER-Barometer", zum Beispiel, es seien nun 87 Prozent aller "Meilensteine" bei Planung und Bau erreicht. Aber ist das viel? Oder ist es wenig? Und es sind 87 Prozent wovon? Und die "Technische Inbetriebnahme": Sie liege, heißt es da, bei den "prüfungspflichtigen Anlagen", dazu gehören Brandmelder, Entrauchung, Feuerlöschung, "bei 34 Prozent". Ist das ganz gut? Oder so erschreckend, wie es klingt?

II. Gründlichkeit

Ein neues Drehkreuz für Olympia 2000. Ein neues Chicago an der Spree. Das innerdeutsche Rattenrennen um die Lufthoheit. Bonanza im "Baufeld-Ost". Die Millionenbauern von Bohnsdorf.

Es klingt absurd zu sagen, dass Ronald Reagan am Verlauf dieser Geschichte nicht unschuldig ist, aber es war der 40. US-Präsident, der die Berliner zum Träumen einlud von der großen, weiten Welt. In seiner berühmten Rede am Brandenburger Tor im Juni 1987 ging es nicht nur darum, dass Mr Gorbatschow die Mauer einreißen sollte. Der US-Präsident forderte auch gleich den Anschluss Berlins an die

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

internationalen Verkehrswege und sagte: "Wir freuen uns auf den Tag, an dem Westberlin einer der zentralen Luftfahrtknoten für ganz Mitteleuropa werden kann."

Als zwei Jahre später die Mauer gefallen war und die beiden deutschen Staaten über ihre Zukunft verhandelten, diskutierten sie 1990 auch die Reagan-Idee vom "europäischen Luftkreuz". Man konnte es sich eher nicht in Westberlin vorstellen, sondern irgendwo bei Königs Wusterhausen, aber das Projekt klang sofort sehr konkret: Man würde fünf Jahre planen, fünf Jahre bauen, und also im Jahr 2000, vielleicht sogar schon 1999, einen neuen Flughafen haben, ein neues Drehkreuz in der Mitte des Kontinents, für Durchreisende aus Asien, aus Amerika, aus aller Welt.

Damals läuft in Deutschland ein nicht erklärtes Wettrennen, das Berlin krachend verlieren wird, ein Kampf um den Luftraum gewissermaßen. Frankfurt am Main ist als deutscher Großflughafen gesetzt und eingeführt, aber da ist noch Platz für mehr. In München hatte der vormalige Ministerpräsident Franz Josef Strauß schon lange alle Geldkassetten geöffnet, um möglichst schnell einen möglichst leistungsfähigen Großflughafen in Süddeutschland hinzustellen. In Dresden beginnt der Ministerpräsident des neuen Freistaats Sachsen, ein Professor aus dem Westen, Kurt Biedenkopf, sofort mit dem Projekt eines Flughafenbaus in der Region Halle-Leipzig, geschäftsschädigend nah an Berlin gelegen.

Während diese anderen schon bauen, träumt Berlin noch von den Möglichkeiten, mit dem Kopf in den Wolken. Der Fall des Eisernen Vorhangs bringt die Stadt vom Rand der Weltblöcke ins geografische Zentrum des Kontinents zurück. Der Hauptstadtbeschluss des Bundestags vom Juni 1991, Regierung und Parlament bald wieder nach Berlin umzuziehen, sorgt für Euphorie. Die Lufthansa studiert die Lage und prognostiziert einen Anstieg der Passagierzahlen von damals gut 10 Millionen auf 32 Millionen pro Jahr bis 2010.

Der ehemalige Lufthansa-Chef Heinz Ruhnau, ein patriotischer Schwärmer, rechnet vor, Berlin werde dereinst 60 Millionen Fluggäste abfertigen, es werde ein Mega-Airport mit sechs Start- und Landebahnen gebraucht, ein neues Chicago sei im Entstehen. Fürs Erste sollen kurzfristig die bestehenden Flughäfen Tegel, Tempelhof und Schönefeld ausgebaut werden, um drohende Engpässe zu verhindern.

Die damaligen Flughafenbetreiber glauben, sich beim Kauf von Grundstücken für die Erweiterung beeilen zu müssen, und sie schlagen richtig zu. Zwar ist noch nichts von irgendeinem Parlament beschlossen, von keiner Regierung etwas abgenickt, aber man kann jetzt nicht abwarten und hinterher bereuen. Über den Dörfern am Stadtrand kreisen ja schon, wie die Geier, die Unterhändler von Bieterkonsortien mit Adressen in der Schweiz und in Liechtenstein, als liege unter märkischem Sand das pure Gold versteckt.

Es geht um Ackerland, 12 Mark der Quadratmeter eigentlich, vielleicht 125 Mark "bei Schaffung von Baurecht", aber die Preise steigen schnell. Gekauft wird in Bohnsdorf, in Waltersdorf, in Waßmannsdorf, 15 Hektar hier, zweieinhalb Hektar da, 1800 Quadratmeter dort, 973 Quadratmeter wieder woanders. Die Aktivität der Flughafenleute lässt den Quadratmeterpreis binnen Monaten von 150 auf 200 Mark, von 300 auf 350 Mark steigen, das Toplos zieht ein Eigentümer von 96,4 Hektar Ackerland in der Gemarkung Bohnsdorf: Er bekommt 38,5 Millionen Mark für sein Grundstück, 400 Mark pro Quadratmeter. Aber dann platzt die Schönefelder Immobilienblase.

Nach und nach stellt sich heraus, dass die Flächen im sogenannten Baufeld-Ost überhaupt nicht gebraucht werden, es ist alles zum Fenster hinausgeworfenes öffentliches Geld, ausgegeben ohne jede Rechtsgrundlage, ohne formellen Beschluss, einfach so. Die Flughafengesellschaft bleibt auf Hunderten Millionen Mark Bankschulden sitzen, die zwei Jahrzehnte lang wie ein Schatten über den Büchern liegen werden. Gerichtsverfahren deshalb, Schadensersatzklagen werden nie angestrengt.

Es zeigt sich, gleich am Anfang, ein Muster, das die Arbeit der Berlin-Brandenburger Flughafengesellschaft bis heute prägt: Auf ihren Fluren, sagt ein langjähriges Aufsichtsratsmitglied, zieht nie die Kompetenz ein, die für ein so großes Vorhaben notwendig wäre. Es gelingt zu keinem Zeitpunkt, einen Stab aufzubauen, der über lange Zeit solide Arbeit leistet. Immer ist da ein großes Element von Versuch und Irrtum. Und das bleibt so.

III. Ordnung

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Standortsuche mit Wanderkarte. Sperenberger Visionen. Schönefeld ist amtlich "ungeeignet". Wiedersehen mit Stolpe und Diepgen. Eine Schießbahn im tiefen Wald. Ein Besuch bei Bürgermeister Broshog.

Genshagener Heide, Jüterbog, Königs Wusterhausen, Sommerfeld, Groß Behnitz, Sperenberg, Borkheide, Michelsdorf: Die Liste möglicher Flughafenstandorte, über die bis Mitte der Neunzigerjahre diskutiert wird, liest sich wie eine Wanderkarte für die Mark Brandenburg. Aber ist es wirklich vorstellbar, dass ein neuer Hauptstadtflughafen, der damals noch den wuchtigeren Projektnamen "Berlin Brandenburg International" trägt, dass der irgendwo auf märkischer Scholle liegt?

In der Bibliothek eines Potsdamer Seniorenheims am Wasser sitzt der alte, kranke Manfred Stolpe und sagt: ja. Stolpes Stimme ist 20 Jahre später so unverkennbar satt, wie sie es immer war. Stolpe wurde 1990 Ministerpräsident von Brandenburg, für die SPD, er hatte immer die Ausstrahlung eines Bundespräsidenten speziell für den Osten, und es hieß, er regiere sein Land wie der gütige Chef einer Mini-DDR. Stolpe wollte nach Sperenberg mit dem Flughafen, es gab in seinen Augen nur Vorteile, und Schönefeld hielten er und seine Minister für Mist, für eine "Unmenschlichkeit", die niemandem zuzumuten sei.

Er stellte sich einen Flughafen vor, der die Funktion "Ostdeutschland International" übernehmen sollte, der ja aber trotzdem von Berlin aus gut erreichbar gewesen wäre. Sperenberg liegt Luftlinie etwa 40 Kilometer südlich vom Berliner Zentrum, das wäre gut machbar gewesen. Dort unten im Süden wohnen nur ein paar Tausend Leute, der Lärm wäre leicht zu beherrschen gewesen, man hätte keine Nachtflugverbote gebraucht, kein Dorf hätte umgesiedelt werden müssen. Sperenberg, sagt Stolpe, war perfekt.

Aber während in Berlin und Brandenburg noch lange über einen geeigneten Bauplatz gestritten wird, eröffnen die Kollegen in Sachsen schon im Mai 1993 ihren "Urlauber-Terminal". Für den Hauptstadt-Airport geht kostbare Zeit verloren, fünf Jahre wird das Gezerre um den Standort dauern, es ist eine sterile Debatte mithilfe bestellter Gutachten, obwohl es die ganze Zeit nur um Interessen geht und um Politik im engstirnigen Sinne.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Eberhard Diepgen ist der Regierende Bürgermeister damals, in jener Zeit ein prominenter CDU-Mann. Er hat Mauerfall und Wende als tragischen Lebensabschnitt erlebt, weil er ausgerechnet in der größten historischen Stunde der Stadt für kurze Zeit nicht im Amt war, verdrängt von einem rot-grünen Senat.

Diepgen steht damals einer Stadt vor, die keinen brauchbaren Businessplan mehr hat. Westberlin war ein hoch subventionierter Außenposten der westlichen Welt, Ostberlin war auf seine Weise auch eine Art fremdfinanziertes Schaufenster des Ostens. Nach dem Mauerfall haben beide Hälften, die sich noch lange nicht wieder als eine Stadt fühlen, viele Probleme, viele Baustellen, wenig Geld. Ein Berliner Bürgermeister, der nicht dafür kämpfte, dass ein neuer Großflughafen so nah wie möglich an der Stadt liegt, damit auch die Arbeitsplätze möglichst alle bei der Stadt bleiben, wäre seines Amtes nicht würdig.

Mehr als 20 Jahre später sitzt Eberhard Diepgen, kaum gealtert, in einem Büro im ersten Stock des Käthe-Kollwitz-Museums in der Berliner Fasanenstraße, Ku'damm-Gegend, klassisches Westberlin. Er trägt ein dunkles Hemd unter rotem Pullover und ist sichtlich im Freizeitmodus. Zwischen Stolpe und ihm habe ein gutes Verhältnis bestanden, sagt er, Respekt, Vertrauen, alles da. "Ich hätte Sperenberg mit ihm gemacht, wenn er für die Finanzierung der Verkehrsanbindung gesorgt hätte."

War diese Forderung nach der Brandenburger Vorleistung nicht ein rein taktisches Manöver, um am Ende einen Neubau in Schönefeld durchzusetzen? "Alles gehört mit allem zusammen", antwortet Diepgen und macht schlaue Augen, abgesehen davon sei der Bund "intensiv für Schönefeld" gewesen, "und ich hatte den Eindruck, dass mit dem Bund eine Entscheidung für Sperenberg nicht möglich war".

Der Bundesverkehrsminister jener Tage, Matthias Wissmann von der CDU, ein Parteifreund Diepgens, ist damals wegen Mauerfall und deutscher Einheit Herr über den größten Infrastruktur- und Verkehrshaushalt Europas. Der neue Berliner Flughafen steht nicht sehr weit oben auf Wissmanns Agenda, er wird zu keiner Zeit weit oben auf der Agenda des Bundes stehen, ganz gleich, wer gerade Minister ist. Wissmann will über das Thema eigentlich nicht mehr reden, es ist alles so lange her, nur ein kurzes Telefonat mit ihm gibt es. Er sagt, und man muss das mit Diepgens Satz weiter oben vergleichen, er habe den Eindruck gehabt, "dass mit Berlin eine Entscheidung für

Sperenberg nicht möglich war". Die Brandenburger seien, im Hinblick auf Schönefeld, weniger absolut gewesen. "Und deshalb habe ich den Knoten irgendwann durchgeschlagen."

Es sind die Jahre 1994, 1995, 1996. Ein Raumordnungsverfahren endet mit dem Ergebnis, dass Schönefeld wegen der zu erwartenden Lärmbelästigung und nötigen Umsiedlungen als Standort "nicht geeignet" sei. Jüterbog oder Sperenberg seien zu bevorzugen. Der Flughafen wird damals ein Dauerthema, auch überregionale Medien diskutieren mit, es gibt plötzlich Zweifel an allem, an der geplanten Größenordnung, am Standort sowieso, am Projekt überhaupt. Es zeichnet sich ab, dass an ein internationales Drehkreuz nicht zu denken ist und im Ernst nie daran gedacht war, jedenfalls nicht von den Airlines. Zu wenige Umsteiger. Zu wenig Bedeutung.

Braucht es überhaupt einen dritten deutschen Großflughafen neben Frankfurt am Main und München? Und warum soll das neue Schönefeld ein "Single-Flughafen" werden, also der einzige Berliner Airport? Moskau, Paris, London, New York haben doch auch mehrere? Warum kann man nicht Tempelhof oder wenigstens Tegel erhalten?

Am 5. Mai 1996 lehnt eine Mehrheit der Brandenburger die von den Parlamenten bereits mit Zweidrittelmehrheit beschlossene Fusion ihres Landes mit Berlin zu einem neuen Bundesland ab. Das ist das Aus für Sperenberg, per Volksentscheid, auch wenn das viele Brandenburger und Flughafenopfer bis heute nicht wahrhaben wollen. In einem gemeinsamen Bundesland hätte es noch Argumente für Sperenberg gegeben, sagt Stolpe später.

Am 28. Mai 1996 unterschreiben er, Diepgen und Wissmann eine "gemeinsame Empfehlung", den Konsensbeschluss über die Errichtung eines Großflughafens am Standort Schönefeld bis spätestens 2010, Single-Flughafen, Tegel und Tempelhof werden geschlossen – aus heutiger Sicht eine Fehlentscheidung, aus damaliger Sicht ein vernünftiger, überfälliger Kompromiss.

Draußen in Sperenberg wächst Gras über alles, Büsche, Bäume, wie gehabt. Das einst für den Flughafen vorgesehene Areal ist heute wie damals dichter Wald, durch den kilometerlange Forstwege führen. Eine Schneise von 14 Kilometer Länge und 2

Kilometer Breite ist in diesen Wald geschlagen, die seit den Siebzigerjahren des 19. Jahrhunderts als Schießbahn für Geschütze genutzt wurde, für Bombentests, für Versuche, wie man am besten Bunker baut. Nach dem Krieg planierte sich die sowjetische Armee im Wald eine Landebahn für ihren Nachschub.

Der Bürgermeister hier heißt Frank Broshog, er hat die Statur des Comichelden Shrek, wenig Hals, Hände wie Dampfhammer. Für den geheimnisvollen Wald in Sperenberg, "das größte Flächendenkmal im Land Brandenburg", sagt er, finde sich auch keine geeignete Nutzung. Waldbrände hat er stattdessen. Und manchmal einen Unfall, weil sich da draußen einer verirrt und in eine Grube fällt und nicht mehr rauskommt. Ansonsten? "Ist da nichts. Null. Da ist der Wolf."

IV. Rechtschaffenheit

Gerkan malt einen Airport. Berlin-Bund-Brandenburger Dreifaltigkeit. Der Traum von der chinesischen Lösung. Die Schönheit des Rechtsstaats. Ein deutsches Wort mit 41 Buchstaben. Herrn Baumanns 1800 Aktenordner. Leipziger Allerlei.

Der Architekt Meinhard von Gerkan hat in Hamburg eine Immobilie, an der man nichts findet, was zu beanstanden wäre. Sie ist hoch über der Elbe gelegen, ihre oberste Etage ist eine Art vollverglaster Aussichtsturm, von dem aus Gerkan auf den Fluss und den Hafen blicken kann wie der König der Kapitäne. Wenn er hungrig ist, muss er nur eine kleine Außentreppe hinuntersteigen, und schon steht er vor einem der besten Restaurants der Stadt.

Immer wenn sich Gerkans Büro gmp um internationale Bauprojekte bewirbt, lädt er die Leute in seinen Glasturm ein. Alles beginnt zu schweben hier oben. Es gibt auch einen Flachbildschirm, der ungefähr so groß ist wie ein Handballtor, und wenn die Bauherren kommen, um Entwürfe anzusehen, lässt Gerkan darauf Filme laufen, die zeigen, wie schön alles wird, wenn es fertig ist.

An einem sonnigen Tag im vergangenen Winter zeigt Gerkan einen Film über den neuen Berliner Flughafen. Im Film ist der Airport fertig, Menschen laufen darin hin und her, Autos parken ein und aus, man sieht die Parkpositionen der Flugzeuge in der Abendsonne, es ist, als würde gleich der erste A380 landen.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Gerkan ist jetzt 82 Jahre alt, er weiß, wie man große Gebäude entwirft, auch Flughäfen. Er hat sich in den Siebzigern Berlin-Tegel ausgedacht, einen genialen Bau, vielleicht der beste Flughafen der Welt, es sind, vom Taxi bis zum Flugsteig, keine hundert Meter. Später hat er die Flughäfen in Hamburg und Stuttgart erdacht, er hat den Berliner Hauptbahnhof gebaut, gigantische Museen in China. Gerkan hat einen guten Ruf in der Welt, nur in Deutschland stimmt das nicht mehr ganz. Zu Hause ist er der, der den Berliner Flughafen nicht hinbekommen hat.

Als er gefragt wurde, sich einen Plan dafür auszudenken, verreiste er für ein Wochenende in sein Ferienhaus in Heiligenhafen an der Ostsee. Am Ende dieses Wochenendes bemalte er ein Blatt mit ein paar Strichen und winzigen Figuren, die aussehen wie parkende Flugzeuge. Darunter schrieb er "Flughafen Schönefeld". Maßstab 1:500. Als Datum notierte er den 17. Februar 1998.

Fast 20 Jahre später sitzt er in seinem Glasturm und sagt: "Es sollte eine kraftvolle Figur werden." Gerkan gab ihr ein Dach, das nicht einfach nur ein Dach sein durfte, sondern "eine pathetische Geste". Er sagt: "Es sollte ein Spektakel werden im Sinne von ...", er hebt die Hände hoch, holt tief Luft, und stößt nach einer Weile das Wort "Atemlosigkeit" aus. Er sagt, er habe sich erlaubt, Analogien herzustellen zu Schinkel und Mies van der Rohe. Er zeichnete also einen Flughafenterminal und dachte dabei auch ein bisschen an Preußens Gloria. Vielleicht war das ein erster Konstruktionsfehler.

Fragt man Gerkan heute danach, warum alles derart schiefgegangen ist in Berlin, redet er über die Bauherren, die sich aufführten wie Götter. Und er redet über politische Mentalitäten. In einer Stadt wie Hamburg, sagt Gerkan, gebe es klare Zuständigkeiten, wenn eine Entscheidung einmal getroffen sei. "Der politisch Zuständige sagt dann: Du bist der Architekt, du weißt, wie das geht, also lassen wir dich machen. In Berlin sagen sie: Ich bin der Koch, du bist der Kellner."

In Berlin und in Brandenburg gibt es nicht den einen politisch Zuständigen, das ist eine der entscheidenden Ursachen für den furchtbaren Ausgang dieser Geschichte. Es gibt keine Instanz, die am Ende die Verantwortung trägt, es gibt stattdessen immer alles wenigstens dreimal. Es gibt den Flughafenausschuss in Brandenburg, und es gibt zuständige Ausschüsse in Berlin und im Bundestag. Es gibt die beiden

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Landesverkehrsminister, und es gibt den Bundesminister, es gibt in Bund und Ländern die Finanzminister und Finanzausschüsse, und es gibt in jedem Land und im Bund die Parlamente und die Rechnungshöfe, die ihren Senf dazugeben, es ist ein jammervoll überladenes Konstrukt. Und es ist ein entsetzlich politisiertes Projekt.

Indem der Ministerpräsident von Brandenburg und der Regierende Bürgermeister von Berlin die Chefposten im Aufsichtsrat übernehmen, was sie bis vor Kurzem tun zu müssen glaubten, kann die Opposition den Flughafen als Vehikel zum Stänkern jederzeit benutzen. Und sie tut es.

Im Verlauf der Geschichte tummeln sich zeitweise auch die größten Bürgerinitiativen Europas im Berlin-Brandenburger Speckgürtel, um gegen den unmenschlichen Airport zu trommeln, es gibt Mahnwachen, Montags-Demos, es werden Quartettspiele herausgebracht mit den schönsten BER-Pannen. Es ist ständig Lärm und Stunk um diesen Bauplatz, die Ahnen der Stuttgarter Wutbürger sind unterwegs.

Öffentliche Großprojekte sind die Großkampftage der deutschen Verwaltungen und der Justiz. Flughäfen, Bahnhöfe, Autobahnen, Kraftwerke sind die Schlachtfelder des demokratischen Rechtsstaats, auf denen sich Beamte, Anwälte und Richter für die Ewigkeit auszeichnen. Jedem großen Bauvorhaben geht eine langwierige Prozedur nach genauen Regeln voraus, und wenn diese Prozesse beendet und immer noch nicht alle Widersprüche ausgeräumt sind, dann kommen die Klagen, Bürger gegen Staat. Am Ende hat eine unabhängige Justiz zu klären, ob ein Gewinn fürs Gemeinwohl Verluste für den Einzelnen rechtfertigen kann.

Es geht bei solchen Vorgängen um den Kern und die Schönheit des demokratischen Systems, auch wenn es einem manchmal schwer auf die Nerven gehen mag. Die Macher des BER, diverse Flughafenmanager, auch Politiker, haben die Weisheit der Justiz immer wieder infrage gestellt, und es fehlte auch nicht der Hinweis darauf, dass China, in der Zeit, in der ein einziger deutscher Flughafen rechtlich geprüft wird, 30 neue Flughäfen eröffnet. Aber in China gilt der Bürger nichts, seine Anliegen sind nicht einklagbar, der Staat ist zu keiner Rechenschaft verpflichtet.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Es gibt in China keine Fragen des Lärmschutzes, in Deutschland aber schon, auch wenn die Berlin-Brandenburger Flughafenmacher sie ein bisschen auf die chinesische Art beantworten wollten. Sie sahen in ihren Kostenplänen für den Schallschutz 156 Millionen Euro vor, was viel zu wenig war, und das hätten sie wissen können.

Viele Klagen und Richtersprüche später musste diese Summe auf 590 Millionen Euro korrigiert werden, und alle Budgetansätze waren Makulatur. Daran war nicht der Rechtsstaat schuld, sondern die Flughafenplaner, die meinten, das Recht beugen zu können.

Wolfgang Baumann ist ein Spezialist für solche Vorgänge, ein Veteran vieler juristischer Schlachten, Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Jahrgang 1949. Er wollte den BER verhindern, mit allen juristischen Mitteln, aber er scheiterte.

Baumann hat als Anwalt gegen Wackersdorf gekämpft und gegen das Atomkraftwerk von Mülheim-Kärlich, und als er die Streitereien um den Berliner Flughafenstandort verfolgte und als die Wahl schließlich auf Schönefeld fiel, machte er sich an die Arbeit. Ein Großflughafen direkt an der Stadt, mit Zehntausenden direkt Betroffenen ringsum, mit Dörfern, die weichen müssen, mit Gefahrenzonen überall, Lärmproblemen, Abgasen, das Baugelände voll mit Altlasten noch aus dem Weltkrieg, Teerölseen, Dioxin, alte Granaten. Der Sportsgeist des Anwalts war geweckt.

Es war am Jahrestag des Mauerbaus, 13. August 2004, als der Planfeststellungsbeschluss über den Bau des neuen Flughafens fiel, 1700 Seiten, im Anhang Schallgutachten, Karten, Flugschneisen. Baumann begann sofort damit, den Widerstand und formellen Widerspruch zu organisieren. Er verbündete sich mit großen Bürgerinitiativen. In Bierzelten akquirierte er seine Mandanten en bloc, in Diedersdorf sprach er einmal vor 3000 Flughafengegnern, die an Ständen, alphabetisch geordnet nach den Anfangsbuchstaben der Familiennamen, Mandate vergeben und nötige Vollmachten zeichnen konnten. Beim großen Showdown vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig würde Baumann nicht weniger als 2400 Kläger vertreten.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Für jeden einzelnen Kläger musste die individuelle Betroffenheit festgestellt werden, also wurden Haus für Haus Gutachten gefertigt, Lärmdaten gesammelt. Am Ende hatten sie vier Millionen digitale Datensätze in den Computern und Programme, mit denen dargestellt werden konnte, an wie viel Dezibel um wie viel Uhr genau der Kläger bei so und so viel Fluglärmbelastung zu leiden hätte. Wohnte der Betroffene zur Miete? War er Eigentümer? Schief er unter dem Dach? Im ersten Stock? Waren Kinder im Haus? Wie viel Quadratmeter hatte die Küche? Die Arbeit glich einer kleinen Volkszählung.

Am 15. Oktober 2004, einen Tag vor Ablauf der Einspruchsfrist gegen den Planfeststellungsbeschluss, lieferte Baumann seine Akten an das Bundesverwaltungsgericht. 1800 Ordner, pro Kläger etwa 900 Seiten Klageschrift, 2,1 Millionen Blatt, es ist das größte Verwaltungsgerichtsverfahren der deutschen Geschichte. Das Gericht musste die Wäscherei umwidmen, um Platz für Baumanns Akten zu schaffen, der Anwalt fuhr zuversichtlich nach Leipzig. Aber er sollte, in der Hauptsache, bitter enttäuscht werden.

Es gipfelt damals eine Entwicklung, die den Rechtsstaat nachhaltig verändert. In den Neunzigerjahren werden die Klagemöglichkeiten gegen Verwaltungsakte immer weiter eingeschränkt, die Rechtswege verkürzt. Zwei voneinander unabhängige Entwicklungen stehen dahinter.

Zum einen sind damals neoliberale Ideen schwer in Mode, es ist die Zeit der New Economy, Deregulierung ist ein wichtiges Schlagwort, Entbürokratisierung, Verschlinkung, und gemeint sind damit auch die Regeln des Rechtsstaats.

Zum anderen verabschiedet der Bundestag gleich nach der Einheit eine ganze Reihe Vereinfachungs- und Beschleunigungsgesetze, die dafür gedacht sind, die Sanierung der maroden DDR rasch voranzubringen. Auch der Antrag zum Flughafenbau wird nach den weitgehenden Sonderregeln von dem "Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz" eingereicht. Das ist ein nur in deutscher Sprache mögliches Wort mit 41 Buchstaben – das unter anderem bedeutet, dass Klagen nicht Instanz für Instanz hinaufverhandelt werden müssen, sondern dass Großprojekte direkt vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig in erster und einziger Instanz verhandelt werden.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Aber verhandelt wird da nicht viel. Die mündliche Verhandlung über "die größte Infrastrukturmaßnahme der deutschen Einheit" wird in zwei, drei Tagen durchgezogen, die Bundesrichter weisen 64 Beweisanträge der Flughafengegner pauschal ab mit dem Hinweis, dass die eingereichten Unterlagen bereits "hinreichend" seien.

Baumann sagt, er sei schockiert gewesen damals, empört ist er bis heute. Die Richter hätten den "Grundsatz der Planerhaltung" über alles gestellt, und wenn man ihn konsequent zu Ende denke, dann könne man sich eigentlich alle Bürgeranhörungen und dergleichen sowieso sparen.

"Ich war", ruft er, "gerade siebenmal vor Gericht wegen einer Umweltstation, die auch Tiere hält. Da wohnt hundert Meter weiter eine Frau, die gern auf dem Balkon sitzt und die dagegen geklagt hat, dass da ein Hahn kräht und dass eine Kuh manchmal Lärm macht. Siebenmal war ich deshalb schon auf dem Landgericht! Das muss man sich vorstellen! Ich habe zwölf Wochen verhandelt wegen einer Müllverbrennungsanlage in Augsburg! Zwölf Wochen! Da kann ich doch nicht einen ganzen Flughafen mit all seinen Problemen in ein paar Tagen abhandeln und alles wegbügeln! Das geht doch nicht!?"

V. Anstand

Wowereit zieht andere Saiten auf. Hochtief lernt, wo in Berlin der Hammer hängt. Kühle Abende im Grunewald. Der "heimische Mittelstand" ist vor allem mittel. Grundsteinlegung des Scheiterns. Aus einem Los werden 40 Aufträge.

Wenn man sich festlegen müsste auf nur einen Schuldigen am Schlamassel, wäre Klaus Wowereit eine naheliegende Wahl. Er spielt bis zum Sommer 2001 keine Rolle, aber danach eine so verheerende, dass sich damit leicht ein eigenes Kapitel füllen ließe. Wowereit tritt auf als ebenso herrischer wie selbstherrlicher Zerstörer. Zeitzeugen beschreiben ihn als nassforsch, herablassend, hochfahrend, eitel, rotzig.

Wowereit wird im Juni 2001 Regierender Bürgermeister, von Januar 2002 an steht er an der Spitze einer rot-roten Koalition von SPD und PDS. Für Leute, die glauben, der Flughafen solle von privaten Investoren gebaut und betrieben werden, ist das keine gute Nachricht. Eine Privatisierung des Flughafenbaus war 1999 unterschrieben worden; ein Konsortium "Flughafen-Partner für Berlin und

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Brandenburg" hatte den Zuschlag bekommen, der Essener Hochtief-Konzern, die Flughafen Frankfurt AG, die ABB Calor Schaltanlagen und die Berliner Bankgesellschaft würden den neuen Airport planen, bauen und betreiben.

Privatisierung, das bedeutete: Die Investoren würden die Flughafengesellschaft kaufen, 100 Prozent der Anteile von den Gesellschaftern Berlin, Brandenburg und dem Bund, und würden zu Betreibern von Tegel, Tempelhof und Schönefeld. Sie bezahlen dafür eine Summe im dreistelligen Millionenbereich und verpflichten sich, den neuen Großflughafen mit Baukosten von etwa vier bis sechs Milliarden Mark auf eigene Rechnung zu planen und zu bauen, um ihn nach Fertigstellung auch betreiben zu dürfen. In den vereinbarten Summen des Deals versteckte sich sogar die Tilgung der Schulden aus den Zeiten des Grundstücksbooms im "Baufeld-Ost".

Wenn dieses Geschäft von 1999 Bestand gehabt hätte, wäre der Flughafen 2003 fertig gewesen, diese Ansicht teilen viele Experten. Hochtief hatte damals einen Lauf, die Firma hatte in Athen gerade einen neuen Airport gebaut und übergeben, dasselbe war ihr vorher in Saudi-Arabien gelungen. In Deutschland einen Flughafen auf die grüne Wiese zu stellen wäre für den Konzern aus Essen keine überwältigende Herausforderung gewesen. Und es war ein gutes Geschäft: Man konnte die Einnahmen aus Tegel nehmen, um den Bau zu finanzieren, es konnte nichts schiefgehen.

Es geht aber alles schief. Sechs Monate nach Vertragsunterzeichnung beginnt eine Kaskade von Prozessen, weil unterlegene Bewerber gegen die Vergabe klagen. Es wird an allen Ecken Schmutz aufgewirbelt, es gibt bundesweit Razzien, einmal an 16 Orten gleichzeitig. Korrupte Figuren in Doppelrollen fliegen auf, Verfahrensfehler werden ruchbar, Industriespionage wird behauptet, Hochtief steht, gewiss auch aus eigenem Verschulden, wie ein mafiöser Herrenklub da. Dann aber kommt ein Gericht zu dem Schluss, die Vorwürfe seien wenig substantiell, nicht besonders schwerwiegend, und niemandem sei ein Schaden entstanden. Aber da ist der schöne Auftrag schon weg.

Es wird weitere Anläufe von Hochtief geben, den Flughafen zu bauen, die Essener stimmen sogar zu, das Projekt gemeinsam mit der Bonner IVG zu machen, dem unterlegenen Bewerber, der geklagt hatte. Zeitweise arbeiten an die hundert Hochtief-Mitarbeiter am Airportprojekt, in einem Loft in Berlin-Schöneberg. Der

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Konzern investiert Millionen im Lauf der Jahre in die Vorarbeiten, sie erstellen schon Zeitpläne für die Organisation der Baustelle, aber es wird am Ende verbranntes Geld sein. Das Ende beginnt, als in Berlin Klaus Wowereit an die Macht kommt.

Der damalige Hochtief-Chef Hans-Peter Keitel muss feststellen, dass dieser neue Regierende Bürgermeister von Anfang an darauf aus ist, das Projekt Privatisierung zu sprengen. Keitel zählt zu den großen deutschen Baumeistern, ein Ingenieur aus Württemberg. Er ist ein kantiger Typ, begeisterter Bergsteiger, er hat Wasserkraftwerke in Südamerika gebaut, er war am Ärmelkanaltunnel beteiligt, auch am Gotthard war er dabei. Der Commerzbank- und der Messeturm in Frankfurt sind seine Projekte, die Öresundbrücke, Flughäfen. Keitel, der in aller Welt Präsidenten und Premierminister kennt, Könige und Prinzen, bekommt es nun mit Wowereit zu tun.

Man trifft sich in der Regel im Gästehaus des Berliner Senats in Grunewald, meistens um neun oder zehn Uhr abends, um das, was die Fachleute vorbereitet haben, zum Abschluss zu bringen. Beteiligte an den Diskussionen unter acht, unter zwölf Augen haben in der Rückschau den Eindruck, dass Wowereit fest daran glaubte, der Berliner Politik- und Verwaltungsbetrieb mit ihm selbst an der Spitze könne den Flughafenbau allein stemmen.

Außerdem scheint Wowereit in der Gewissheit zu leben, dass Konzerne an Gewinnmaximierung interessiert sind und an sonst nichts. "Er kam herein gleich beim ersten Mal", erinnert sich ein Teilnehmer an den Grunewald-Runden, "wie wir ihn später x-mal erlebt haben: frech, unmöglich, ohne Rücksicht auf irgendjemanden oder irgendetwas, das bereits besprochen war. Er redete in dem Ton: 'So, Freunde, ab heute gelten andere Regeln. Ich bin der, der hier bestellt – und ihr wollt uns ja sowieso nur von vorn bis hinten betrügen.'"

Anfang 2003, Wowereit ist seit gut einem Jahr auch Aufsichtsratschef der Flughafengesellschaft, wird die Privatisierung des Projekts gestoppt. Wowereit argumentiert, die Investoren wollten Risiken in Höhe von 300 Millionen Euro auf den Staat abwälzen. Auf Beteiligte wirkt es so, dass sich Wowereit künstlich über einzelne Punkte aufregt, um den Bruch herbeiführen zu können. Er zieht immer wieder die Risikoverteilung hoch, ein Standardthema bei Großprojekten, aber Wowereit kennt, als Laie, die Gepflogenheiten nicht. Die Frage etwa, wer die Kosten übernimmt, wenn

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

unerwartet Altlasten im Boden auftauchen, wird mittlerweile schon in Lehrbüchern beantwortet. Wowereit ist das egal. Er will alles auf die Investoren abwälzen. Er ist der Koch, sie sind die Kellner.

Wenn Wowereit die Lust verspürt, seine Themen von jetzt auf gleich zu besprechen, bestellt er die Leute ein, egal, wo sie gerade sind. Es kann vorkommen, damals, dass Investoren Konferenzen abbrechen und sich Privatjets mieten müssen, weil Wowereit eine Dringlichkeitssitzung einberuft.

Am 7. Februar 2003 wird das Ende aller Privatisierungsverhandlungen erklärt mit der Begründung, dass die Investoren dem Staat zu große Risiken aufdrücken wollten. Der Flughafen ist von nun an das Projekt von Berlins Regierendem Bürgermeister Klaus Wowereit, der Airport soll sein Denkmal werden – das schicke Einfallstor ins arme, aber sexy Berlin.

Aber Wowereit versagt darin, das Projekt auf der Schiene zu halten. Er ist der Chef des Aufsichtsrats, als kein Generalunternehmer für die Bauarbeiten gefunden wird. Er ist Chef des Aufsichtsrats, als die Bauorganisation zusammenbricht. Er ist Chef des Aufsichtsrats, als der Eröffnungstermin 2010 platzt, er ist es, als der Termin 2011 platzt, und er ist es immer noch, als die für 2012 geplante Party krachend scheitert. Wowereit ist Chef des Aufsichtsrats, als allen Beteiligten außer ihm selbst klar wird, dass die Baustelle außer Kontrolle ist. Er ist Chef des Aufsichtsrats in den Jahren nach 2012, in denen Stillstand herrscht und es weiterhin nicht gelingt, den Flughafen in Betrieb zu nehmen.

Man könnte lange Tabellen erstellen mit den falschen Behauptungen dieses Politikers, unterbrochen von ein paar wiederkehrenden Refrains: "Wir sind auf gutem Weg", "Es ist ein ambitioniertes Ziel, aber wir werden es erreichen", "Ich gehe davon aus, dass der Eröffnungstermin steht", "Alle Arbeiten verlaufen nach Plan". Wer Wowereits Äußerungen mit der Realität vergleicht, weiß, was von seiner beharrlichen Behauptung zu halten ist, er habe nichts mit dem BER-Desaster zu tun.

Wowereits Desaster wächst sich rasch aus: Nachdem die Privatisierung des Großprojekts vom Tisch ist, muss bald auch die Suche nach einem

Generalunternehmer eingestellt werden, der den Flughafen wenigstens "aus einer Hand" geplant, gebaut und schlüsselfertig übergeben hätte.

Im November 2006 bewerben sich vier Konsortien, die alle glauben, das gewünschte Gebäude für etwas mehr als eine Milliarde Euro bauen zu können. Sie liegen so nah beieinander, die Spanne reicht von 1,038 bis 1,041 Milliarden Euro, dass alles doch sehr verdächtig nach einer Preisabsprache aussieht, einerseits. Andererseits sind die Vorstellungen der Flughafengesellschaft und ihrer staatlichen Bauherren auch völlig unrealistisch. Sie planen mit 630 Millionen Euro Baukosten für den Flughafenterminal. Man wolle ja "keinen Palast bauen", wird Wowereit sagen. Aber das will man eben doch.

Im Vergleich zu Gerkans ersten Plänen soll das nun ausgeschriebene Gebäude 70 000 Quadratmeter größer und luxuriöser ausgestattet sein, mit Böden aus Jurakalkstein und Furnier aus afrikanischem Nussbaum. Unabhängige Gutachter schätzen die Baukosten auf 1,4 Milliarden Euro. Wowereit interessiert derlei Expertise nicht. Er fährt den Kurs: Allein können wir es besser. Und billiger.

Die Politik, empfänglich für den schnellen Applaus, gibt als weitere Maßgabe vor, nun müsse die heimische Bauwirtschaft an der schönen Maßnahme beteiligt werden. Das große Los des Generalunternehmerauftrags wird deshalb in sieben Lose zerstückelt und neu ausgeschrieben, damit auch kleinere Unternehmen zum Zuge kommen können. Damit verschärft sich erheblich, was auf großen Baustellen "Schnittstellenproblematik" genannt wird.

Und dieses Problem wächst sich noch weiter aus: Selbst die sieben Auftragspakete sind für die "heimische Bauwirtschaft" zu groß. Für die Lose vier und sechs etwa, "baulicher Ausbau", finden sich in der Heimat keine geeigneten Bewerber, und deshalb werden die Vergabepakete noch einmal gestückelt. Am Ende ist es so: Aus dem Großauftrag "Bau eines Fluggastterminals" wird nicht, wie anfangs geplant, ein Los für einen Generalunternehmer, es werden auch nicht sieben Lose, sondern es ist jetzt alles aufgesplittert in 40 Einzelvergaben: programmiertes Chaos.

Ein erfahrener Flughafenmanager kommentiert, dass damals "an die Stelle strenger privatwirtschaftlicher Zwänge die gemütliche Struktur eines vom Staat

garantierten Unternehmens tritt". Am Schluss fehlte es nur noch, "dass der Kleber zum Teppichboden einzeln ausgeschrieben wird". Jedenfalls wird aus der einst bewährten Idee, dass ein öffentlicher Bauherr einen Generalunternehmer findet, ein vom Staat organisierter Basar.

VI. Zuverlässigkeit

Ein Plan ist ein Plan ist ein Plan. Spatenstich mit "Big Bobby International". Kein Bauherr, nirgends. Herr Körtgen macht den Doktor. Überall Häuptlinge, vorneweg Herr Schwarz. Die "Vergabeeinheit 5.0 TGA I" meldet erste Probleme.

Schon vor dem ersten Spatenstich am 5. September 2006 beginnt die Debatte darüber, ob der neue Flughafen nicht vielleicht viel zu klein ist. Es gibt ständig neue Prognosen über Passagierzahlen, die besagen, dass der geplante Airport im Moment seiner Eröffnung an der Kapazitätsgrenze operieren werde, zumal ja die anderen Flughäfen dann schließen müssten.

26, 28, 30 Millionen Fluggäste, in aller Eile beschließt der Aufsichtsrat Anbauten neuer Piers, Pavillons, Gates, um die Kapazität der Reisefabrik Flughafen zu erhöhen. Es wird an ihr, für die noch kein Stein gesetzt ist, herumgedoktert, ohne dass viele Gedanken daran verbraucht würden, dass jede Änderung Folgen hat für den Bau und sein Funktionieren.

Um eine Vorstellung zu bekommen, was da draußen im Südosten Berlins vorgeht, muss man sich dieses vor Augen führen: Gerkans erster Plan von 1998 sah ein Gebäude vor mit einer Fläche von 220 000 Quadratmetern. Vor der geplanten Eröffnung 2012 stand da jedoch ein totes Ungeheuer mit 340 000 Quadratmeter Fläche. Das war nicht mehr Schinkel oder Mies van der Rohe, das war ein Bau, der plötzlich so aussah, als würde die Neue Nationalgalerie auf dicke Hose machen.

So wird es bleiben, auch bei laufendem Baubetrieb. Die Bauherren haben ständig neue Einfälle, oder die Flughafengesellschaft hat dauernd Wünsche. Ein neuer Pier im Süden, ein neuer Pier im Norden, hier ein neues Zwischengeschoss, da ein neues Zwischengeschoss, unten neue Verkaufsflächen, oben neue Verkaufsflächen. Als wäre es ein Spiel mit Legosteinen.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Im September 2006 wünscht sich Aufsichtsratschef Wowereit Fluggastbrücken für den A380. Der große Airbus hat damals noch keinen einzigen regulären Passagierflug hinter sich, und das Baufeld von Schönefeld ist noch nicht einmal geräumt. Es hilft auch nichts, dass Experten sagen, der A380 werde aller Voraussicht nach im Berlin-Verkehr niemals eingesetzt, weil sich das für keine Airline lohne. Wowereit will es trotzdem, er will das Symbol, die großspurige Geste, nicht kleckern, klotzen: wenigstens träumen vom A380.

Beim feierlichen Spatenstich im September 2006 geht es launig zu. Wowereit ist da, Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck, der damalige Bahn-Chef Hartmut Mehdorn. Man begießt einen Radlader namens "Big Bobby International" mit Sekt. Wowereit sagt: "Wir werden beweisen, dass drei öffentliche Eigentümer so ein Projekt bauen können." Flughafenchef Rainer Schwarz lässt wissen, dass 100 Millionen Euro ausgegeben seien, "davon 80 Prozent beim heimischen Mittelstand".

Baubeginn ist am 4. Oktober 2006, elf Jahre später als ursprünglich geplant, sechs Jahre nachdem ein "europäisches Drehkreuz" eigentlich schon hätte in Betrieb sein sollen, rechtzeitig zu jenen Olympischen Spielen 2000, die dann doch nicht nach Berlin, sondern nach Sydney gingen.

In den folgenden Monaten, das hat in Berlin Tradition, üben sich die Reporter in Baustellenpoesie. "2058 Räume wird der Flughafen haben und 33 000 Quadratmeter Glasfassaden. Dafür wird die Baustelle 9000 Tonnen Baustahl und 160 000 Kubikmeter Beton verschlingen." "Jedes Projekt hat seinen exakten Termin, jede Muldenkipperfahrt ist geplant."

Und während sie dichten, wird in Sachsen, am Flughafen Leipzig-Halle, am 5. Juli 2007 die neue zweite Start- und Landebahn in Betrieb genommen mit der spektakulären Parallellandung einer Boeing 757 der DHL und einer Boeing 747-400 der Lufthansa. Die Szene wirkt wie ein höhnischer Gruß Richtung Hauptstadt.

Dort gibt es jetzt am Stadtrand eine Baustelle, aber es gibt keine Bauorganisation. Es gibt eine für alle Planungen zusammengewürfelte Arbeitsgemeinschaft aus Gerkans gmp, dem Architektenbüro JSK und dem Ingenieurbüro Kruck. Sie trägt den sperrigen Namen "pg bbi", das steht für

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Planungsgemeinschaft Berlin-Brandenburg International, so heißt der spätere BER damals noch. Im Herbst 2006, im Frühjahr 2007 scheint es fürs Erste so, als schnurre das Projekt dahin.

Im September 2008 wird Manfred Körtgen, seit vier Jahren bei der Flughafengesellschaft, ihr technischer Geschäftsführer und komplettiert die Führungsmannschaft, die das Scheitern des Flughafenbaus zu verantworten hat. Körtgen ist ein träge wirkender weißhaariger Mann, und zu seiner Einschätzung genügt es im Grunde zu wissen, dass er parallel zu seiner Arbeit als Hauptverantwortlicher für den Bau eines Flughafens eine Doktorarbeit schreibt.

Am 29. April 2010 wird er an der Universität Kassel seine mündliche Prüfung ablegen, seine Promotion dreht sich um "Optimierungsansätze zur prozessorientierten Abwicklung komplexer Baumaßnahmen". Kollegen, die in der Flughafengesellschaft eng mit ihm gearbeitet haben, verspotten Körtgen als Di-Do-Mann, als einen, der dienstags kommt und sich donnerstags ins Wochenende verabschiedet.

Auch Körtgen sagt in allen Interviews: "Wir liegen im Zeitplan." Oder, im September 2009: "Drei Jahre nach dem Spatenstich sind wir stolz darauf zu sagen: Jetzt sieht man, dass das, was wir hier errichten, ein Flughafen wird."

In jener Zeit steht allerdings erstmals in internen Papieren, dass die "Vergabeeinheit 5.0, Technische Gebäude-Ausstattung I: Heizung, Lüftung, Sanitär", zwei Monate im Zeitverzug ist. Und es hagelt Beschwerden, dass Bauzeichnungen und Berechnungen der pg bbi gravierende Fehler aufweisen. Außerdem ist das Ingenieurbüro Kruck, Teil des Planungsteams und zuständig für die Technische Gebäude-Ausstattung, in finanzielle Schieflage geraten. Die Firma geht am 8. Februar 2010 in Konkurs. Das sorgt auf der Baustelle für Wissensverlust, Kompetenzeinbußen, für ein Schlingern der Arbeiten.

Um die Lücke zu füllen, werden neue Planer auf Honorarbasis angeheuert, in der Spitze um das Jahr 2012 arbeiten fast 70 unterschiedliche Ingenieurbüros als Planer auf der Baustelle. Sie treffen sich zu wöchentlichen Jours fixes, und es wird auch ständig ein anderer neuer Häuptling ernannt, um Koordination wenigstens zu behaupten. Ein "Gesamtprojektleiter" wird gekürt, Gesamtbauleiter werden ernannt,

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

das klingt alles gut, aber in Wahrheit weiß niemand mehr, wer eigentlich wofür zuständig ist. Und wer am Ende, wirklich, die Verantwortung trägt.

Die Innereien des Gebäudes werden damals zum Problem. Das Thema Kabel taucht auf, das Thema Lüftung und Entlüftung, Entrauchung. Es heißt jetzt, dass die Arbeitsgemeinschaft ImCa, zuständig für den Bau der Entrauchungskanäle und sonstiger für den Brandfall wichtiger Hardware, von 3000 Plänen, die bis Weihnachten 2009 fertig sein sollten, erst 500 bekommen hat. Ob das so stimmt, ist schwer zu sagen, auch, wer genau dafür verantwortlich ist. Es beginnt die Zeit gegenseitiger Schuldzuweisungen, und man kann sich in jenem Winter nur noch darauf einigen, dass wahrscheinlich von einem neunmonatigen Planungsverzug auszugehen ist. Davon aber will die oberste Führung der Flughafengesellschaft nichts wissen. Und der Aufsichtsrat auch nicht.

Man sieht es erst in der Rückschau, dass in jenen Monaten das Scheitern beginnt, das bis heute andauert. Es fehlen Pläne hier, es gibt unvorhergesehene Baukollisionen da, tausendfach. Wo ein Rohr gelegt werden müsste, sitzt eine Luftklappe, wo ein Rauchkanal liegt, müssten Kabel gezogen werden. Natürlich ist das Baustellenalltag überall auf der Welt. Aber im Fall des Berliner Flughafens, wo der Bauherr die Bauherrenrolle nur spielt, statt sie zu füllen, führen sie dazu, dass erst die Baustelle und dann das ganze Gebäude dysfunktional wird. Der Neubau wird, während der Bauzeit, zum Sanierungsfall.

Eigentlich gilt, von Januar 2010 an, ein Änderungsstopp. Kein Plan soll mehr geändert, alles soll einfach nur fertig gebaut werden. Aber die Geschäftsführung des Flughafens hält sich als Erstes selbst nicht daran. Es ist, nach übereinstimmenden Aussagen vieler Beteiligten, der Geschäftsführer Rainer Schwarz, der ständig Neues bestellt, neue Flächen, neue Räume, neue Lounges, neue Inseln für den Non-Aviation-Bereich, mit dem Flughäfen heutzutage das Geld verdienen: Klamotten, Duty-free, Andenken, Essen, Shopping.

Schwarz fühlt sich im Recht. Er versteht etwas von Flughäfen, die bereits gebaut sind. Und dieser hier, jeder weiß es, ist vor langer Zeit geplant worden, er passt gar nicht mehr zu einer Industrie, die sich so rasant entwickelt hat. Die Low-Cost-Carrier haben das Massengeschäft übernommen und revolutioniert, eine ganz neue

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Klassengesellschaft ist entstanden mit extremem Luxus für sehr wenige und mit Holzklasse für unglaublich viele.

Dank des Smartphones hat sich der Prozess des Buchens und Eincheckens völlig verändert, man gibt selbst sein Gepäck auf, wenn man überhaupt noch welches hat. Das Anstehen an Schaltern, hinter denen Personal lächelt, kommt einem vor wie von gestern, aber für dieses Gestern ist der Berliner Flughafen geplant. Also muss er, denkt sich Schwarz, am besten sofort umgebaut werden, bei laufendem Bau ausgebaut werden, damit er ins Heute passt.

Schwarz hat eine schöne Karriere hinter sich, er hat die großen Zeiten in München erlebt, als Geld keine Rolle spielte und doppelte Überkapazitäten ins Erdinger Moos geklotzt wurden. Schwarz war in Düsseldorf, er hat den Flughafen in Nürnberg gemanagt, er kommt nach Berlin im Glauben, dass bei einem Projekt wie dem Hauptstadtflughafen Geldfragen eher nachrangig sind. Er ist es gewohnt, zu bestellen und geliefert zu bekommen. Die technische Seite interessiert ihn kein Stück.

Er sieht ökonomische Notwendigkeiten und verlangt von Technikchef Körtgen die Umsetzung. Und Körtgen ist einer, dem es schwerfällt, Nein zu sagen. Und dahinter sitzen die Leute von pg bbi, die auch zu oft Ja sagen. So sagen auf diesem Bauplatz viel zu oft viel zu lange zu viele Leute: Ja, das kriegen wir hin.

Im Februar 2010 versuchen Gerkans Planer einmal einen Termin beim technischen Geschäftsführer Körtgen zu bekommen, es ist ihnen eilig, denn sie wollen nun doch einmal davor warnen, dass der nächste Eröffnungstermin platzt, dass die Baustelle hängt, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Aber sie bekommen keinen Termin. Körtgen hat, für seinen Generalplaner und die Bauleitung, keine Zeit.

In ihrer Not schreiben die Planer einen Brief an den anderen Geschäftsführer Rainer Schwarz und teilen ihm mit, dass es Zweifel gebe, "ob das primäre Projektziel der Flughafeneröffnung am 30. Oktober 2011 unter den derzeitigen Planungsbedingungen noch erreicht werden kann". Und anstatt dass Schwarz, besorgt, interessiert, womöglich einfach anruft oder ein schnelles Gespräch aller Beteiligten organisiert, bekommen Gerkans Leute nur einen schnippischen Brief zurück. "Wie Ihnen sicherlich bekannt sein dürfte", schreibt Schwarz, "ist mein Kollege Herr

Körtgen primär für Planung und Bau BBI zuständig. Insoweit ist für mich Ihre Vorgehensweise unter Umgehung des zuständigen Ressortgeschäftsführers schwer nachvollziehbar."

Es drängt sich der Eindruck auf, dass beide Bosse der Flughafengesellschaft nicht wissen wollen, was auf der Baustelle passiert. Sie wollen vor allem nichts über Probleme hören, sie wollen gute Nachrichten, mit denen sie im Aufsichtsrat gut dastehen. Wer dieses Schweigekartell durchbricht und normale Fragen stellt wie ein erwachsener Mensch oder einfach eine Wahrheit ausspricht, selbst wenn sie unangenehm ist, wird in Sitzungen angeschrien, beschimpft und zum Schweigen gebracht. Von April 2010 an ist in der Flughafengesellschaft "kein konstruktives Gespräch mehr möglich", sagt eine Beschäftigte von damals später als Zeugin in einem Untersuchungsausschuss.

Am 8. Mai 2010 ist Richtfest, Tag der offenen Tür, die Reporter dichten wieder. Am 9. Juni sagt Wowereit der "Berliner Morgenpost": "Wenn wir hier überhaupt über zeitliche Verschiebung reden, dann über wenige Monate." Zwei Wochen später tagt der Aufsichtsrat, die pg bbi steht im Feuer, ihr werden "Schlechtleistungen" vorgeworfen, eine Kündigung wird erwogen, es ist eine turbulente Sitzung. Niemand hat von Problemen gewusst oder wissen wollen, auch der Aufsichtsratsvorsitzende Wowereit nicht und auch nicht der blasse Brandenburger Platzack. Der Eröffnungstermin 30. Oktober 2011 wird abgesagt. Der Flughafen Berlin-Brandenburg wird nun am 3. Juni 2012 seinen Betrieb aufnehmen. Heißt es.

VII. Pünktlichkeit

Die teuerste Steckdose der Welt. Juni zwo-zwölf wird knapp. Flugrouten? Kannste knicken. "Flughafen-Krieg"!

Der rheinische Gastronom Friedel Drautzburg hat ein sicheres Gespür für gute Lagen. 27 Jahre lang führte er in der Bundeshauptstadt Bonn eine auch von politischer Prominenz gut besuchte Kneipe, es war ökonomisch einigermaßen logisch, dass er sich gegen einen Umzug der Hauptstadt nach Berlin wehrte. Als der Kampf verloren war, zog er, lange vor dem großen Tross, nach Berlin und kaufte für wenig Geld ein Ladenlokal direkt am Bahnhof Friedrichstraße, mit Blick auf die Spree. Er nannte es

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

"Ständige Vertretung", es gab dort Kölsch und rheinische Speisen, und Drautzburg wurde ein reicher Mann.

Als er hörte, dass die Ladenflächen im Flughafen auch von regionalen Marken besiedelt werden sollten, bewarb er sich um die Lizenz für eine Gastronomie. Drautzburg war einer von 700 Anwärtern. Die Flughafengesellschaft schickte ihm Bewerbungsunterlagen, er schätzt, dass sie anderthalb Kilogramm wogen.

Es gab so viel zu beachten. Zu den Besonderheiten seiner "Ständigen Vertretung" gehört, dass die Wände mit Bilderrahmen vollhängen, auf denen er selbst mit prominenten Leuten zu sehen ist. So etwas, Dübel in die Wand und Bilderrahmen drangeschraubt, geht in einem Altbau am Spreeufer, aber das geht nicht im Flughafen, wegen des Brandschutzes.

Drautzburg musste lernen, dass er keine Dübel in die Wand bohren darf, weil es keine Gutachten gibt, die belegen, dass ein deutscher Dübel einer Temperatur von 1200 Grad standhält. Er lernte, dass man im Flughafen keine Fotos aus Papier aufhängen darf. Er lernte, dass er seine Promis, wenn er sie denn da an die Wand hängen wollte, auf "Forex" drucken musste, Hartschaumplatten, die der Fachmann vom Messebau her kennt.

Am Ende bekam Drautzburg eine von drei gastronomischen Lizenzen. Beste Lage, direkt im Abflugbereich, so gebaut, dass jeder Fluggast mittendurch muss. Links vom Durchgang sollten die Tische stehen, rechts davon der Tresen, in der Mitte ein originaler Betongrenzpfeiler der Berliner Mauer, tonnenschwer und schweineteuer. Drautzburg wollte auch ein Filmband mit historischen Aufnahmen der deutschen Geschichte durch sein Lokal laufen lassen. Drautzburg dachte an Ruhestand in einem prächtigen Schloss, irgendwo an einem See in Brandenburg.

Dann gab es eine Besichtigung im Terminal. Drautzburg schritt seine neue Niederlassung ab, er war eigentlich mit allem ganz zufrieden. Das Einzige, was ihm fehlte, war eine Steckdose im Durchgang. Er wollte seinen Gästen die Möglichkeit bieten, zwischen zwei Kölsch mal eben ihr Handy aufzuladen. Drautzburg also sagte: Ich hätte an dieser Stelle gern eine Steckdose. Er bat um einen Kostenvoranschlag. Der kam ein paar Wochen später.

Die zusätzliche Steckdose sollte 36 000 Euro kosten. Drautzburg dachte zuerst an ein Versehen, an zwei, drei Nullen zu viel. Aber es war kein Versehen. Eine zusätzliche Steckdose, die nicht in den Projekthandbüchern des BER vorgesehen ist, bedeutet eine Änderung der Pläne, bedeutet eine Prüfung durch den Projektsteuerer, bedeutet Entscheidungsvorlagen, bedeutet Kostennoten und so weiter. Am Ende kostet eine Steckdose am Flughafen Berlin-Brandenburg 36 000 Euro.

Drautzburg wartet jetzt seit Jahren darauf, dass seine Goldgrube den Betrieb aufnimmt. Normalerweise müsste er darüber verrückt werden. Aber er sitzt da mittags um zwei mit einer lustigen roten Baskenmütze auf dem Kopf, hat bis eben geschlafen und lächelt fröhlich. Andere haben es nicht so gemütlich. Einige Bauunternehmer, Mitglieder der Sippe "heimische Wirtschaft", aber auch Ladenbesitzer mit großen neuen Plänen für ihre Präsenz am BER sind in die Pleite gerutscht. In manchen der Läden, die nie eröffnet werden konnten, stehen Maschinen herum, für die jetzt die Garantie abläuft, obwohl sie noch kein einziges Mal angeschaltet waren.

Wann genau die Hoffnung stirbt, ist schwer zu sagen. Schon spät im Jahr 2010 gibt es Stimmen aus zuständigen Gremien, die sagen: keine Chance, Juni 2012 ist nicht zu schaffen. Auf der extremen anderen Seite gibt es Platzeck und Wowereit, zwei deutsche Regierungschefs und, möchte man meinen, gut informierte Aufsichtsratsmitglieder, die nach eigener Aussage bis zum Schluss nicht die geringste böse Ahnung gehabt haben wollen.

Man sagt in ihren Kreisen nicht "zweitausendzehn" oder "zweitausendzwölf", man sagt "zwo-zehn" oder "zwo-zwölf", alle Politiker reden heute so. Seit Juni zwo-zehn also, seit der Absage der für Herbst 2011 geplanten Eröffnung, ist der Flughafenbau in schweren Wassern unterwegs. Die Sympathie für das Projekt ist nicht mehr groß. Zu allem Überfluss bricht im September 2010 der Flugroutenskandal los, der geeignet ist, auch friedliche Bürger auf die Barrikaden zu treiben.

Es tauchen zwölf Jahre alte Schreiben der Deutschen Flugsicherung auf, in denen die damaligen Flughafenplaner darauf hingewiesen werden, dass ein paralleler Flugbetrieb auf den Start- und Landebahnen des BER nur möglich sein werde, wenn die Flugzeuge direkt nach dem Start um 15 Grad nach außen abknicken.

Das klingt nach wenig, heißt aber viel: Es bedeutet, dass im Grunde alle Maßgaben des Planfeststellungsverfahrens Makulatur sind. Alles umsonst, die dramatischen Anhörungen, das Verfahren der Standortsuche, das Gezacker um Lärmgutachten, die Gerichtsverfahren. Stadtgebiete, die jahrelang gegen den Flughafen kämpften, weil sich ihre Einwohner in der Einflugschneise wähnten, finden sich plötzlich von allem Fluglärm verschont, andere Gebiete, die nicht vom BER betroffen schienen, trifft es jetzt mit voller Wucht.

Illustrierte erscheinen mit Titeln, die lauten "Der Flughafen-Krieg". Wowereit lässt sich ein mit den Worten, dass bei der Betrachtung der Risiken niemand die Flugrouten "auf dem Schirm gehabt" habe, er kann wie immer nichts dafür. Platzeck sagt auch Dinge, aber ihm hört keiner zu. So geht es dahin. Und das Bundesverwaltungsgericht, überschwemmt mit neuen Klagen gegen den Flughafenbau zu Schönefeld, weist alle Kläger ab.

VIII. Prinzipienfestigkeit

Rezept für Kabelsalat. Der Pfusch des Jahrhunderts. Rote Pfeile, gelbe Ampeln. Ein Gutachten kommt selten allein. Wowereit kann nichts dafür. Nach oben kuschen, nach unten treten.

Chaos hat die Eigenschaft, nicht linear zu wachsen, sondern exponentiell. Die Baustelle ist 2011 aus dem Tritt. Es rächen sich die Fehler der Vergangenheit: dass es keinen Generalunternehmer gibt, keine ordentliche Bauorganisation, dass die Arbeiten so kleinteilig vergeben werden, dass die Termine zu ehrgeizig gesetzt sind, dass der Kostenrahmen zu eng ist. Es sind ständig die gleichen strukturellen Probleme, die nun zulaufen auf einen finalen Absturz.

Damals beginnt es, dass Firmen einfach ihre Kabel verlegen, ohne danach zu fragen, ob es noch den Regeln ihres Handwerks entspricht. Damals fängt es an, dass Bauunternehmer planerische Kollisionen gar nicht mehr melden und gemeinsam mit Planern und Bauleitung ausräumen, sondern auf dem Weg der Improvisation einfach selbst auflösen. Damals werden Wände gezogen, die in keinem Plan stehen, und es werden ganz ordinäre Wände als Brandschutzwände abgerechnet, es werden Rohre

verlegt, die anderswo hingehören, es werden Sprinklerköpfe angebracht, aber nicht ans Wasser angeschlossen. Es wird in ganz großem Stil gefuscht.

Damals, im Februar 2011, erscheint das Gutachten einer Ingenieurgesellschaft, das "wesentliche Mängel in der Ausführungsplanung" vermerkt und eine "theoretische Gesamtverzögerung" von 15 Monaten errechnet. Damals kursiert, im April 2011, ein vertraulicher Statusbericht des zuständigen Bauordnungsamts im Landkreis Dahme-Spreewald, in dem es heißt, "dass bei gleichbleibender Verfahrensweise die Baustelle nicht mehr beherrschbar und steuerbar" sei. Man kommt beim Studium des Materials zu dem Schluss, dass zu jener Zeit auf der Führungsebene der Flughafengesellschaft eine Art nervöser Zusammenbruch stattfindet. Es geht etwas ähnlich Unbegreifliches vor wie beim 7:1-Sieg der deutschen Fußballer über Brasilien im berühmten WM-Halbfinale. Die Geschäftsführer Körtgen und Schwarz, der Gesamtprojektleiter, die sonstigen beigeordneten Bauleiter, alle, die Wichtiges zu berichten hätten, sie kapitulieren, vielleicht ohne es selbst zu wissen. Statt mit der Komplexität zu kämpfen und sie zu kanalisieren, beginnen sie, sie zu ignorieren, zu meiden, zu verfälschen, und so fügen sie sich in den Untergang.

Es sind, Mitte 2011, eigentlich alle Erkenntnisse vorhanden, die nahelegen, dass nicht nur eine Eröffnung des Flughafens im Juni 2012 unmöglich ist, sondern dass eine Eröffnung des Flughafens vielleicht niemals möglich sein würde, wenn sich nicht die gesamte Herangehensweise grundlegend veränderte. Es hätte damals einen Menschen gebraucht, der den Mumm besessen hätte, dieser Erkenntnis zum Durchbruch zu verhelfen. Aber es gibt diesen Menschen nicht. Es gibt viel vom Gegenteil, viele geschönte Berichte, und schlechte Nachrichten werden nur noch mit Zuckerguss serviert.

Wenn Baustellencontroller melden, dass Handlungsbedarf bestehe und Entwicklungen kritisch seien, verlangt die Geschäftsführung ausdrücklich "Überarbeitungen". Es heißt dann in Protokollen: "Seite 11: Der im Aufsichtsrat beschlossene Termin ist nicht durch eine gelbe Ampel zu hinterfragen." Oder man liest, im Protokoll der Geschäftsführersitzung vom 21. Juli 2010: "Herr Dr. Körtgen wünscht, dass das Wort 'äußerst' bei den kritischen Pfaden im Controlling-Bericht entfernt wird."

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Es gibt von nun an viele solcher Absurditäten. Die mit der Bauaufsicht befasste und häufig wohl auch überforderte Planungsgemeinschaft pg bbi verfasst Monatsberichte über den Stand der Arbeiten. Einmal, im Dezember 2011, ein halbes Jahr vor der geplanten Eröffnung, markiert sie einige Kapitel, auch das über die Technische Gebäude-Ausstattung, mit einem roten Pfeil. In ihrer Logik bedeutet der Pfeil, dass der Stand dieser Arbeiten den Termin gefährdet, dass Handlungsbedarf besteht. Es gibt aber daneben auch die Monatsberichte einer für die Überwachung des Baufortschritts ebenfalls eingekauften Controllingfirma, die ihrerseits nicht mit Pfeilen, sondern mit Ampelsymbolen hantiert, die aber anderen Kriterien gehorchen. Ein roter Pfeil hier kann eine gelbe Ampel dort sein, und was hier rot ist, kann dort grün leuchten. Es ist ein System mit dem einzigen Zweck, dass sich die obersten Entscheider einfach aussuchen können, welches Problem sie gerade ignorieren möchten.

Aber warum traute sich niemand mehr, die Wahrheit zu sagen? "Es herrschte ein Geist", sagt ein bis 2014 bei der FBB arbeitender Abteilungsleiter, "dass Kritik als etwas Zersetzendes zurückgewiesen wurde. Wer nicht gesagt hat, dass alles toll ist, wurde vor versammelter Mannschaft fertiggemacht. Das ging aus von ganz oben, vom Aufsichtsrat, von Wowereit, der keine schlechten Nachrichten akzeptiert hat. Vor ihm haben die Geschäftsführer gekuscht, und nach unten haben sie getreten."

Draußen aber hagelte es von nun an schlechte Nachrichten.

Am 28. Februar 2012 teilt das Büro Gerkan der Flughafengeschäftsführung mit, dass der Eröffnungstermin 3. Juni nicht zu halten sei.

Am 6. März schreibt PricewaterhouseCoopers (PwC), dass die "geordnete Inbetriebnahme als erheblich gefährdet einzuschätzen" sei, bei Betriebsbeginn sei "mit Prozessausfällen zu rechnen".

Am 8. März schreibt der Sachverständige Dr. Fretter an die Flughafenchefs in einem Fazit: "Die Eröffnung des Flughafens im geplanten Gesamtumfang zum 3.6.2012 erscheint dem Unterzeichner aus derzeitiger Sicht unmöglich."

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Am 14. März warnt das ORAT-Team des Flughafens München, das den Probetrieb in Berlin organisieren soll, dass der Berliner Flughafen baulich-technisch nicht fertiggestellt sei und viele Räume "in keiner Weise nutzbar" seien.

Am 15. März richtet die Beratungsfirma McKinsey einen Brief an die Flughafengesellschaft mit der Aussage, dass es "große Zweifel an der Einhaltung des Eröffnungstermins" gebe.

Am 16. März teilt das Bauordnungsamt dem Flughafen mit, dass es einer Abweichung vom genehmigten Brandschutzkonzept, wie geplant, nicht folgt.

Am 30. März treffen sich Wowereit und Schwarz. Sie führen ein Gespräch, an das sich beide auf sehr unterschiedliche Weise erinnern. Schwarz behauptet, er habe Wowereit über alles informiert, über die Gutachten, den McKinsey-Brief, über alle Probleme. Wowereit sagt, und das ist eine juristisch fein abgezielte Aussage, "Prof. Dr. Schwarz" habe "weder eine Verschiebung der Inbetriebnahme empfohlen, noch die im PwC-Schreiben angesprochenen Risiken als relevant für die Inbetriebnahme dargestellt".

So sehen es auch, in der Tat, Gesamtprojektleiter und technischer Geschäftsführer. Sie wollen an den Juni-Termin glauben, es ist rational nicht zu erklären. Im April begehen Politiker den Terminal und schauen wohlwollend dabei zu, wie die Einzelhändler ihre Geschäfte einräumen und sich im großen Duty-free-Shop von Heinemann die Regale füllen. Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer gehört zu den Besuchern, er erinnert sich bis heute an die "völlig verrückte Scheinwelt", die dargeboten wurde, an das "Potemkinsche Dorf" namens BER.

Es bricht auch am 20. April noch immer nicht in sich zusammen. An jenem Tag findet die 104. Sitzung des Aufsichtsrats der Flughafengesellschaft statt, sie dauert von 9 bis 13.30 Uhr, im Raum sind etwa 20 Leute, 15 Aufsichtsräte. Das Bemerkenswerte an dieser Sitzung ist, zwei Wochen vor dem Krach, dass nichts an ihr bemerkenswert ist. Laut Protokoll wird Geschäftsordnungskram erledigt, es werden Geschäftsberichte genehmigt. Es gibt eine einzige Wortmeldung, von Platzeck. Er äußert den Wunsch, dass in künftigen Geschäftsberichten eine deutlichere Berücksichtigung von

Brandenburg erfolgen solle, "zumal der neue BER ja ausschließlich auf Brandenburger Gebiet liege".

Es ist gespenstisch: In den Wochen damals sind alle Zeitungen, alle Medien voll mit BER-Schreckensmeldungen. Es gibt Berliner Stadtteile, die kochen vor Zorn, es gibt Brandenburger Gemeinden, die kollektiv Dampf ablassen auf Demonstrationen. Derweil steht die Flughafenbaustelle vor dem Infarkt, das müssten die hier Versammelten wissen, und wenn sie es nicht wissen, müssten sie doch bei den Flughafengeschäftsführern zu erfragen versuchen, warum es so viele schlechte Meldungen gibt. Aber alle schweigen.

Es ist ein bitterer Befund: Die Verantwortungslosigkeit ist allgemein. Die Staatssekretäre des Bundes, Gatzert und Bombardieri, gut ausgebildete, gut informierte Leute, sie sitzen da und schweigen und lassen alles laufen, genau wie alle anderen. Wie die Minister und Senatoren, die Betriebsräte und Gewerkschafter, alle tun entweder ahnungslos, oder sie sind es, was im Ergebnis auch keinen Unterschied macht. Es ist eine seltsame, peinliche Stille.

Unter Punkt 3.4 beantragt Geschäftsführer Schwarz 13,9 Millionen Euro Budgeterhöhung "zur Durchführung der Endspurtmaßnahmen im Zusammenhang mit der BER-Inbetriebnahme". Darüber erklärt der Vorsitzende Wowereit laut Protokoll "sein Missfallen", weil die Mehrausgaben bei besserer Terminplanung möglicherweise zu verhindern gewesen wären. Ist es eine Komödie? Zugestimmt wird.

Der mit Abstand ausführlichste Protokollteil befasst sich unter Punkt 5 mit dem "Planungsstand Eröffnungsveranstaltung BER". Es werde Publikumstage "rund ums Terminal" geben. Am 24. Mai werde die eigentliche Feier "für einen Teilnehmerkreis von circa 40 000 Personen unter Beteiligung der Bundeskanzlerin stattfinden". Und ein Hinweis aus einer Sitzung im April 2012 wird aufgegriffen: Man beschließt, dass "mit der Eintrittskarte auch ein Gutschein für eine Mahlzeit und ein Getränk verbunden ist".

IX. Tapferkeit

Mehdorn trommelt. Von Stillstandskosten und Wirkverbundtests. Der schwarze Peter spielt Schwarzer Peter. Ein Rausschmiss mit Folgen.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Hartmut Mehdorn trifft sich in Berlin gern im "Café am Neuen See", weil er erstens gleich um die Ecke wohnt, und zweitens wird hier sein Wein ausgeschenkt. Mehdorn ist mit einer Französin verheiratet und auch sonst frankophil, er hat einen Weinberg irgendwo im Süden, aber der Kellner muss ihn leider enttäuschen. Von seinem Wein ist nichts mehr da. Mehdorn bestellt einen Côtes-du-Rhône, besser als nichts. Es gibt Wildbuletten, und wenn man Senf dazuhaben will, sagt der Kellner: "Wir haben aber nur hausgemachten Preiselbeersenf."

Hartmut Mehdorn wurde, nachdem am Flughafen 2012 alles einmal im Eimer war, 2013 als Retter geholt. Es heißt, dass Volker Kauder ihm von Bundeskanzlerin Angela Merkel persönlich die Botschaft ausrichten ließ: "Herr Mehdorn, bitte beenden Sie das." Zu beenden war die Tragikomödie des Berliner Flughafenbaus, die im Mai 2012 ihren tollsten Höhepunkt, aber noch lange nicht ihr Finale erlebt hatte.

Die Kanzlerin, in Sachen Flughafen hundertprozentig leidenschaftslos, wurde wohl kurz einmal wach, als das Gerücht die Runde machte, die Bau- und Betonleiche am Rande der Hauptstadt koste 30 bis 40 Millionen Euro – pro Monat. Solche Zahlen sind politisch gefährlich. Bis November 2013 war es nur eine Schätzung, die von der Flughafengesellschaft stets nur höhnisch dementiert wurde, aber dann machte die von Mehdorn eingesetzte Finanzgeschäftsführerin die Zahl offiziell. Durch "verschiebungsbedingte Mehrausgaben" und "ausbleibende Einnahmen", sagte sie, sei von "Stillstandskosten" von monatlich 35 Millionen Euro auszugehen.

Hartmut Mehdorn ist ein guter, pointenreicher Erzähler, er rhythmisiert seinen eigenen Redefluss, indem er während des Redens ununterbrochen den Tisch vor sich bearbeitet, es wirkt, als würde er sich selbst am Schlagzeug begleiten. Er trommelt mit den Fingern, mal dumpf mit den Fingerkuppen, mal hell und scharf mit den Nägeln, manchmal setzt er auch wuchtige Handkantenschläge, dass die Gläser scheppern, wenn er etwa sagt, dass der Bau des Berliner Hauptbahnhofs heute ja auch nicht mehr möglich wäre. "Eine Großbaustelle" – bam! – "mitten in der Stadt" – bam! – "das würde" – bam! – "einen Volksaufstand geben."

Leute, die mit Mehdorn gearbeitet haben, sagen alle ungefähr dasselbe in vielfacher Variation. Dass er ein Energiebündel sei, ein Kraftpaket, ein Anpacker, er sei "wie so eine Jahrmarktsfigur, die Kettenglieder sprengt". Das heißt aber auch, dass

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

er der falsche Mann für die Aufgabe ist. Als er seine Stelle antritt, im März 2013, braucht dieser Bauplatz keinen Antreiber, der "Sprint"-Programme verkündet. Es weiß ja damals überhaupt niemand mehr, wozu Leute angetrieben werden sollen.

Die Baustelle ruhte schon seit knapp einem Jahr. Mehdorn fand den Bauplatz in einer "Schockstarre" vor, die am 7. Mai 2012 eingetreten war, als das große Illusionstheater am FBB endlich aus und die große Eröffnung endgültig abgeblasen war. Eine Besprechung des Bauordnungsamts mit der Geschäftsführung des Flughafens an jenem Tag führte zu der lange verweigerten Erkenntnis, dass eine Inbetriebnahme schlicht unmöglich war. Und tags darauf taten Wowereit und Co. bei einer Pressekonferenz so, als hätten sie das ja wirklich nicht im Traum ahnen können.

In den Folgemonaten lernt eine verblüffte Öffentlichkeit das Ausmaß des Scheiterns überhaupt erst kennen. Dass der Flughafen im Mai 2012 nur zu 56 Prozent "betriebsfähig" gewesen sein soll, ist ein Schock. Bundesminister Ramsauer setzt umtriebiger eine "Sonderkommission" ein, "zur umfassenden Bestands- und Beweissicherung". Man hört damals zum ersten Mal von jenen Türen, Sprinklern, Kabeln, von den hunderttausend Elementen, die nicht sind, wie sie sein sollen.

Statt in Ruhe nachzudenken, vielleicht auch zu dem Schluss zu kommen, dass alles von Grund auf anders werden muss, demonstriert der Aufsichtsrat Entschlossenheit. Erst legt er für August 2012 einen neuen Eröffnungstermin fest, der eine Woche später auf März 2013 und bald auf Oktober 2013 verlegt wird. Dann, bei einer Sondersitzung am 17. Mai, Himmelfahrt, wird kurzerhand der Hinauswurf der Planungsgemeinschaft pg bbi beschlossen, und es gibt keinen Experten, der das nicht für einen weiteren fatalen Fehler hält.

Denn es ist so: Wer die Vorgänge studiert, kommt zwar nicht zu dem Schluss, dass die pg bbi, also Gerkans Planer, zusammen mit JSK und Kruck ihre Arbeit über die Jahre stets brillant erledigt hätten. Trotzdem kannten sie die Baustelle wie niemand sonst, sie kannten die Problemzonen, sie hatten ein Gespür für den Raum. Jeder Planer, der von nun an kommt, muss zuerst eine Art Baustellenarchäologie betreiben, um sich da draußen überhaupt zurechtzufinden. Die pg bbi hinauszuerwerfen ist ungefähr so, als würde man auf halber Strecke in eisiger Wand den Bergführer in die Tiefe stoßen.

Körtgen muss zum 1. Juni gehen, mit 193 000 Euro Abfindung, auch Schwarz wird im Dezember gehen, nachdem es erst so aussah, als würde er ewig bleiben.

X. Ernsthaftigkeit

Ein neuer Termin muss her. Eine Delegation kommt selten allein. Manchmal kommt sie als "Soko BER". Sprinter gegen Erbsenzähler. Mehdorn will "Gummi auf die Piste". Amann will eine "nicht zerstörungsfreie" Bestandsaufnahme.

Horst Amann ist Darmstädter und klingt auch so, er gilt als systematischer Kopf, er hat für die Bahn gearbeitet, zuletzt für den Flughafen Frankfurt, und wird in Berlin neuer Technikchef anstelle von Manfred Körtgen. Amann bezieht seine Büros am 1. August 2012, ein halbes Jahr vor Mehdorns Ankunft. Mehdorn wird Schwarz ersetzen. Amann ahnt nicht, worauf er sich eingelassen hat. Kaum ist er da, steht er schon unter Druck. Alle wollen von ihm belastbare Termine hören, Wowereit, Platzeck, auch Bundesstaatssekretär Bomba, eigentlich ein Freund von ihm, auch ein Hesse, er sagt: "Du musst bald einen neuen Eröffnungstermin nennen."

Nach Schönefeld kommen damals politische Delegationen in Scharen. Der Bauausschuss des Bundestags kommt zum Ortstermin und schaut hinauf in die Welt der Decken. Im Dezember rollen einmal die Beamten von Ramsauers "Soko BER" an, sie kommen mit dem Zug, sie dürfen einfahren in den Geisterbahnhof unter dem Terminal. Mehrere Stunden verbringen die Beamten auf der Baustelle, inspizieren alle Stockwerke, Bahnhof, Check-in-Bereich, Sicherheitskontrolle, Duty-free, Gates, Gepäckanlage, sie kommen zurück mit ernüchternden Erkenntnissen. Tausende Quadratmeter Terminalflächen, heißt es in ihrer Mängelliste, seien noch "im Zustand des völligen Rohbaus".

Auch der neue Geschäftsführer Amann ist ständig auf der Baustelle. Er lässt die Entrauchungsanlage testen. Alle Versuche scheitern, sie scheiterten "gnadenlos", sagt Amann zu Freunden, und dass er richtig Angst bekomme: "Das Ding ist tot."

Es geht bald die Geschichte vom "Monster" um, das im Keller des Flughafens hause. Damit ist die Brandschutzanlage 14 gemeint. Dass sie das Kernstück des Brandschutzkonzepts sei und nicht funktioniere, wird zu einer entscheidenden Legende über das Scheitern des ganzen Baus. Die andere lautet, dass der

Großarchitekt Gerkan keine Schornsteine auf dem Dach hätte haben wollen, dass also wider die Gesetze der Physik der heiße Rauch "nach unten" abgesaugt werden müsse. Es erscheinen Artikel darüber, dass der Planer des Entrauchungsmonsters, Alfredo di Mauro, noch nicht einmal Ingenieur sei! Und das in Deutschland!

Es ist aber alles nur eine durchsichtige Suche nach Sündenböcken. Das Dach des Gerkan-Baus ist ausreichend besetzt mit Dutzenden Rauchabzugsklappen. Alfredo di Mauro ist ein hochrespektabler Planer, dessen Anlage von allen Stellen abgenickt und genehmigt worden war, aber eben für ein wesentlich kleineres Gebäude mit viel weniger Räumen. Im Dezember 2012 hat Amann "mathematische Gewissheit", dass die Entrauchung nicht funktionieren kann. Der Flughafen BER kommt ihm vor wie die "Titanic" vor dem Eisberg.

Wowereit zieht draußen um die Häuser und sagt in jedes Mikrofon, dass der 27. Oktober 2013 als neuer Eröffnungstermin stehe. Die Termine sind, besonders für die Politiker, wie eine Obsession. Als brauchten sie eine Karotte, die sie dem Volk hinhalten können. Und wenn sie weg ist, gibt es eine neue.

Zwischen Weihnachten und Neujahr setzt Technikchef Amann ein dreiseitiges Schreiben an die Gesellschafter auf, in dem steht, dass die Einhaltung des Endtermins im Oktober 2013 "ausgeschlossen" sei. Außerdem kündigt er an, was als "Bestandsaufnahme" in die Geschichte des Flughafens eingehen wird. Es sei, schreibt Amann, "vertiefend zu prüfen und zu entscheiden ... ob ein vollständiger Umbau auf den Genehmigungszustand unumgänglich ist". Dazu gehöre eine vollständige Erfassung des Istzustands, auch das "Öffnen aller bereits verschlossenen Decken, Schächte, Böden und Wände". Den Brief schickt Amann mit Datum 4. Januar ab, drei Tage nachdem Wowereit in seiner Neujahrsansprache gesagt hat, man werde alle Kräfte bündeln, "um den Eröffnungstermin im Oktober einzuhalten".

Es wird ein Nachfolger für Rainer Schwarz gesucht, seit Januar 2013 ist der Posten des kaufmännischen Geschäftsführers vakant. Ramsauer, Platzeck, Wowereit tagen viel, sie sitzen auch manchmal bei Finanzminister Schäuble, es gibt Gespräche unter acht Augen, unter zehn Augen.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Wowereit überlässt Platzeck den Aufsichtsratsvorsitz, um auch einmal klarzumachen, dass es hier auch um ein Brandenburger Projekt geht. Niemand traut Platzeck viel zu, aber es gibt auch kein gutes Argument, den Wechsel abzulehnen. Der Aufsichtsratsvorsitzende Platzeck macht die Suche nach neuen Geschäftsführern nicht einfacher. Irgendwann fällt der Name Mehdorn, er steht auf einer Liste mit acht oder zehn Namen. Ramsauer will ihn als Erster genannt haben. Andere auch. Mehdorn sagt sofort zu.

Er erzählt selbst davon im Café am Neuen See, heute, Jahre später. Er sei in sein neues Büro gekommen, sagt er, und es sei alles sauber gewischt gewesen, "da stand kein einziger Ordner drin, da war nichts". Es habe aber, sagt Mehdorn, 15 Direktoren gegeben, von denen sich jeder sein eigenes Imperium aufgebaut hatte. Seine Hand kracht auf den Tisch.

Man darf davon ausgehen, dass Mehdorn, der Trommler, und Amann, der Pedant, keine Minute dafür gebraucht haben, sich nicht zu mögen. Als Mehdorn kommt, ist Amann schon am Werk. Er hat die "Reset"-Taste gedrückt und arbeitet nun zusammen mit dem TÜV Rheinland an seiner, wie er das nennt, "flächendeckenden, nicht zerstörungsfreien, vollständigen Bestandsaufnahme des Bau-Ists". Anders gesagt: Amanns Leute kriechen nicht nur in die Welt der Decken, sie schlagen auch Wände auf, um zu sehen, was dahinter ist, sie versuchen, den Kabelsalat zu verstehen, die Rohre, alles. Es ist, angesichts der Aufgabe, eine vernünftige Herangehensweise, ein nötiges Stück "Baustellenarchäologie". Es steht nur im krassen Widerspruch zu Mehdorns Plan eines "Sprint"-Programms.

Mehdorn will nicht Bestandsaufnahme, sondern Start-up. Als Erstes lässt er sein Büro renovieren und mit weißen Sesseln möblieren, nur der Chefsessel, seiner, ist rot. Er stellt Leute ein von Beratungsfirmen, viele von Roland Berger, sie starten eine Kommunikationskampagne, die mit dem Bau und seinen Problemen nichts, mit Storytelling und Image aber viel zu tun hat. Mehdorns Team hat wenig bautechnische Kompetenz, es sind Juristen, Betriebswirtschaftler, da ist kaum einer dabei, der Kabel ziehen könnte oder wüsste, wie eine Sprinkleranlage funktioniert.

Mehdorns Strategie ist grundfalsch. Er unterschätzt anfangs, wie alle seine Vorgänger und alle seine Nachfolger, die baulich-technischen Probleme und glaubt

lieber daran, dass die Provinzler vom Bauordnungsamt oder die Spießer mit den Gutachten die Probleme übertreiben und Lösungen nicht sehen wollen. Er versucht, sie alle vor sich herzutreiben. Er kündigt Eröffnungen an, er will hier ein Stück in Betrieb nehmen, dort das Frachtzentrum aufmachen, er zaubert mit Kaninchen.

Mehdorn dämmert es nach einem Jahr, dass die Möglichkeit des Scheiterns besteht. In diesem Projekt ist tief der Wurm drin, und alles ist Stückwerk. Die Bestandsaufnahme Amanns hat Unglaubliches dokumentiert. Mehr als 120 000 Mängel, davon 4000 "genehmigungsrelevant", es ist ein Horrorhaus. Man hat einen zu kleinen Flughafen geplant und die Kosten gedeckelt, und trotzdem musste alles dauernd größer werden. "Wenn Sie ein Einfamilienhaus bauen", sagt Mehdorn, "und während der Bauzeit wird ein Dreifamilienhaus draus, und Sie wundern sich über die Kosten oder darüber, dass die ursprüngliche Heizung zu klein ist, dann kann Ihnen keiner helfen."

Mehdorn bekommt ein größeres Budget, mehr als eine Milliarde obendrauf, er bekommt auch seinen Willen in Sachen Amann: Der Aufsichtsrat setzt seinen Widersacher ab. Aber Mehdorn bringt den Bau kein Stück voran.

Der neue Technikchef am BER, Jörg Marks, ein Siemens-Manager, erkennt das. Er beginnt mit dem Umbau der Entrauchungsanlage, die aufgeteilt werden muss in sieben Abschnitte, das wird Jahre dauern, neue Entrauchungskanäle im Keller werden betoniert, so groß wie Tunnelröhren. Mitte 2016 möchte man meinen, der gesamte Keller unter dem Hauptterminal sei eine einzige Entrauchungsanlage.

Am 13. März 2015 schreibt Mehdorn seinen letzten Brief auf Briefpapier des Flughafens Berlin-Brandenburg an die "lieben Kolleginnen und Kollegen". Er sei angetreten im Frühjahr 2013, "das havarierte Großprojekt BER wieder flottzumachen". Es folgt eine Liste von Erfolgen und der Hinweis darauf, dass es nun endlich gelungen sei, "ein verlässliches Terminband zur Inbetriebnahme 2017 vorzustellen". Aber dieses Band ist so verlässlich nicht.

XI. Zuverlässigkeit

Landrat Loge und die "Mensch-Maschine-Schnittstelle". Letzte Zusammenfassung einer unendlichen Geschichte. Die Ursachen des Scheiterns – und eine Erklärung dafür, warum die Verantwortlichen nicht schärfer verfolgt wurden.

Stephan Loge ist Landrat im Kreis Dahme-Spreewald, sein Büro liegt in Lübben, mitten in der Altstadt, nicht weit vom Schloss entfernt. An Leuten wie ihm, das sagen Flughafenmanager und manche Politiker aus Bund und Land bis heute, ist das Flughafenprojekt letztlich gescheitert, an diesen Provinzlern aus dem Spreewald, die, logisch, überfordert waren mit dem Projekt BER, Korinthenkacker, die vielleicht Turnhallen und Supermärkte können, aber einen Weltflughafen?

Landrat Loge ist der Typ sozialdemokratischer Kommunalpolitiker, wie ihn nur die untergehende DDR hervorbringen konnte: gelernter Ingenieur, pragmatisch, sachorientiert. Er ist SPD-Mitglied und seit 2008 Landrat. "Hier hat sich keiner um den Flughafen gerissen", sagt er. Die Politik in Berlin und Potsdam habe gewollt, dass Dahme-Spreewald zuständig sei, Schönefeld gehört zum Landkreis.

Loge ist keiner, der sich von Ministern oder Managern beeindrucken lässt. Er steht zu seinen Überzeugungen, und so sieht er auch aus: stiernackig, kahlköpfig, ein fester Händedruck, ein Mann, der ohne Girlanden zum Punkt kommt und der weiß, dass alles seine Ordnung haben muss. Turnhallen oder Flughäfen. Niemand kann beim Brandschutz machen, was er will.

Es ist auch nicht so, dass Loge und seine Beamten keine Erfahrung mit komplizierten Großprojekten hätten. In ihrer Zuständigkeit steht der früher einmal für den Bau neuer Zeppeline vorgesehene Riesenhangar Cargolifter, eine der größten Hallen der Welt, in der sich heute die Freizeitlandschaft Tropical Islands findet. "Vier, fünf unterschiedliche Brandschutzsysteme haben wir da abgenommen", sagt Loge. "Alle waren genehmigungsfähig. Wenn die immer so tun mit ihrem Flughafen! Tropical Islands war komplizierter."

Was von seiner Behörde verlangt wurde, war doch ziemlich skandalös, und Loge erinnert sich genau daran. Wie er den beiden Flughafenmanagern im Büro des Baudezernenten des Landkreises in Königs Wusterhausen gegenüber saß. Wie

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Technikgeschäftsführer Körtgen die sogenannte Mensch-Maschine-Schnittstelle erörterte, die die Türenautomatik ersetzen sollte.

Anfangs glaubten die Flughafenerbauer, man könne Feuerwehreute in einer Schaltzentrale die Türen fernsteuern lassen, aber die Tests gingen schief. Nun hatte die Flughafengesellschaft eine neue, allerletzte Idee, wie es funktionieren könnte, und Loge, der damals schon viel gewöhnt war, war fassungslos. "Hilfskräfte in Warnwesten an 1200 Türen setzen?", fragte Loge. "Leute, die im Brandfall rufen: 'Es brennt'?"

Es ist eine unendliche Geschichte. Hartmut Mehdorns Nachfolger Karsten Mühlenfeld hat sein Kapitel geschrieben, dessen Nachfolger Engelbert Lütke Daldrup beginnt gerade seines, die Abschnitte werden ereignisärmer, je näher die Gegenwart heranrückt, die dunkle Grundstimmung ändert sich nicht.

Berlins aktueller Regierender Bürgermeister Michael Müller wird dereinst vielleicht das Verdienst angerechnet bekommen, die Politik endlich aus dem Aufsichtsrat entfernt zu haben. Es wirken dort jetzt die Staatssekretäre, das neutralisiert Streitereien. Der neue Vorsitzende des Aufsichtsrats heißt Rainer Bretschneider, er ist ein schwerer, vollbärtiger Staatssekretär aus Brandenburg, dessen berufliche Karriere sich seit 1993 immer wieder mit der Geschichte des Flughafens kreuzt. Vielleicht hilft das.

Die letzten Neuigkeiten vom Bauplatz sind nicht ermutigend. Die Kollisionen in der Welt der Decken enden nicht, die Sprinkleranlage mit ihren Rohren erweist sich als das neue Monster, es vergeht keine Woche ohne neue Änderungen, die Beteiligten am Bau verlieren die Nerven, auch Leute von den Großfirmen, von Bosch, von Siemens, haben die Schnauze voll vom BER und wollen nur eines: raus.

Es dämmert nun auch allen, dass dieser Flughafen im Moment seiner Eröffnung zu klein sein wird, viel zu klein, die Passagierzahlen sind über die jahrzehntealten Planungen hinweggegangen, BER hat nicht ausreichend Kapazität. Deshalb gibt es nun Pläne, den Bau, der als nationales Schlüsselwerk von Meinhard von Gerkan entworfen worden war, mit Behelfsterminals aus Fertigbauteilen zu umstellen. Das

wäre die finale ironische Pointe: im Zentrum Nussbaumfurnier und Jurakalkstein, drum herum Kisten aus Blech und Plastik.

Oder wird man Tegel offen halten? Die uralte Debatte um den Single-Airport neu eröffnen? Den Planfeststellungsbeschluss gänzlich ad absurdum führen? Es lauern Fallen überall. Der Mitbauherr Bund dringt auf die Errichtung eines Regierungsflughafens, auch irgendwo in Schönefeld, erst soll ein Provisorium her für 50 Millionen Euro, dann ein Bundes-Terminal für 400 Millionen, aber eigentlich ist kein Platz dafür, nirgends.

Und niemand fühlt sich verantwortlich, niemand ist zuständig, in der Stadt nicht, im Land nicht, im Bund nicht, kein Staatssekretär, kein Minister, kein Unternehmer, keine Kanzlerin. Was denkt sich so ein Rainer Schwarz oder Manfred Körtgen, wie schläft Hartmut Mehdorn, was sehen Matthias Platzeck oder Klaus Wowereit, wenn sie in den Spiegel schauen? Lauter Sieger?

Warum ist niemand zur Rechenschaft gezogen worden für diesen Irrsinn? Wieso hat niemand Schadensersatzansprüche gegen Chefs und politisch Obere erhoben? Warum sind nicht Staatsanwälte losgegangen und haben verantwortungslosen Verantwortlichen nachgespürt? Warum bekommt Exgeschäftsführer Schwarz, statt selbst angeklagt zu werden, vor Gericht recht, wenn er seinen Verdienstaussfall von 1,14 Millionen Euro einklagt?

Es ist, offenkundig, ein abstoßendes Spiel im Gang, hinter den Kulissen. Seine Regeln blitzen einmal kurz auf an einer versteckten Stelle im Bericht des Untersuchungsausschusses, der 2016 erscheint. Dort kommt der Chefjustiziar der Flughafengesellschaft zu Wort, ein diskreter Mann namens Gottfried Egger. Er wird von Menschen, die ihn kennen, als umgänglich beschrieben mit der Gabe, eine Frage so lange zu beantworten, bis niemand mehr weiß, was gefragt war. Im Untersuchungsausschuss wird Egger gefragt, warum die Flughafengesellschaft in Sachen Pflichtverletzungen nicht aggressiver gegen ehemalige Manager, namentlich Schwarz, vorgegangen sei.

Eggers' Antwort ist gewunden, da ist viel "ich sage mal" und "wäre" und "hätte", er sagt: "Das ist dann ein Spagat, den können Sie dann nicht auflösen ..." Er redet noch

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

allerlei Rätselhaftes und will eigentlich sagen: Die Verantwortlichen sind nicht verfolgt worden, weil das Schadensersatzklagen Dritter nach sich gezogen hätte. Noch deutlicher: Aus Angst vor Millionenzahlungen an Lufthansa oder Air Berlin oder die Deutsche Bahn wurden die Verfehlungen von Schwarz, Körtgen und Co., vielleicht auch die Versäumnisse von Wowereit, Platzeck und Co., unter den Teppich gekehrt. Ganz bewusst. Das gehört zur bitteren Wahrheit über den Flughafenbau zu Berlin-Brandenburg. Es mag Schuldige geben, aber man wird sie nie dingfest machen, man sucht sie erst gar nicht, weil das womöglich zu teuer käme.

Viele Ursachen des Scheiterns wurden hier entwickelt, eine Erkenntnis ist nicht widerlegbar: Die Regierenden Bürgermeister von Berlin, die Ministerpräsidenten von Brandenburg und die in Bundes- und Landesregierungen zuständigen Minister und Staatssekretäre waren und sind mit der Aufgabe, in staatlicher Regie einen Flughafen zu bauen, überfordert. Konsequenzen daraus: null.

Der deutsche Staat, die Steuerzahler, sie bürgen für dieses wenig geliebte Flughafenprojekt. 6,6 Milliarden Euro, neunmal so viel wie anfangs veranschlagt, sind nach jetzigem Stand insgesamt aufzubringen. Konsequenzen? Keine.

Das öffentliche Bauen in Deutschland ist nicht mehr, was es war, ein Ausweis des Landes. Die große Kultur der Generalunternehmer, die termingerecht und "schlüsselfertig" große Staatsaufträge abwickeln, ist verfallen. Fast alle großen Bauunternehmen sind verschwunden, weil der kleinkarierte Blick auf regionale Arbeitsmärkte schon in der Planung die schöne Kühnheit verhindert, die wir andernorts bewundern, aber nicht bei uns, nicht in Deutschland.

Bei uns, in Deutschland, wird heutzutage gern groß geredet, aber am Ende ganz klein gedacht. Die Heimat der Handwerksmeister und mittelständischen Weltmarktführer sieht von Berlin-Schönefeld aus betrachtet nicht sehr beeindruckend aus, und das ist mehr als ein Gefühl: Industriellen, Unternehmern, Wissenschaftlern, Politikern begegnet es im Ausland heutzutage ständig, dass Deutschland dank der drei Großbuchstaben BER zum Objekt schadenfrohen Spotts geworden ist. Und der könnte bald noch lauter werden.

Es ist denkbar, es ist möglich, dass dem Projekt im Jahr 2018 das Geld ausgeht, erst recht seit dieser Woche, in der die Insolvenz der zweitgrößten deutschen Fluggesellschaft Air Berlin bekannt wurde (siehe Seite 94). Air Berlin wollte den neuen Großflughafen als Heimat, Hub und Hauptmieter nutzen. Wie kann dieser Ausfall kompensiert werden? Der deutsche Staat, so viel dürfte feststehen, kann auch aufgrund europäischer Subventionsregeln nicht einfach neues Geld nachschießen. Aber dann läge, vom kommenden Jahr an, am Rand von Berlin womöglich keine geheimnisvolle Baustelle mehr. Dort stünde dann ein Mahnmal, auf dessen Fassade in großen Buchstaben einfach stehen könnte: Made in Germany.

Epilog

Die S-Bahn-Linie 45 fährt mit abnehmender Geschwindigkeit in den Bahnhof ein, der Zugführer Klaus Rühmann hat den Handhebel vorsichtig nach hinten geschoben. Draußen, auf der Anzeigetafel am Bahnsteig, leuchtet das Wort "Zugdurfahrt!", und drinnen, in den Waggons, dunkel und leer, hört man eine automatische Ansage, die den Eindruck erweckt, als müsste sie Ordnung schaffen in einem dichten Fluss reisender Menschen: "Nächste Station: Flughafen Berlin-Brandenburg. Übergang zum Regional- und Fernverkehr. Endstation. Bitte alles aussteigen."

Rühmann packt seine Sachen zusammen, er zieht eine Jacke über, es ist kalt im Bahnhof. Er verschließt den vorderen Führerstand und läuft ans andere Ende des Zuges. Er öffnet den hinteren Führerstand, zieht das "Übergabebuch für Triebfahrzeuge" hervor und notiert in gut lesbarer Handschrift Uhrzeit und Streckenverlauf, dann schiebt er den Handhebel nach vorn. Der Dreiviertelzug der Baureihe 481 verlässt den Bahnhof des Flughafens Berlin-Brandenburg in die Richtung, aus der er gekommen ist. Es ist 2.56 Uhr, und es läuft alles nach Plan.

ZIEL KANZLERAMT

Jung, schwul, konservativ. Jens Spahn geht seiner Parteichefin Angela Merkel schwer auf die Nerven. Auf seinem Weg nach ganz oben muss das kein Nachteil sein

Von Andreas Hoffmann und Axel Vornbäumen, stern, 17.08.2017

Britische Botschaft in Berlin, Defilee für die Queen. Zwei junge Männer in eng geschnittenen Anzügen warten brav in der Schlange. Als sie endlich an der Reihe sind, begrüßt Elizabeth II einen von ihnen: „Mr Secretary ...“

Weiter kommt sie nicht.

Der andere geht gleich dazwischen: „Ihre Majestät, ICH bin der Staatssekretär!“

Na gut, so etwas kann schon mal passieren auf dem Weg nach oben.

Dabei ist Jens Spahn, der Mann, den die Queen nicht auf Anhieb erkannte, keiner, der in eigener Sache die Trauben besonders niedrig hängt. Als er vor fast 20 Jahren auf dem Gymnasium von seiner Französischlehrerin nach seinem Berufswunsch gefragt wurde, gab der Pennäler keck an: „Bundeskanzler“. Mittlerweile stellt sich der Eindruck ein: Ganz aus den Augen verloren hat er dieses Ziel seitdem nicht mehr.

Dies ist die Geschichte von einem ambitionierten Mann, und sie hat eine ambitionierte These: Jens Spahn wird – Bundeskanzler. Nein, nicht mehr in diesem Jahr, aber eben auch nicht in allzu weiter Ferne. Er ist in der CDU der Mann, der nach Merkel kommen wird. Er wird Ursula von der Leyen überholen. Und Thomas de Maizière auch. Okay, das Leben bietet genügend Raum für Irrungen und Wirrungen. Die Politik zumal. Aber ist das jetzt nicht zu dick aufgetragen? Spahn Kanzler? Ist das nicht so, als ob, sagen wir, Preußen Münster demnächst auch mal Deutscher Fußballmeister werden könnte?

Wer das alles für absurd hält, kann hier gern aufhören zu lesen.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Andererseits: Leicht zu übersehen ist dieser 1,91-Meter-Hüne mit Schuhgröße 49 ja nun wahrlich nicht. Hände wie Bratpfannen, breitschultrig, die Arme muskelbe-
packt, was daran liegt, dass er gegen den Rat seines Fitnesstrainers lieber Gewichte
stemmt, als auf dem Laufband Meter zu machen. Der Rest? Wuchernde Geheimrats-
ecken, tief hinein ins modisch kurz geschorene Haar, davor eine hippe Brille. Doch
davon später.

Jens Spahn ist in der CDU. Aber das sieht man ihm nicht unbedingt an. Er erin-
nert entfernt an den Kultregisseur Quentin Tarantino. Das ist der mit den Massakern ...

Klappe, die Erste. Spahn, der Angriffslustige. Verden an der Aller. Ein auf nie-
dersächsische Gemütlichkeit gepeitschtes Wirtshaus. Kellnerinnen mit dicken Oberar-
men tragen Teller mit deftigem Grünkohl und Würsten durch den Saal. Wir erwähnen
das, weil längere Texte, selbst wenn sie von längeren Menschen handeln, schon früh
eine aktuelle Kennenlernszene brauchen.

Spahn, der Grünkohl, die örtliche CDU, die ihn als „Freund der klaren Sprache“
und irgendwie auch als Merkel-Gegenmodell eingeladen hat – es passt. Eine Dreivier-
telstunde läuft der Mann wie ein Entertainer durch den Saal, geht mal in die Hocke,
hält mal sein Handy in die Höhe, hat spürbar Spaß am eigenen Auftritt. Hören wir mal
einen Moment rein, gerade greift er nämlich Martin Schulz an, den Kanzlerkandidaten
der anderen, der die Agenda 2010 verändern will. „Wo hat sich dieser Schulz eigent-
lich all die Jahre versteckt, dass er den Erfolg der Reformen nicht mitbekommen hat?“
Den Sozis mal richtig eins auf die Mütze geben – das kommt an in der niedersächsi-
schen Provinz.

So geht das in einer Tour. Spahn ist seit Monaten schon ständig auf der Suche
nach der Abrisskante zu den mitregierenden Sozis. Schließt SPD-Kandidat Schulz im
Wahlkampf die Anhebung des Renteneinstiegsalters kategorisch aus, twittert Spahn
prompt: „Wie hieß noch der mutige Mann, der die Rente mit 67 eingeführt hat. Ach ja,
Franz Müntefering. Damals waren SPD und Realität noch versöhnt.“ Gratuliert Schulz
dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron zum Wahlsieg, twittert Spahn süffi-
sant: „Macron plant übrigens genau die Liberalisierung f frz. Arbeitsmarkt, die Sie in
D zurückdrehen wollen. Sie finden Reformen nur woanders gut?“ Mittlerweile funkti-
oniert das gegenseitige Feindbild schon ganz gut. „Ich kann einen Nationalkonservati-

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

ven wie Jens Spahn aus der CDU verstehen, dass er mit uns nicht koalieren will“, giftete Außenminister Sigmar Gabriel im stern-Gespräch zurück. Spahn will nämlich nicht nur den Verteidigungsetat erhöhen, sondern „dafür etwas weniger die Sozialleistungen erhöhen“.

Ja, stimmt, leicht zu überhören ist dieser 37-jährige Katholik mit Hang zum konservativen Hardlinertum nicht. Denn erstens sitzt er oft genug in Talkshows rum, gern sonntagabends bei Anne Will zum Beispiel oder montags bei Frank Plasberg. Und zweitens nimmt er, schon aus ur eigenstem Interesse, in strategisch aussichtsreichen Momenten kein Blatt vor den Mund. Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise spricht er von „einer Art Staatsversagen“. Die CDU dürfe nicht länger als die Partei „der alten weißen Männer“ wahrgenommen werden. All das macht ihn, drittens, absolut TV-tauglich. Und viertens unbequem.

Auf dem CDU-Parteitag in Essen im Dezember vergangenen Jahres gelang es Jens Spahn beim heiklen Thema doppelte Staatsbürgerschaft, eine Mehrheit in der Union gegen die eigene Parteivorsitzende zu mobilisieren. Angela Merkel war düpiert. Man kann das Putsch nennen, Kurswechsel oder, in Anlehnung an Tarantino, ein Mini-Massaker. Es war jedenfalls etwas, was man eigentlich nicht tut. Nicht, wenn man im Präsidium der CDU sitzt. Und Jens Spahn sitzt im Präsidium der CDU.

Angela Merkel wankte ein paar Wochen, wirkte angeschlagen, ausgerechnet zu Beginn des Wahljahres. Der Prozess der Entfremdung von der eigenen Partei hat begonnen. Spahns Essener Attacke war für viele so etwas wie der längst überfällige Startschuss dazu. Die CDU ist wieder auf dem Weg nach rechts und auf der Suche nach potenziellen Führungsfiguren für die Post-Merkel-Ära. Womit wir wieder am Anfang wären. Bei Jens Spahn.

Spahn hat in Essen keine zwei Minuten für seine Attacke gebraucht. Das Verhältnis zur Kanzlerin ist seitdem abgekühlt.

Wenn man sieht, wo andere, die später Kanzler wurden, mit Mitte 30 waren, dann muss man sagen: Der Mann hat es vergleichsweise weit gebracht. Angela Merkel etwa sah in diesem Alter noch reichlich verhuscht aus, trug Topfschnitt, wallende Röcke, war Pressesprecherin einer längst vergessenen Partei namens Demokratischer

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Aufbruch. Gerhard Schröder war Anwalt, raubauziger Juso-Chef und machte gerade seinen ersten Schnupperkurs im Bundestag. Dies mal nur nebenbei.

Jens Spahn aber sitzt schon seit 15 Jahren im Hohen Haus. Viermal hat er seinen Wahlkreis direkt gewonnen, 2013 mit 52 Prozent der Erststimmen. Er ist fast schon ein Urgestein. Man kann sagen, er war in den vergangenen Jahren ständig in Bewegung, hat sich in Themen vertieft, sich positioniert, sich profiliert. Vielleicht ist Friedrich Merz, der ehemalige Fraktionschef der Union, deshalb die bessere Bezugsgröße für die Aufstiegschancen von Spahn als Merkel oder Schröder.

Spahn ist eine Art Merz 4.0 der CDU. Er stammt auch aus NRW, ist fast genauso konservativ, rhetorisch ähnlich geschliffen, machtfixiert, sogar die Geheimratsecken ähneln ein bisschen denen des Sauerländers, der einst als größtes politisches Talent in der Union galt, im parteiinternen Machtkampf mit Angela Merkel aber irgendwann den Kürzeren gezogen hat. Spahn jedoch hat einen Vorteil. Er stammt nicht, wie Merz, aus der Generation Merkel, er gehört zur Nachfolgeneration. Zur Zukunft der Partei.

Längst hat sich Jens Spahn auf der Berliner Bühne eingerichtet. Er hat Koalitionsverhandlungen geleitet, sich ausgerechnet gegen den Merkel-Intimus Hermann Gröhe ins CDU-Präsidium geboxt, obwohl ihn viele verhindern wollten. Seit gut zwei Jahren ist er Parlamentarischer Staatssekretär im Finanzministerium unter Wolfgang Schäuble – ein Karriereschub. Das erweitert sein Themenspektrum, bringt internationale Kontakte und hört sich auf Englisch sogar noch bedeutsamer an: Deputy Finance Minister.

Anfang des Jahres war Schäubles Deputy einer der Ersten, die über den großen Teich flogen, um beim „transition team“ Donald Trumps auszuloten, wie der neue US-Präsident die (Finanz-)Welt sieht. Spahn findet – Achtung! –, Trump habe in vielen Dingen gar nicht so Unrecht. Mainstream geht anders.

Die Nähe zu Wolfgang Schäuble ist kein Fehler. Schäuble ist seit Langem so etwas wie das zweite Machtzentrum in der CDU. Spahn hat in ihm einen Mentor. Mutig nennt der seinen „Kollegen aus der jüngeren Generation“. Vor einiger Zeit hat der Alte den Jungen ganz besonders nobilitiert. Spahn gehöre „ganz unbestritten zur erweiterten Führungsspitze der Union“. Schäuble: „Wir brauchen solche Leute.“

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Das will was heißen.

Oder etwa nicht, Herr Spahn?

Die Nachwuchshoffnung der CDU sitzt an einem extrem trüben Mittwoch in einer Art halbem Schneidersitz in seinem Staatssekretärsbüro im Bundesfinanzministerium in Berlin. Er windet sich plötzlich ein bisschen. Einerseits hat Schäuble im Spahn'schen Sinne grundsätzlich recht. Andererseits zieht so ein Lob die Neider an wie Motten das Licht. „Die Zahl derer, die hören wollen, wie toll Spahn ist“, sagt Spahn, „ist doch sehr überschaubar.“ Er kennt seine Pappenheimer.

Jens Spahn, eigentlich bekennender Anhänger eines schwarz-grünen Bündnisses und Mitglied der sogenannten Pizza-Connection, hat es seit einiger Zeit ziemlich präzise geschafft, exakt jene Themen zu besetzen, die Merkel in der jüngsten Vergangenheit rechts hat liegen lassen: Verhältnis zum Islam, Burkaverbot, Kinderehen. Er sieht mit Sorge, dass sich die Mitte der Gesellschaft nach rechts verschoben hat. Er will die verlorene Mitte für die Union zurückgewinnen.

Sieh da, ein Konservativer!

„Ein liberal Konservativer“, verbessert Spahn.

Klappe, die Zweite. Spahn also, der liberal Konservative. Ist er einer – oder tut er nur so? Jedenfalls ist er konservativer als Merkel. Das will was heißen in der CDU. Spahn erzeugt Reibung. Das gab es in der Partei schon lange nicht mehr.

Sein Aufstieg begann 2001. Die Art, wie er begann, sagt viel aus über Spahns Zielstrebigkeit. In seinem Heimatort Ahaus an der niederländischen Grenze entstand ein neuer Wahlkreis, Steinfurt 1-Borken 1. Spahn saß, gerade Anfang 20, im Stadtrat, leitete die heimische Junge Union, hat in jener Zeit an vieles gedacht, nicht aber daran, dass es mit dem Bundestag so schnell gehen könnte. Plötzlich lockte ein sicheres Mandat. Das Münsterland gilt als „Mistbeet“ der CDU, gut gedüngt, stabile Mehrheitsergebnisse, wenn man sich nicht komplett dämlich anstellt. Damals allerdings hatte der örtliche CDU-Fürst Karl-Josef Laumann bereits einen Parteisoldaten für den neuen Wahlkreis ausgesucht. Mehrheit an der Parteibasis garantiert.

Doch Spahn beackerte das Münsterland in eigener Sache, besuchte gegnerische Delegierte, bearbeitete sie. Vor der entscheidenden Abstimmung sagte er den entschei-

denden Satz: „Ich weiß, ich bin jung, aber dieses Argument wird jeden Tag schwächer.“

Spahn gewann.

So lief es immer. Immer gab es einen Gegner. Immer musste Spahn kämpfen. Und immer bereitete er sich gewissenhaft vor. „Der weiß, wovon er redet“, sagen selbst seine Kontrahenten. Als die Gesundheitsexperten von CDU und SPD in den Koalitionsverhandlungen 2013 zu ihrer ersten Runde zusammenkamen, erhielten sie einen mehrseitigen Text, in dem bereits stand, was die Parteien beschließen werden. Die Experten hakten das Papier ab. Spahn hatte mit seinem SPD-Gegenspieler Karl Lauterbach alle Details unter vier Augen vereinbart. Man kann sagen: Jens Spahn war Architekt der großkoalitionären Gesundheitspolitik. Nicht schlecht für jemanden mit Anfang 30.

„Neben Spahn merkt man erst seine eigene Unzulänglichkeit“, sagt einer, der ihn lange kennt. Ein anderer „Parteifreund“ sagt allerdings: „Dem geht’s immer nur um Jens Spahn. Verglichen mit Spahn ist eine Ich-AG eine soziale Veranstaltung. Der ist unser Markus Söder.“

Wie wird man so? Eine Nachtfahrt durchs Münsterland. Die Route führt vorbei am Brennelemente-Zwischenlager Ahaus. Spahn zeigt aus dem Fenster. „Dadurch bin ich politisiert worden.“ Echt jetzt, er, ein Atomkraftgegner? Doch die Pointe ist eine andere. Als die Anti-AKW-Bewegung in den 90er Jahren das westliche Münsterland erreicht hatte, hätten die Lehrer in seiner Schule aufgerufen, zur Demo zu gehen. „Da habe ich mir gedacht: Wofür oder wogegen ich demonstriere, das suche ich mir lieber selber aus.“

Als die Politik ihn erwischte hatte, ließ sie ihn nicht mehr los. Auch wenn sie zunächst hauptsächlich darin bestand, mit Kumpels von der Jungen Union in Düsseldorf ordentlich einen zu saufen. Karriere bedeutete: Banklehre, BWL-Studium, Geld verdienen. An was man eben so denkt, wenn man mit zwei Geschwistern in Ahaus-Ottenstein aufwächst, der Vater einen mittelständischen Betrieb leitete, die Mutter als Sekretärin arbeitete.

Die Banklehre schloss er noch ab, dann aber machte er die Politik zu seinem Beruf. Das Studium musste warten. Erst kürzlich hat er seinen Master in Politikwissenschaften an der Fernuni Hagen gemacht. Nach Feierabend schrieb er an 15-seitigen Seminararbeiten. Warum der Aufwand? „Ich wollte immer Akademiker werden.“ Er weiß, das kann nicht schaden in Zeiten wie diesen, in denen die Republik am Beispiel von Martin Schulz diskutiert, ob man ohne Abitur überhaupt Kanzler werden könne.

Jens Spahn weiß aber auch, dass es manchmal Kleinigkeiten sind, die über politische Karrieren entscheiden können. Die Form der Brille zum Beispiel. Als ausgerechnet die Frau des früheren Berliner Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen (Spitzname übrigens: „Der blasse Eberhard“) sagte, „der Jens“ müsse seine Brille ändern, weil sie zu kantig sei und ihn deshalb zu aggressiv erscheinen lasse, schleppte sein Lebenspartner Daniel Funke ihn durch zahlreiche Optikerläden Berlins. Sie fanden ein Gestell mit abgerundeten Ecken. Spahn wirkt nun weicher.

Funke ist der Mann, den die Queen beim Defilee irrtümlich für den Staatssekretär gehalten hatte. Man sieht ihn manchmal im eng geschnittenen Anzug an Spahns Seite auf Empfängen in Berlin-Mitte. Im Büro des richtigen Staatssekretärs steht er auf dem Sideboard als ausgedruckte 3-D-Figur, etwa 20 Zentimeter hoch, direkt neben einer Spahn-Figur.

Spahn ist schwul. Man muss das seit Klaus Wowereit („Und das ist auch gut so“) und Guido Westerwelle im Berliner Politikosmos nicht mehr erwähnen. Andererseits reden wir hier von der Union und den Ambitionen eines jungen Konservativen. Kann es sein, dass das Ende der Karriereleiter deswegen dann doch bald erreicht ist? Nicht weil er schwul ist? Sondern weil er ein Schwuler in der CDU ist?

Jens Spahn sagt: „Meine Homosexualität hat mir nie geschadet.“

Er sagt diesen Satz oft. Er ist sein Schutzschild. Nur, so ganz stimmt dieser Satz nicht. Spahn hat Verletzungen erlebt. Am Anfang seiner politischen Karriere stand er als CDU-Bundestagskandidat auf einem Marktplatz im Münsterland, als ein Geschäftsmann lauthals auf ihn zustürmte: „Sie sind doch schwul, oder?“ Spahn wollte im Erdboden versinken. Jahre später kam der Geschäftsmann wieder auf ihn zu. Diesmal kleinlaut: „Ich habe mich damals geirrt. Sie machen Ihren Job gut.“

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Spahn ist kein Held der Schwulenbewegung. Szenemagazine halten ihn für das „Role Model des konservativen, angepassten Schwulen“, wie das Berliner Blatt „Blu“ schreibt. Als er vor einiger Zeit in einer Podiumsdiskussion über den Umgang mit Schwulen und Lesben in Berlin redete, musste er sich harsche Worte anhören. Er sprach über seine eigenen Erfahrungen. Wenn er durch die Hauptstadt laufe, habe er nicht „den Eindruck, dass die Katholiken unser Thema sind. Die Homophobie kommt eher aus arabischer und muslimischer Richtung“.

Typisch Spahn. Erst Aufruhr im Saal bei den Jüngern der Political Correctness. Und als Zugabe dann der Vorwurf, er spiele eine Minderheit gegen die andere aus. Doch Spahn fühlte sich im Recht. Wie er sich oft im Recht fühlt. Beim Hinausgehen kamen einige auf ihn zu und meinten: „Endlich sagt mal einer, wie es wirklich ist.“ Das erlebt er oft.

Als Jens Spahn mit seinem Freund vor einiger Zeit beim früheren CSU-Chef Edmund Stoiber zu Hause in Wolfratshausen eingeladen war, da war sogar er ein wenig aufgeregt. Am Küchentisch der Stoibers wurde schließlich schon einmal eine Kanzlerkandidatur ausgedeutet. Und nun, er und Funke, ein schwules Pärchen, das sich vorstellen kann, später mal Kinder zu adoptieren – die beiden also Hand in Hand zu Hause beim CSU-Schlachtross Stoiber? Zu seiner Überraschung lief es harmonisch ab. „Muschis“, Stoibers Frau, wirbelte in der Küche, die Männer redeten im Wohnzimmer über Politik, geschlagene fünf Stunden lang. Stoiber hörte gar nicht mehr auf zu fragen, wollte wissen, wie der junge Konservative die Welt sieht. Spahn fühlte sich geschmeichelt. Seine Homosexualität? War Stoiber nicht eine einzige Frage wert.

Mit Funke, dem Leiter des Hauptstadtbüros der Illustrierten „Bunte“, lebt Spahn in Berlin-Schöneberg in einer weitläufigen Wohnung unterm Dach, Holzböden, hohe Wände, an denen schrill poppige Bilder des Berliner Künstlers Lennart Grau hängen. Das alles ist Lichtjahre entfernt von jener Spießbergemütlichkeit, die Spahn in den Wohnstuben seiner CDU-Anhänger mutmaßlich vorfinden kann. Oh ja, der Mann ist einen weiten Weg gegangen.

Daniel Funke, der Medienprofi, liest daheim auf dem Sofa manchmal Interviews von Spahn gegen. Er sagt ihm, dass er sein Gesicht nicht in jede Talkshow halten soll, damit er nicht zu einem zweiten Wolfgang Bosbach werde. Einem Talkshow-König

ohne Einfluss. Funke war es auch, der seinem Lebenspartner im vergangenen Jahr den Rat gab, die Kanzlerin lieber vorab darüber zu informieren, dass er ein Buch mit dem Titel „Ins Offene. Deutschland, Europa und die Flüchtlinge“ herausgebe, in dem Merkel, nun ja, nicht allzu gut wegkommt.

Spahn hat das dann gemacht. Bevor das Buch in Druck ging, in dem er von einer "Disruption unseres Staates" schreibt, schickte er ein Manuskript ins Kanzleramt. Als das Buch erschien, lud Spahn Merkel zu einem Empfang in seine Wohnung ein. Sie konnte aber nicht.

Hier herrscht Klassenkampf

In der Arbeiterstadt Bitterfeld ist die AfD stärkste Partei. Ihre Wähler haben nicht nur mit Flüchtlingen ein Problem, sondern auch mit dem Kapitalismus

Von Caterina Lobenstein, DIE ZEIT, 05.01.2017

Wenn der AfD-Politiker Daniel Roi erklären will, warum die Leute in seinem Wahlkreis so wütend sind, fährt er nicht zum Flüchtlingsheim. Er fährt zum See. Das Wasser schimmert dunkel, am Ufer stehen Picknickbänke, auf den Parzellen der Dauercamper überwintern Paddelboote. Daneben wirbt der Wassersportclub: »Segeln muss nicht teuer sein.«

Goitzsche heißt der See, er liegt am Rande von Bitterfeld-Wolfen, einer Stadt im Südosten Sachsen-Anhalts. In den Sommerferien breiten die Leute hier ihre Handtücher aus, baden, paddeln, fahren Wasserski.

Es ist ein Mittwoch im Dezember, Roi trägt den Kragen seines Wintermantels nach oben geklappt, den schwarzen Bart akkurat getrimmt. Er ist 29, einer der wenigen Jungen, die nicht nur hier geboren, sondern auch hier geblieben sind. Mit zehn Jahren trat er in die freiwillige Feuerwehr ein. Mit 18 gründete er seine erste Bürgerinitiative. Mit 25 wurde er Mitglied der AfD. Bei den Landtagswahlen im März 2016 bekam er 31 Prozent der Stimmen, so viele wie kein anderer Kandidat in seinem Wahlkreis. Das hat nicht nur, aber auch mit dem See zu tun.

Früher, als Roi ein Kind war und die Mauer noch stand, dröhnten hier die Bagger. Früher lag hier eines der größten Braunkohlereviere der DDR. Dann brach die DDR zusammen und mit ihr die Industrie, und aus dem Tagebau wurde ein Badesee. Böden wurden gereinigt, Krater geflutet, Böschungen bepflanzte. Spazierwege asphaltiert, Parkplätze gebaut. Mehr als 200 Millionen Euro gab der Staat dafür aus, Fördermittel vom Bund, vom Land, von der EU – Steuergeld. Vor drei Jahren aber verkaufte die Stadt Bitterfeld-Wolfen große Teile des Sees an eine private Firma, für

nur 2,9 Millionen Euro. Die Firma heißt Blausee, sie hat sich auf die Privatisierung von Landschaften spezialisiert und dem Staat schon einige Seen abgekauft. Sie gehört den Erben des Pharmaunternehmers und Multimilliardärs Adolf Merckle.

»Die Gesellschaft hat dafür bezahlt, dass der See hübsch wird«, sagt Roi. »Und wer profitiert davon?« Er zeigt auf ein abgezauntes Stück Ufer. Dort, hinter mannshohem Schilfgras, liegen zwei Hausboote mit großen Dachterrassen, gebaut aus Glas und hellem Holz, mit exklusivem Zugang zum See. In einer Bootsgarage liegt aufgebockt eine verchromte Motorjacht. Am Zaun steht: »Privatgrundstück, Betreten verboten.« Etwas weiter nördlich, auf einer lieblichen Halbinsel, planieren Raupen das Ufer. Dort wird ein Villenviertel gebaut, direkt am Wasser. »Milliardäre«, sagt Roi. Er sagt es so, dass es wie ein Schimpfwort klingt.

Nirgendwo erhielt die AfD bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt so viele Stimmen wie in Bitterfeld-Wolfen. In den Tagen nach der Wahl kamen Reporter in die Stadt, aus Hamburg und Berlin, aus Großbritannien und den USA. Sie wollten wissen, warum so viele Leute hier der AfD ihre Stimme gegeben hatten. Sie filmten auf dem Marktplatz, sie zeigten Menschen, die graue Jogginghosen trugen und fettige Bratwurst aßen, die Flüchtlinge »Neger« nannten und Politiker »Verbrecher«. Das war die Realität. Aber nur die halbe Wahrheit.

Längst stärkt sich die AfD nicht mehr nur am Hass auf die Fremden und an der Wut auf die Kanzlerin. Mehr als jede andere Partei profitiert sie vom Riss, der durch Deutschland geht: zwischen Arm und Reich, zwischen Stadt und Land, zwischen globalen Wirtschaftseliten und dem kleinen Mann aus der Provinz. AfD-Politiker wie Roi empören sich über die Aufnahme von Flüchtlingen genauso wie über die Steuervermeidungstricks großer Konzerne und die Privatisierung öffentlicher Güter, über Unternehmen, die vom deutschen Staat mit Millionen gefördert werden und ihre Fabriken ins Ausland verlagern.

Einfaches Volk gegen globales Kapital – mit dieser Formel gewinnen die Rechten im vormals linken Arbeitermilieu Stimmen, überall in Europa. Im deindustrialisierten Norden Englands und im ländlichen Polen, im Osten Deutschlands und im Süden Frankreichs. Die Front-National-Chefin Marine Le Pen tritt als Kämpferin für die französische Arbeiterklasse auf. Der österreichische Beinahe-

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Präsident Norbert Hofer von der FPÖ gibt sich als Verteidiger der von Abstiegsängsten geplagten Arbeiterschaft. Und die AfD baut im Ruhrgebiet eine Arbeitnehmerorganisation auf, um SPD und Linken Wählerstimmen abzujagen, im einst roten Pott, im Milieu der Kohlekumpel und Stahlarbeiter.

In der Arbeiterstadt Bitterfeld ist das gar nicht mehr nötig. Die SPD kam hier bei der Landtagswahl auf acht Prozent der Stimmen. Die Linkspartei sackte ab auf 13 Prozent, was für ostdeutsche Verhältnisse ein desaströses Ergebnis ist. Und auch wenn bei der jüngsten Bürgermeisterwahl nicht die AfD gewann, sondern der von einem breiten Bündnis unterstützte Kandidat der CDU: Die Alternative für Deutschland könnte in Bitterfeld bei der Bundestagswahl im September die großen Parteien hinter sich lassen.

Daniel Roi steigt in seinen grauen Škoda. In der Türablage steckt ein AfD-Flyer, ein Faltblatt für den Wahlkreis. Das Wort »Flüchtlinge« taucht darin kein einziges Mal auf. Stattdessen geht es um benachteiligte Rentner, um Kürzungen bei der Feuerwehr, um Arbeiterviertel, die abgerissen, und Schulen, die geschlossen werden. Roi sagt, er habe Angst um sein Land. Wenn er erklärt, warum, spricht er weniger über Identitäts-, eher über Verteilungsfragen. Wenn er »die da oben« sagt, meint er mächtige Politiker, aber auch mächtige Konzerne. Er meint Merkel *und* Merckle. »Die da oben«, sagt Roi, »das sind die, die die Goitzsche kriegen.«

Roi tritt aufs Gas. Er lässt den See hinter sich und fährt zum Industriegebiet, dorthin, wo zu DDR-Zeiten das Chemiekombinat von Bitterfeld und Wolfen die Luft vergiftete und nach der Wiedervereinigung große Konzerne ihre modernen Produktionshallen bauten. Roi fährt vorbei an der schneeweißen Fabrik des Pharmariesen Bayer, der in Bitterfeld Aspirintabletten produziert. An der gelb-grauen Halle des Unternehmens Heraeus, das hier Quarzglas herstellt. Am Schmelzofen von Guardian Industries, einem Konzern aus den USA, der Glasplatten baut.

Hier sieht Bitterfeld aus wie ein kleines Wirtschaftswunder. Wo einst marode Fabriken standen, wird heute nach hohen Umweltstandards produziert. Wo nach dem Zusammenbruch der DDR-Industrie Zehntausende Menschen ihren Job verloren, ist die Arbeitslosenquote mittlerweile wieder gesunken: von mehr als 20 Prozent im Jahr 2003 auf weniger als acht Prozent im Jahr 2016. Die Löhne in der Chemiebranche,

dem wichtigsten Wirtschaftszweig der Region, steigen. »Die Wirtschaft brummt«, sagt die Oberbürgermeisterin der Stadt. »Wir sind auf Erfolgskurs«, sagt der Chef der örtlichen Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Der AfD-Abgeordnete Daniel Roi sagt: »Was ist mit denen, die vom Erfolg nichts abbekommen?«

Entlang der Straße verläuft ein überirdisches Röhrensystem, ein Geflecht aus bunten Pipelines, die Wasserstoff und Chlorgas von Fabrik zu Fabrik befördern. Wie ein Gefäßsystem durchziehen sie die Stadt, versorgen die Fabriken mit Chemikalien, so wie die Fabriken die Stadt mit Arbeitsplätzen versorgen sollen. Das zumindest war mal der Plan.

Viele gut bezahlte Fachkräfte aber, die bei Bayer oder Guardian arbeiten, leben nicht in Bitterfeld, sie wohnen in Halle oder Leipzig – und geben dort das Geld aus, das sie in Bitterfeld verdienen. Auch die Arbeitslosenzahlen erscheinen bei näherem Hinsehen nicht mehr ganz so rosig: Viele Menschen sind einfach in Rente gegangen oder weggezogen. Und wer hier von wem profitiert, die Stadt von den Konzernen oder die Konzerne von der Stadt, das ist umstritten. »Bayer erwirtschaftet Riesengewinne, zahlt aber kaum Gewerbesteuer«, sagt Kay-Uwe Ziegler, ein AfD-Kollege von Daniel Roi aus Bitterfeld. Weder Bayer noch die Stadt wollen sich dazu äußern: Steuergeheimnis. Aber ein Linken-Politiker aus dem Stadtrat sagt, die Gewerbesteuern, die Bayer zahlt, seien tatsächlich »nicht so doll«, das sei ein »offenes Geheimnis«. Mehr will er nicht sagen, man wolle es sich nicht verscherzen mit einem so wichtigen Konzern.

Fest steht: Nur weil die Wirtschaftsstatistiken nicht schlecht aussehen, geht es hier noch lange nicht allen gut. Im Herbst 2016 befragte das Meinungsforschungsinstitut Allensbach die Wähler. Bei der AfD sagten 38 Prozent ihrer Anhänger, sie zählten sich »zu denen, die zurückbleiben, während es vielen anderen in Deutschland immer besser geht«. Mehr als in jeder anderen Partei.

In einem Wohnblock nahe dem Industriegebiet, in einer kleinen Wohnung mit Laminatfußboden, wohnt Diana Riemann. Auf der Sofalehne sitzt ein Harlekin, in der Schrankwand ein Engel aus Porzellan. Auf dem gläsernen Couchtisch, zwischen Fernsehzeitung und *Wochenspiegel*, liegt eine hellblaue Broschüre: das

Parteiprogramm der AfD. Im September 2017, bei der Bundestagswahl, will Riemann wählen gehen. Zum ersten Mal seit fast zwei Jahrzehnten.

Diana Riemann heißt eigentlich anders, sie will nicht, dass man sie erkennt, sie fürchtet, sie könnte dann ihren Job verlieren. Riemann arbeitet nicht bei Bayer, wo es gute Löhne gibt und einen starken Betriebsrat. Sie arbeitet bei Soex, einer Firma, die Altkleider recycelt. 700 Männer und Frauen sortieren dort Mäntel, Hosen, T-Shirts, Schuhe. In drei Schichten, rund um die Uhr. Acht Stunden täglich, sagt Riemann, stehe sie zwischen fiependen Gabelstaplern und wummernden Pressen, in gebückter Haltung. Über den Tischen hängen Monitore, die anzeigen, ob die Arbeiter ihre Norm erfüllen, je nach Abteilung sind das bis zu zwei Tonnen Kleider pro Tag.

Die Kleider, die Riemann sortiert, stinken. Die Luft, die sie atmet, ist staubig. Die Arbeit, die sie macht, monoton. »Greifen, greifen, greifen«, sagt sie, dabei öffnet und schließt sie beide Fäuste. Riemanns Mittelfinger ist krumm. »Schnappfinger«, sagt sie und lässt den Finger nach vorn schnellen. Entzündete Sehnen und chronische Rückenschmerzen, das sei der Preis, den sie für ihre Arbeitsstelle zahle. Wenn sie Frühschicht hat, steht sie um zehn vor vier auf. Wenn sie nach Hause kommt, ist sie kaputt. Guckt um drei viertel sieben die RTL-Nachrichten. Fällt spätestens um halb neun ins Bett.

Riemanns Einkommen liegt knapp über dem Mindestlohn. Sie bekommt kein Urlaubs- und kein Weihnachtsgeld. Sie hat drei Wochen Ferien, aber darf nicht entscheiden, wann. Den größten Teil ihres Urlaubs müssen die Soex-Mitarbeiter im Juli nehmen, wenn die Maschinen gewartet werden. Im Juli aber ist Hochsaison – und fast jede Urlaubsreise zu teuer.

Riemann sagt, wenn sie irgendwas Besseres fände, einen Job im Handel vielleicht, an der Kasse bei KiK oder Edeka, dann wäre sie sofort weg. Dass viele Unternehmen Fachkräfte suchen, dass die Arbeitslosenquote sinkt und die Steuereinnahmen steigen – all das hat Riemann schon mal gehört. Aber sie spürt es nicht. Für sie fühlt sich das Jahr 2016 immer noch so an wie das Jahr 2003.

Damals war in Sachsen-Anhalt jeder Fünfte ohne Job, und viele, die einen hatten, fühlten sich austauschbar. Es war die Zeit der Massenarbeitslosigkeit, der

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Sparprogramme und Agenda-Reformen. Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung kürzte die Arbeitslosenhilfe, sie lockerte den Kündigungsschutz und ließ die Bedürftigkeit von Sozialhilfeempfängern akribisch prüfen. Das sollte die Wirtschaft stärken und das Land für die Globalisierung und den demografischen Wandel wappnen. Am Ende sollten die Reformen allen zugutekommen.

Noch tiefere Einschnitte forderte damals die CDU. Im Jahr 2003 hielt sie nicht weit von Bitterfeld entfernt einen Parteitag ab. Auf der Bühne stand eine Frau im Hosenanzug. Mit fester Stimme forderte sie einen »Befreiungsschlag zur Senkung der Arbeitskosten«. Sie schlug Arbeitern wie Diana Riemann einen Deal vor: Sie versprach ihnen »Wohlstand und Sicherheit« und forderte dafür »Veränderungsbereitschaft und Leistung«. Die Frau hieß Angela Merkel, und der Leipziger Parteitag der CDU gilt heute als marktradikale Zäsur in der Geschichte der Union. Leistungsbereitschaft zeigen. Eigenverantwortung stärken. Gürtel enger schnallen. Das war der Sound der nuller Jahre. Der Imperativ der Rezession.

Zwölf Jahre später, im August 2015, stand die Frau im Hosenanzug wieder vor den Fernsehkameras. Sie war jetzt Bundeskanzlerin. Es war die Zeit, in der Hunderttausende Flüchtlinge über den Balkan kamen und Schutz in Deutschland suchten, Menschen, von denen die meisten zunächst von Sozialleistungen oder einfachen Jobs leben würden. Merkel schien milder als sonst, wie verwandelt. Sie sprach von Mitgefühl, appellierte an die Deutschen, sich nicht von Vorurteilen und »Kälte im Herzen« leiten zu lassen und die Flüchtlinge willkommen zu heißen. Sie sagte: »Unsere Wirtschaft ist stark, unser Arbeitsmarkt ist robust, ja sogar aufnahmefähig.« Und dann sagte sie das, was Diana Riemann bis heute nicht versteht. Sie sagte: »Wir schaffen das.«

Wenig später standen in der Fabrikhalle von Soex die ersten Flüchtlinge an den Tischen und sortierten alte Kleider. Soex ist einer der wenigen Betriebe in der Gegend, die Flüchtlingen überhaupt Arbeit bieten, die Lokalzeitung hat darüber mit lobenden Worten berichtet. Diana Riemann kramt ihr Smartphone hervor und zeigt ein Handyfoto aus der Fabrik: Ein kahler Raum mit rot kariertem Teppich, auf dem Boden liegt ein Koran. Vor Kurzem, erzählt sie, habe die Betriebsleitung von Soex den Flüchtlingen einen Gebetsraum einrichten lassen. »Wenn ich sagen würde: Ich geh mal

kurz beten – da würde ich meinen Job verlieren«, sagt sie. »Ich traue mich kaum, auf Toilette zu gehen, weil ich dann meine Norm nicht schaffe.« Fragt man beim Pressesprecher von Soex, ob es stimmt, dass deutsche Mitarbeiter strenger behandelt werden als Flüchtlinge, sagt er, er wolle das nicht kommentieren.

Diana Riemann sagt, die Flüchtlinge würden von der Schicht freigestellt, wenn sie zum Sozialamt oder zur Ausländerbehörde müssten. Auch sie habe früher mal aufs Amt gemusst, um Wohngeld zu beantragen. »Das durfte ich nicht in meiner Arbeitszeit machen«, sagt sie. Das Wohngeld hätte Riemann damals dringend gebraucht, aber sie hat es nicht bekommen. Sie verdiente dafür ein paar wenige Euro zu viel.

Wirtschaftspolitische Debatten hörten sich in den vergangenen Jahren oft so an, als gebe es in Deutschland bloß Fachkräfte, die sich vor Jobangeboten nicht retten können, und Unternehmen, deren wichtigstes Anliegen die Work-Life-Balance ihrer Mitarbeiter ist. Als gehe es nur noch um die Frage, wann deutsche Firmen endlich mehr Frauen in ihre Chefetagen lassen – und Flüchtlingen Arbeit geben. Selten ging es um jene, die angesichts der guten Konjunktur leicht übersehen werden: Menschen, die arm sind, obwohl sie arbeiten. Menschen, die auch im Jahr 2016 um ihren Job fürchten. Menschen, die nicht im Wirtschaftswachstumsdeutschland leben, sondern in hoch verschuldeten Kommunen. Jahrelang blieben sie stumm. Nun sehen einige von ihnen in der AfD eine Partei, die ihnen eine Stimme gibt. Und in den Flüchtlingen eine Minderheit, die das Mitgefühl einer einst von sozialer Kälte geprägten Kanzlerin absorbiert. Seitdem entlädt sich die Wut.

Diana Riemann geht in die Küche, um frischen Kaffee zu holen. Als sie zurückkommt, sagt sie: »Dem Viehzeug steckt das Sozialamt Zucker in den Arsch.«

Wem?

»Dem Viehzeug.« Sie macht eine Pause. »Den Ausländern.«

Sind das keine Menschen?

»Nein.« Riemann schenkt Kaffee nach. »Noch einen Windbeutel?«, fragt sie.

Das, was an diesem Dezentemittwoch an Diana Riemanns Kaffeetafel geschieht, lässt sich täglich tausendfach beobachten: in den Kommentarspalten der Online-Medien, auf den Facebook-Profilen der Politiker. Auch auf dem Profil des

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

AfD-Abgeordneten Daniel Roi. Er postet dort Fotos von sich: Roi vor dem Landtag in Magdeburg, Roi bei der freiwilligen Feuerwehr, Roi auf einer Gewerkschaftsdemo. Manchmal teilt er Artikel von Nachrichtenportalen, meist geht es darin um ausländische Terroristen und Straftäter. Um den tunesischen Attentäter zum Beispiel, der mit einem Lkw in den Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche raste. Oder um die jungen syrischen Flüchtlinge, die einen Obdachlosen angezündet haben sollen. Rois Facebook-Freunde schreiben dann Kommentare wie:

»Der Islam ist widerlich, mit allem, was dazugehört.«

»Ratten gibt es nicht nur in der Kanalisation, sie sind mitten unter uns.«

»Man kann nicht alle über einen Kamm scheren, aber bei Vogelgrippe wird auch der komplette Bestand vernichtet. Warum? Weil es besser ist!«

Roi lässt das alles so stehen. Er sagt, er habe keine Zeit, sich die Kommentare genau anzuschauen.

Fragt man Diana Riemann, woher der Hass kommt, der an diesem Nachmittag aus ihr herausbricht, spricht sie von Enttäuschungen und Entbehrungen, die schon an ihr zehrten, bevor der erste Flüchtling in der Fabrik von Soex stand.

Der Deal, den Angela Merkel auf dem Leipziger Parteitag vorschlug, die neoliberale Wunderformel, wonach die, die etwas leisten, am Ende davon profitieren, sie geht für Riemann nicht auf. Sie habe einen Beruf gelernt, sei stets flexibel gewesen, sagt sie, sie habe sich angestrengt. Doch sie bekommt dafür keinen Wohlstand und auch keine Sicherheit. Während die Löhne von Arbeiterinnen wie ihr über Jahre stagnierten, erhielten andere lange Zeit immer mehr, obwohl sie Fehler machten: die Banker, deren Institute in der Finanzkrise mit Milliarden vom Staat gefüttert wurden. Die Konzernchefs, die ihre Kunden täuschten und trotzdem Boni kassierten.

Jetzt, da Merkel die Flüchtlinge »eingeladen« hat, so formuliert es Riemann, fühlt sie sich doppelt betrogen. Sie sagt, sie habe Angst, dass sie ihre Arbeit verliert – und dann mit noch mehr schlecht ausgebildeten Menschen um die verbliebenen Jobs konkurriert. Neulich, erzählt sie, habe sie am Schwarzen Brett von Soex einen Aushang entdeckt: Das Unternehmen baut jetzt eine Fabrik in Abu Dhabi. Seitdem

glaubt Riemann, dass die Fabrik in Bitterfeld bald schließen könnte. Sie ist mit ihrer Angst nicht allein.

Im Sommer 2016, wenige Monate nach dem Wahlsieg der AfD in Bitterfeld, führten Sozialforscher der Universität Oxford im Auftrag der Bertelsmann Stiftung eine Umfrage durch. Sie wollten wissen, warum so viele Menschen in Europa rechtsnationale Parteien wählen. Das Ergebnis war überall gleich. Die Anhänger der deutschen AfD und der österreichischen FPÖ, der britischen Ukip und des französischen Front National, sie alle einte dasselbe Gefühl: die Angst vor der Globalisierung. In Deutschland gaben 78 Prozent der AfD-Anhänger an, sich davor zu fürchten (siehe Grafik).

Als die ausländischen Konzerne nach Bitterfeld kamen, versprach Helmut Kohl blühende Landschaften. Als die Flüchtlinge nach Bitterfeld kamen, versprach Angela Merkel, dass Deutschland das schafft. »Kohl hat uns verarscht, und Merkel hat vergessen, wo sie herkommt«, sagt Riemann. »Die war doch mal eine von uns. Die müsste wissen, dass wir im eigenen Land noch viel zu viele Missstände haben, gegen die nichts getan wird.«

In Bitterfeld werden die Bedürfnisse der Bürger mit dem immergleichen Satz gestutzt: Es gibt kein Geld. Nicht für Schulen und Altenheime. Nicht für kaputte Straßen und Spielplätze. »Wenn ich dann höre: Für die Flüchtlinge sind Milliarden da – das beißt sich doch«, sagt Riemann.

Bitterfeld-Wolfen ist die am höchsten verschuldete Kommune in Sachsen-Anhalt, ein extremes Beispiel für ein verbreitetes Problem: Während die deutsche Volkswirtschaft insgesamt prächtig gedeiht, geht es einzelnen Kommunen miserabel. Nicht nur in Ostdeutschland, auch im Ruhrgebiet, in Rheinland-Pfalz, im Saarland. Wie verzweifelt diese Kommunen um die Gunst der Konzerne buhlen – und wie machtlos sie gegenüber den Gesetzen der Globalisierung sind –, kann man in Bitterfeld-Wolfen sehen.

Auf einem Acker am Rande der Stadt liegt ein modernes Fabrikgelände, mit Hallen, groß wie Fußballfelder, mit Bürotürmen aus Glas und Beton. Das Fabriktor

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

steht offen, das Pförtnerhäuschen ist leer. Auf den Parkplätzen wuchert Unkraut. Große Schilder säumen die Straße: »Produktionshallen zu vermieten«.

Hier blühte bis vor wenigen Jahren die Hoffnung Ostdeutschlands: ein Fabrikpark, in dem Tausende Arbeiter Solarzellen bauten und in die ganze Welt exportierten. »Solar Valley« nannten die Bitterfelder das Gelände, und damals fühlte es sich an, als habe es die Region endlich geschafft. Die Firmen, die hier produzierten, klangen nach Zukunft, sie hießen Q-Cells und Sovello, Solibro und Calixo. Die Stadt hatte heftig um sie geworben, mit niedrigen Steuerhebesätzen und hochflexiblen Arbeitskräften, mit millionenschweren Fördersummen und einer Autobahnzufahrt, die eigens für den Solarpark gebaut wurde. Die Bundesregierung setzte noch einen drauf: Mit Subventionen für Solarstrom sorgte sie dafür, dass die Nachfrage nach Solarzellen stieg. Die Unternehmen kamen – und brachten Tausende Jobs.

Es dauerte nicht lange, bis Konzerne aus China die gleichen Solarzellen billiger produzierten, bis sie die Firmen aus Bitterfeld schluckten und die Arbeitsplätze nach Asien verlegten. Tausende Menschen aus der Region verloren ihren Job. »Das war Kahlschlag«, sagt Daniel Roi. Er glaubt, dass es mit den Konzernen ähnlich ist wie mit dem Goitzsche-See: dass der Staat Millionen ausgibt, um es ihnen hübsch zu machen. Aber dass die Allgemeinheit am Ende nicht viel davon hat. »Das kapitalistische System, das keine Schranken mehr hat, ist gescheitert«, sagt er.

Heute zweifeln viele Bitterfelder an den Segnungen der Globalisierung – und an der Macht des Staats: Warum beschützt die Bundesregierung sie nicht vor den chinesischen Konzernen? Warum subventioniert sie den Absatz von Solarzellen, die nicht von deutschen, sondern vor allem von asiatischen Arbeitern gefertigt werden? Hatte Merkel nicht versprochen, dass sie für Wohlstand und Sicherheit sorgen würde, wenn die Menschen nur flexibel und fleißig wären?

Seit je haben sich die Bitterfelder den Bedürfnissen der Unternehmen angepasst, sie haben ihr Leben nach dem Rhythmus der Fabriken getaktet. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft wirbt mit der »hohen Chemieakzeptanz« in der Bevölkerung und ihrer »Gewöhnung an das Dreischichtsystem«. Die Stadt hat ihre Straßen nach den Unternehmen und ihren Produkten benannt: Heraeusstraße, Guardianstraße, Stickstoffstraße, Farbstoffstraße. Sie hat sich sogar selbst aufgegeben,

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

um noch mehr Firmen anzulocken. Im Jahr 2007 gab es eine Kreisreform, Bitterfeld wurde mit der Nachbarstadt Wolfen zusammengelegt, gegen den Willen der Bürger. So machen es viele Kommunen hier: Sie verschmelzen, damit sie sich als Standort besser vermarkten können. Sie rücken zusammen, damit man nicht sieht, wie schnell sie schrumpfen und altern. Seitdem haben viele ostdeutsche Städte, was sonst nur Wessis im Namen tragen: einen Bindestrich. Dessau-Roßlau. Bitterfeld-Wolfen.

Es gab in all den Jahren immer wieder Konzerne, die Jobs nach Bitterfeld brachten, aber nie waren diese Jobs sicher. Es gab Lokalpolitiker, die Unternehmen bewusst anlockten. Aber dass sie auch blieben, stand außerhalb ihrer Macht.

Die AfD hat keine Lösung für dieses Problem. Ihr wirtschaftspolitisches Programm ist dünn und unscharf, manches liest sich wie Klassenkampf, anderes klingt marktradikal. Eines aber kann sie: Sie hört Leuten wie der Soex-Arbeiterin Diana Riemann zu. Sie kennt ihre Not. Sie kanalisiert ihre Wut. Meist in die einfachste aller möglichen Richtungen: nach unten. Gegen die Flüchtlinge. Gegen die, die noch weniger haben.

Fragt man Diana Riemann nach der SPD und der Linkspartei, denkt sie an Politiker, die sie aus dem Fernsehen kennt und deren Sprache sie nicht versteht. Fragt man sie nach der AfD, denkt sie an Daniel Roi. Sie hat ihn auf einer Demo kennengelernt, sie protestierten gemeinsam gegen die Schließung eines Kindergartens. Sie erzählte ihm von ihren Sorgen, er gab ihr seine Handynummer.

Roi spricht ihre Sprache, den harten Dialekt, der im Süden Sachsen-Anhalts verbreitet ist. Er ist hier geboren, in Wolfen-Nord, einer Arbeitersiedlung, in der Ende der achtziger Jahre rund 35 000 Menschen lebten. Heute wohnen dort noch 8000, die meisten sind Rentner. Roi steuert seinen Škoda vorbei an den Plattenbauten, am Kaufland und am Nettomarkt, dann steigt er aus dem Auto, läuft durch die grauen Häuserschluchten. Omas schieben ihre Rollatoren über den aufgeplatzten Asphalt, neben einem riesigen Schutthaufen zermalmen Abrissbagger den Waschbeton entkernter Plattenbauten. Bauarbeiter schleppen die Eingeweide der Häuserblocks nach draußen: Heizungsrohre, Kloschüsseln, Dämmplatten. Vor ein paar Jahren erhöhte die städtische Wohnungsbaugesellschaft hier die Mieten, obwohl das Viertel

im Sterben lag. Ein paar Bewohner gründeten daraufhin eine Mieterinitiative. Deren Chef sitzt heute im Kreisvorstand der AfD.

Später führt Roi durch die Altstadt von Bitterfeld. Dort haben Einzelhändler den »Innenstadtverein« gegründet. Sie beschwerten sich, dass in der Altstadt die Geschäfte leer stehen und rings um Bitterfeld große Einkaufszentren gedeihen. Sie klagen über Abgaben, die sie leisten müssen, und über globale Modeketten, die in Deutschland kaum Steuern zahlen. Sie schimpfen auf Internetriesen wie Amazon, die ihnen das Geschäft versauen. Der Vorsitzende des Vereins will nächstes Jahr für den Bundestag kandidieren. Für die AfD.

Daniel Roi schlendert über den Marktplatz. Immer mittwochs ist Wochenmarkt. Dann gibt es Käse aus Holland und Thüringer Roster im Brötchen, für 1,80 Euro das Stück. Mittendrin, neben der Geflügeltheke, hat eine Partei ihren Stand aufgebaut, als einzige weit und breit. Es ist die AfD.

DER DURCH DIE HÖLLE GEHT

Einmal Messias und zurück: Martin Schulz leidet an sich, der SPD und dem aussichtslosen Rennen ums Kanzleramt. Eine Nahkampfbeobachtung

Von Jens König (Fotos: Maurice Weiss), stern, 07.09.2017

So, dem Kandidaten erst mal tief in die Augen schauen. Ob er überhaupt noch lebt. Er gilt ja als Todgeweihter. Erledigt durch die Frau, nach deren Amt er greift. Erstickt mit der Watte, in die sie sich hüllt. Seine Augen sind wach. Die Augenbrauen tanzen. Er lächelt. Alles okay so weit.

Martin Schulz sitzt im Frühstücksraum des Steigenberger Hotels in Leipzig. Er bestellt Kaffee und stilles Wasser. Sein weißes Hemd leuchtet. Man sieht ihm nicht an, dass er nur ein paar Stunden geschlafen hat. Es ist kurz vor neun. Seit sieben hängt er am Telefon. Sein Wahlkampfchef, seine Stellvertreter, sein Sprecher, die Ministerpräsidenten, alle wollen sie was von ihm. Er ist schon auf Betriebstemperatur. „Ich lese jeden Morgen die Zeitungen. Da steigt gleich mein Adrenalinpiegel.“

Schulz ist ein empfindsamer Mann. Nicht so abgeklärt wie seine Kontrahentin. Er lässt alles an sich heran: seine desolante Lage, die Häme, die öffentliche Meinung, die den Wahlsieg der Kanzlerin prophezeit wie ein Naturereignis. Kein Gewinnerthema in Sicht, kein Elbehochwasser, nicht mal ein Nordkoreakrieg zum Neinsagen steht Schulz zur Verfügung. Anfang August, auf einem Grillfest, erzählte er freimütig, was er denke, wenn er die schlechten SPD-Zahlen lese: „Was für eine Scheiße!“

Er kämpft trotzdem. Bewahrt Haltung. Versucht, seine emotionalen Aufwallungen im Zaum zu halten. Er hat sich inzwischen Rührei mit Speck zum Frühstück kommen lassen. „Es geht hier nicht um meine eigenen Befindlichkeiten“, sagt er. „Es geht um die Partei.“ Ihr den Mittelfinger zu zeigen wie Peer Steinbrück? Niemals. „Ich halte mich an das Gebot der christlichen Seefahrt: Wenn der Wind am stärksten tobt, muss der Kapitän stehen. Und ich stehe.“

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Am Abend zuvor ist er nach einem Wahlkampfauftritt in Salzgitter noch spät mit dem Auto die 200 Kilometer nach Leipzig gerast. Kurz eine Besprechung mit seinen Mitarbeitern, dann ist er hundemüde aufs Zimmer. Er hat noch ein paar Seiten in Ernst Jüngers „Sanduhrbuch“ gelesen und Tagebuch geschrieben. Er führt es seit über 35 Jahren, seit seinem Alkoholentzug, jeden Abend eine Seite, in einen schwarzen Kalender der Sparkasse Aachen. Immer mit demselben Füller, einem Montblanc. Schulz mag keinen Luxus, aber als er Präsident des Europaparlaments wurde, hat ihm seine Frau dieses besondere Geschenk gemacht. „Jeden Abend, wenn ich schreibe, denke ich an sie“, sagt er. Ausgerechnet jetzt hat er diesen Füller in einem Berliner Hotel liegen lassen. Da fiel ihm auf, wie sehr er an Alltäglichem hängt. „Unabhängig von diesem ganzen Wirbel um mich herum gibt es etwas Beständiges in meinem Leben“, notierte er in seinem Tagebuch. „Das hält mich in der Spur.“

Angela Merkel macht sich solche Gedanken schon lange nicht mehr. Sie betreibt Politik total, sieben Tage die Woche, 24 Stunden am Tag.

Martin Schulz war in diesem Wahlkampf bereits einmal ganz oben und einmal ganz unten. Vom Messias zum Deppen, ohne Rückfahrkarte. Er hat grenzenlose Euphorie erlebt und abgrundtiefe Verzweiflung. Auf einer Fahrt nach Hamburg Mitte Juli fragte er einen seiner Mitarbeiter: „Was meinst du, hat das alles noch Sinn?“

Er rappelte sich wieder auf, machte einfach weiter, was blieb ihm auch anderes übrig, wühlte sich in seine Kampagne hinein. So hat er früher auch Fußball gespielt. Linker Verteidiger bei SV Rhenania 05 Würselen, kein begnadeter Techniker, aber ein Terrier, der sich am Gegner festbiss, nie aufgab. Sein Idol in der Jugend war keiner dieser Schönspieler, sondern Wolfgang Weber, Vorstopper, Spitzname „Bulle“. Weber spielte mal eine ganze Halbzeit lang mit gebrochenem Wadenbein. Er wollte seine Mannschaft nicht im Stich lassen.

Der Hiob der deutschen Politik

Schulz nimmt die flache Bühne im Nikolaikirchhof in Leipzig mit einem kurzen Sprung. Er steht mit den rund 1000 Besuchern fast auf Augenhöhe. Die Sonne knallt auf seinen grauen Anzug. Er redet über Respekt und Gerechtigkeit und dass sich Deutschland auf seinen Erfolgen nicht ausruhen dürfe. „Zur Gerechtigkeit gehört auch,

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

dass ich mir mein Jackett ausziehen darf“, sagt er. „Verdammt heiß hier.“ Schulz krepelt die Hemdsärmel hoch. Er spricht über Rente, Pflege, Elektroautos, Erdogan, Trump, die AfD, darüber, dass junge Leute sich nicht mehr trauten, eine Familie zu gründen, weil alles so unsicher sei. Für den Stillstand im Land sei die Frau Bundeskanzlerin verantwortlich, sagt er, „Angela Merkel höchstpersönlich“.

Schulz ist ein guter Redner. Er hat Sinn für Dramaturgie, kann Geschichten erzählen, setzt an den richtigen Stellen Pausen. Man merkt, dass er gern Romane liest.

Vor ihm sprach Daniela Kolbe, die sächsische SPD-Spitzenkandidatin. Schulz hörte sie nicht, er gab ein Interview. Sie erzählte, dass den Leuten, bei denen sie im Wahlkampf an der Wohnungstür klingelte, auf Anhieb gar nichts einfalle, was zu beklagen sei, sie müssten erst überlegen. Martin Schulz erzählt bis heute, er glaube daran, dass noch was geht bis zum 24. September. Dass die Hälfte der Wähler noch unentschieden sei. Dass die Menschen gerade erst aus den Ferien zurückkehrten. Er hat gelesen, dass der Urlaub für viele wie der Apparat aus „Men in Black“ sei, der das Gedächtnis auslösche. Wenn sie zurück nach Hause kämen, würden sie neu in die Welt blicken.

Als sie das Fernsehduell am Sonntag sahen, war aber alles wie immer. Merkel merkelte, Schulz attackierte, und am Ende hatte die Kanzlerin nach Ansicht der Mehrheit gewonnen. Dabei sollte das Duell die Wende bringen. Schulz selbst fühlte sich als Sieger. Er war von sich berauscht danach, wie auf Droge. Am nächsten Tag durfte er in der Zeitung lesen, er sei zu brav gewesen, er habe sich nicht als Kanzler beworben, sondern als Merkels Büroleiter.

Martin Schulz erfährt gerade, dass so ein Bundestagswahlkampf ein Höllenritt ist. Die Kandidatur greift nach dir, überwältigt dich, erlegt dir Qualen auf. Sie zwingt dich in eine Rolle, der du nicht entkommen kannst. Du brauchst einen starken Charakter und eiserne Nerven, um in dieser Hölle nicht zermartert zu werden.

Nach dem Schulz-Hype im Februar verlor die SPD drei Landtagswahlen. Dann verpatzte sie die Präsentation ihres Wahlprogramms. Anschließend flog Olaf Scholz in Hamburg der G20-Gipfel um die Ohren. Schulz' Wahlkampfchef fiel wegen Krankheit aus. Die rot-grüne Koalition in Niedersachsen büßte ihre Mehrheit ein. Und Gerhard

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Schröder wechselte in Putins Reich. Da hätte Schulz eigentlich schon aufhören können.

Der „Spiegel“ schrieb, der Kanzlerkandidat erinnere an den biblischen Helden Hiob, dem Gott jede nur erdenkliche Plage auferlegt hat. Schulz las das und sagte: „Genau so empfinde ich das. Was auch immer passiert – an allem hat der Schulz Schuld.“

Überall, wo er jetzt hinkommt, warten peinigende Fragen auf ihn: Ist das Rennen schon gelaufen? Warum gibt es keine Wechselstimmung? Bleiben Sie nach Ihrer Niederlage SPD-Chef? Schulz hat Mühe, die Fassung zu wahren. „Ihr stellt Fragen“, sagt er zu den Journalisten und rollt mit den Augen. Wenn sie weg sind, sagt er: „Schwachköpfe!“

Er findet, im Gegensatz zu Merkel werde er von den Medien wie ein Idiot behandelt. Ihm bescheinigen sie den Charme eines Eisenbahnschaffners, ihr rollen sie den roten Teppich aus. Die Interviews mit der Kanzlerin nennt er „Plätzchen backen mit Mutti“.

Manchmal fühle er sich wie die Pechmarie der deutschen Politik, sagt er.

An einem Freitagabend Mitte August fährt er ins Open-Air-Kino im Düsseldorfer Rheinpark. Filmnacht der Jusos. Dunkle Wolken am Himmel. Als Schulz eintrifft, gibt es keinen Jubel, keine „Gottkanzler“-Schilder, keine „Martin, ich will eine Regierung von dir“-Rufe. Die Hochstimmung des Anfangs – wie vom Erdboden verschluckt. Die Jusos wollen nur eins: ein Selfie mit ihm.

Schulz zieht seinen Sprecher beiseite: „Was genau muss ich hier machen?“

Er wird auf die kleine Bühne vor der Leinwand geschoben, soll Fragen der Zuschauer beantworten. Plötzlich fängt es an, in Strömen zu regnen. Der Schirm, den Schulz gereicht bekommt, ist zu klein. Der Regen peitscht ihm um die Ohren. Die Juso-Frau kennt kein Erbarmen. „Lieber Martin“, fragt sie, „was muss in Deutschland dringend reformiert werden?“

„Das Wetter“, brummt Schulz.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Ihm reicht es jetzt. „Seid mir nicht böse“, sagt er. „Aber lasst uns das mit den Reformen auf ein andermal verschieben. Ich bin klitschnass.“

Er eilt mit seinen Leibwächtern zu seiner schwarzen Limousine und fährt frustriert nach Würselen. Er muss zu Hause mal durchpusten. Vor ihm liegt sein letztes freies Wochenende. Noch 37 Tage bis zur Wahl.

Deutscher Meister im Grillen

Martin Schulz hat sich die Wahlkämpfe von Frank-Walter Steinmeier 2009 und Peer Steinbrück 2013 genau angesehen. Er will unter keinen Umständen neben ihnen auf Angela Merkels SPD-Kanzlerkandidatenfriedhof landen. Seine Diagnose: Steinmeier war zu brav und Steinbrück zu

arrogant. Beide waren Merkels Charme erlegen. Sein Rezept: Die Kanzlerin attackieren, ohne das Land runterzureden.

Kein schlechter Plan. Funktioniert nur nicht.

Der Kandidat ist vom Kleingärtnerverein Am Pfarrberg in Landsberg, Sachsen-Anhalt, zum Grillfest eingeladen. Ein warmer Sommerabend. Bratwurst, Bier, kurze Hosen. „Ich bin den Kleingärtnern seit Jahren eng verbunden“, sagt Schulz. Er steht im dunklen Anzug vor ihnen. „Ich lese jetzt überall, die Weltstaatsfrau fliege mit der Air Force One von Gipfel zu Gipfel, und der Fuzzi aus Würselen tingle über die Grillfeste der Gartenbauvereine.“

Schulz ist beleidigt. Dabei hat er sich seine Rolle selbst ausgesucht. Er wollte frei sein, nicht der Richtlinienkompetenz der Kanzlerin unterworfen, deswegen ist er nicht als Minister in ihre Regierung gegangen. Er wollte direkt zum Volk sprechen, ohne die Distanz, die das Fernsehen herstellt. Er dachte, so komme er den Bürgern nah. Ein Durchschnittstyp, ohne Abitur, mit Anzügen von der Stange, gegen eine abgehobene Politikerin aus dem Establishment – so sollte das im Reich der Politikverdrossenheit funktionieren. Er übersah, dass er dadurch in einer anderen Gewichtsklasse kämpft als die Kanzlerin.

Martin Schulz ist Angela Merkel viel ähnlicher, als er glaubt. Er hat ein lebhafteres Temperament, größeren politischen Ehrgeiz, er denkt europäischer. Mehr Bücher gelesen hat er sowieso. Aber sonst? Kämpft einrechter Sozialdemokrat gegen eine li-

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

berale Christdemokratin, er 61, sie 63, beide vernünftige Mitte-Politiker, die die Welt nicht aus den Angeln heben wollen. Kein Macron, nirgends.

„Wisst ihr, wie der Deutsche Meister im Grillen heißt?“, fragt der Kandidat die Kleingärtner. „Ich hab extra nachgeguckt. Martin Schulz.“

Die Deutschen wollen im Angesicht von Trump, Putin und Erdogan ihr Land aber nicht einem Grillmeister anvertrauen. Genau für diese verrückte Welt wollen sie die Weltstaatsfrau ja haben, dieses Mal jedenfalls noch. Ihr trauen sie zu, die Halbstarcken zu bändigen.

Geh in kein Duell, das du nicht gewinnen kannst, raten Wahlkampfprofis. Beklage nicht, dass dein Gegner keinen Plan hat – lege deinen Plan vor. Jammere nicht über die Schwächen des anderen – sei besser.

Martin Schulz hatte als Vorsitzender der Dauerkrisenpartei SPD kaum Zeit, diese Ratschläge zu befolgen. Er war neu in Berlin. Er musste unter Schmerzen lernen, das Korsett eines Kanzlerkandidaten zu tragen. Plötzlich zerrten alle an ihm herum, wussten alles besser, sagten, was er zu tun und zu lassen habe. Mehr Gerechtigkeit, forderten die einen. Mehr Innovation, die anderen. Lass das Würselen-Ding, du bist jetzt Staatsmann, meinten Dritte.

Im Juni hatte Schulz die Faxen dicke. „Ich brauche keine Berater, Meinungsforscher und Spin-Doktoren“, sagte er. „Ich muss bei mir sein.“ Die neue Losung lautete: „Let Schulz be Schulz.“ Zwei Monate später las Schulz in der „Bild“ einen Text von Béla Anda, dem früheren Regierungssprecher von Gerhard Schröder. Überschrift: „So kriegt Schulz noch die Kurve.“ Belangloses Zeug. Schulz rief Anda an und machte ihn zu seinem Berater. Ausgerechnet einen Schröderisten.

Hätte es besser laufen können, wenn der Kandidat mehr Zeit gehabt hätte? Am 21. Januar 2017 fuhr Martin Schulz von Würselen nach Montabaur. Sigmar Gabriel, sein Freund und Parteichef, wollte ihm endlich mitteilen, wer von beiden Kanzlerkandidat und wer Außenminister werden sollte. Die Wochen zuvor hatten sich die beiden gegenseitig belauert. Gabriel hatte Schulz hingehalten. Schulz wollte keinen Putsch gegen Gabriel führen. So hatte Schulz die Kanzlerkandidatur mittlerweile abgeschlossen. An diesem Samstagnachmittag ging er davon aus, dass er als Außenminister nach

Hause fahren würde. Er hatte seine Geschwister schon gefragt, ob sie zur Verteidigung nach Berlin kommen würden.

Im Hotel redeten Gabriel und Schulz eine Stunde um den heißen Brei herum. Dann sagte Gabriel: „Du musst es machen.“ Er fragte nicht, er machte eine Ansage. Schulz war plötzlich Kanzlerkandidat und designierter SPD-Vorsitzender dazu. Er wurde unvermittelt in das größte Abenteuer seines Lebens gestürzt.

Gabriel hatte alle überrumpelt. Zum dritten Mal in Folge stolperte die SPD mit ihrem Kandidaten ins Kanzlerrennen. Dafür zahlt die Partei einen hohen Preis.

Als Martin Schulz ins Willy-Brandt-Haus einzog, waren die Schubladen so gut wie leer. Keine Wahlkampfstrategie, kein Programm, keine erfahrene Mannschaft, keine Kampagne. Der alte Parteichef glaubt nicht an Planung, er macht Politik nach Instinkt und Lage. So kann man nicht gewinnen. Erst recht nicht gegen eine Frau mit großer Erfahrung, einem hochprofessionellen Team und einem Kanzleramt, das sie zur Festung ausgebaut hat. 1998, im Kandidatenrennen zwischen Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine, hatte SPD-Wahlkampfchef Franz Müntefering einfach zwei Kampagnen planen lassen. Damals war die Partei auf alles vorbereitet.

„Die Planung für den Wahlkampf 2017 hätte eigentlich schon am Wahlabend der verlorenen Bundestagswahl 2013 anfangen müssen“, sagt Frank Stauss, Mitgesellschafter der Werbeagentur Butter. Stauss macht seit 25 Jahren Wahlkämpfe. Er sollte auch die SPD-Kampagne 2017 führen. Er sagte jedoch im Herbst vorigen Jahres ab. Für einen erfolgreichen Wahlkampf sah er in der Kürze der Zeit kaum Chancen.

Die SPD hat jetzt nicht nur einen Kanzlerkandidaten, sondern auch noch einen Nebenkandidaten. Sigmar Gabriel sitzt auf dem Marktplatz von Goslar. Er lässt die Sonne in sein braun gebranntes Gesicht scheinen. „Eigentlich viel zu schön, um zu arbeiten“, sagt er. Heute Abend fliegt er nach Washington, Gespräch mit Rex Tillerson, Trumps Außenminister. Vorher hat er einen Auftritt in Salzgitter, mit Schulz.

Querschüsse vom Nebenkandidaten

In einem Wahlkampf gehe es vor allem um Haltung, sagt Gabriel, und die Haltung von Martin sei bewundernswert. Mit welcher Geradlinigkeit er seine Furche zie-

he. Er selbst wisse genau, was einem durch den Kopf geht, wenn die Umfragen nicht so berauschend sind.

Was Gabriel nicht sagt: Er findet, Schulz könnte härter, verruchter sein. So wie er, Gabriel. Er hat nach dem G20-Gipfel den Rücktritt der Kanzlerin ins Gespräch gebracht. Und in einem stern-Interview die Große Koalition für die Zeit nach der Wahl für beendet erklärt. Schulz hat das wahnsinnig geärgert. Er hat das Gabriel am Telefon gesagt. Ihn aber nicht öffentlich in den Senkel gestellt.

Mit seinen Querschüssen geht ihm Gabriel auf die Nerven. Schulz spürt, wie das Misstrauen seinen Wahlkampf belastet, wie die Konkurrenz sogar ihre Freundschaft infrage stellt. Ein paar Tage nach besagtem Interview saß Schulz in einem Restaurant, das Dessert kam, obendrauf ein Berg Sahne. Er sagte: „Oh, ein Nachtisch für Sigmar.“ Nimmt der nicht ab?, fragte einer aus der Runde. Schulz: „Ja, in jeder Hinsicht.“

Am Marktplatz in Salzgitter fallen sich beide um den Hals. Das gehört zur Show dazu. „Ich bin hier, um meinen Freund in seinem Wahlkreis zu unterstützen“, sagt Schulz von der Bühne herab. „Ich freue mich, dass er brav in der ersten Reihe sitzt und nicht dazwischenruft.“

Martin Schulz will seine Partei anders führen als Schröder, Müntefering und Gabriel. Er will Schluss machen mit autoritärem Gehabe, Basta und Machotum. Sein Wahlprogramm hat er mit Rechten und Linken so lange diskutiert, bis ihm alle folgten. Ob ihm das auf Dauer gelingt, wird man sehen. Auch er kann ein harter Hund sein und umgibt sich vor allem mit Männern. Noch steht die Partei geschlossen hinter ihm. In den Hinterzimmern diskutieren sie aber schon, ob er Parteichef bleiben kann, wenn die Wahl ein Desaster wird.

Schulz kann sich noch genau an den Tag erinnern, als Willy Brandt am Ehrenmal für die Toten des Warschauer Ghettos niederkniete. Es war der 7. Dezember 1970, er selbst gerade knapp 15 Jahre alt, Schüler einer autoritären katholischen Klosterschule. „Das Ereignis war ein Erdbeben für mich“, sagt er. Ausgerechnet ein Sozialdemokrat, von den Nazis ins Exil getrieben, bitte um Vergebung für deutsche Schuld. Wegen Willy Brandt ist er vier Jahre später in die SPD eingetreten.

Diese Partei zu retten, ihr Chef zu bleiben, sie vor dem Bedeutungsverlust zu bewahren – diese Mission ist für den Gefühlssozi genauso wichtig wie der Kampf ums Kanzleramt. Er sagt, er habe den Vorsitz auch deswegen übernommen. Als er mit ho-
neckerhaften 100 Prozent gewählt worden war, sagte er zu seiner Schwester Doris:
„Das lastet schwer auf mir.“ Schulz erliegt nicht dem Irrtum, dass es am 24. Septem-
ber nur um ihn geht. Es weiß, es gibt etwas, das größer ist als er selbst.

Als Gabriel zum Auftritt nach Salzgitter fuhr, rief ihn Schulz auf dem Handy an. Gabriel sagte, er wisse nicht, ob der amerikanische Außenminister überhaupt noch im Amt sei, wenn er in Washington lande. Tillerson habe sich gerade gegen Trump in Stellung gebracht. Der US-Außenminister sei aber entspannt, er habe keine Angst vor einem Rauswurf. „Der Tillerson hat eine große Ranch in Texas“, sagte Gabriel zu Schulz. Pause. „Der hat bestimmt auch noch zwei Pferde für uns.“

Ströbeles Erben

Der Wahlkampf in Kreuzberg ist der spannendste im ganzem Land: Nirgendwo sonst haben gleich drei linke Kandidaten gute Chancen auf das Direktmandat. Nach dem Rückzug von Hans-Christian Ströbele ist die Grüne Canan Bayram Favoritin auf den Sieg – aber sie hat zwei starke Konkurrenten

Von Gesa Steeger, Kersten Augustin, taz.am wochenende, 16.09.2017

Anfang Juli, zweieinhalb Monate vor der Bundestagswahl, beginnt im alternativsten Wahlkreis der Republik der Wahlkampf ohne die Grünen. Wo ist Canan Bayram? In ein paar Minuten soll in einem backsteinroten Familienzentrum das Politiker-Speeddating losgehen – Wähler treffen und interviewen ihre Kandidaten. Die Themen: Wohnungsnot und Kinder, die sich kein Fahrrad leisten können. Doch um kurz nach drei ist die grüne Kandidatin noch nicht da.

In dem Café des Familienzentrums hat sich eine Handvoll Frauen um Tische verteilt, die man gut abwischen kann. Fast alle haben ihre Kinder an der Hand. Sie wohnen im Kiez, kommen aus der Türkei, dem Libanon, engagieren sich als Stadtteilmütter in der benachbarten Schule. Nicht alle dürfen wählen. Fragen haben sie trotzdem.

Ihnen gegenüber sitzt Cansel Kiziltepe, die Kandidatin der SPD. Klein und im roten Blazer. Sie kennt viele der Frauen persönlich. Hier ist sie nicht Frau Kiziltepe, sondern Cansel. Cansel aus Kreuzberg. Die benachbarte Schule: Dort hat sie Abitur gemacht. Die Stadtteilmütter: ein Projekt, das sie seit Langem begleitet. Sie schüttelt Hände, verteilt Küsschen, fragt nach der Familie. Pascal Meiser, Kandidat der Linken, kommt etwas später. Die Leiterin des Familienzentrums verhaspelt sich, als sie ihn vorstellt. Aus Meiser wird Meier. Aber Kiziltepe, das sitzt. Canan Bayram kommt nicht mehr.

Später wird sich herausstellen: Sie saß im Innenausschuss im Berliner Abgeordnetenhaus zum Fall Anis Amri, dem Terroristen vom Breitscheidplatz. Bayram wird in den kommenden Wochen öfter Wahlkampfveranstaltungen absagen, weil sie Termine im Abgeordnetenhaus hat. Bayram, die pflichtbewusste Anwältin, steigt später in den Wahlkampf ein als ihre Kontrahenten. Als Kiziltepe längst ein Hashtag etabliert hat, #Kiezregiert, ist die Kampagne für Bayram noch nicht richtig losgegangen. Im Juli erzählen Parteifreunde von den Grünen, dass ihre Kandidatin an Wahlständen im bürgerlichen Teil von Kreuzberg noch weitgehend unbekannt sei, und geben zu: In den Medien ist sie auch nicht wirklich präsent.

Dabei hat Bayram viel zu verspielen. Das erste und einzige Direktmandat der Grünen und das Erbe des bekanntesten Direktkandidaten Deutschlands, Hans-Christian Ströbele. Im Dezember letzten Jahres hatte der 78-Jährige erklärt, nach 19 Jahren im Bundestag nicht wieder anzutreten. Viermal hintereinander hatte er das Mandat gewonnen. Die Fußstapfen, oder besser: die Fahrradspur, die er hinterlässt, ist tief. Das macht den Kampf um das Direktmandat für den Wahlkreis 83, Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost, in diesem trägen Wahlsommer zu einem der spannendsten im ganzen Land. Nirgendwo sonst kämpfen gleich drei linke Kandidaten mit guten Chancen um ein Mandat. Eine Prognose sieht die SPD im Bezirk bei etwa 20 Prozent, die Linke bei 24 und die Grünen bei 25 Prozent.

Die erste Runde Speeddating beginnt, die Kandidaten verteilen sich an die Tische. Pascal Meiser, Pferdeschwanz und Kapuzenpullover, verteilt seine Broschüren. Rot. Mit der Überschrift: Bewerbung. Vier Frauen wollen von ihm wissen, wie die Linke zum Thema Wohnungsnot steht. Eine erzählt, dass sie keine Wohnung für ihre Familie findet. „Ich wohne auch in Kreuzberg, kenne das Problem also“, sagt Meiser und schimpft auf die Mietpreisbremse, die nicht funktioniert. Zustimmendes Nicken bei seinen Zuhörerinnen. Er rät: „Gehen Sie wählen, wenn sich was verändern soll.“

Gong, die nächste Runde. Kiziltepe rückt auf Meisers Platz und sitzt nun vor den vier Frauen. „Mein Name ist Programm“, beginnt sie. Kiziltepe heißt auf Türkisch roter Berg. Sie erzählt von ihren zwei Kindern, von ihrer Zeit an der benachbarten Schule und dass Bildung ihre Chance zum Aufstieg war. „Mein Vater hat uns jeden

Tag zu dieser Schule gebracht“, eine der ersten Ganztagschulen in Berlin. „Das war unsere Rettung.“

Kiziltepes Eltern sind Gastarbeiter der ersten Generation. Sie sei immer mit dem Gefühl aufgewachsen: Morgen geht es zurück in die Türkei. Ihre Eltern wohnen noch immer in Kreuzberg. Viele ihrer Freunde von damals haben das Abitur nicht geschafft, sind stecken geblieben auf dem Weg nach oben. Kiziltepe nicht. Das macht sie für die Frauen hier interessant. Sie ist Vorbild, Kiziltepe weiß das. Ihr Wahlkampf basiert auf ihrer Geschichte. Das Kind aus dem Kiez, das es nach ganz oben geschafft hat. Eine gute Geschichte.

Wenn Berlin die Spielwiese für die privilegierte Jugend der Welt geworden ist, dann ist der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg das Miniatur-Wunderland der deutschen Linken. Hier leben Altlinke und Neulinke und Exlinke, Linke aus dem Osten und dem Westen. Es gibt türkische und kurdische Linke, genau so wie Grüne, Kommunisten, Antifas. SPD, Grüne und Linke bekamen 2013 hier über 70 Prozent der Stimmen. Auf kleinstem Raum lässt sich beobachten, wie sich die gesellschaftliche Linke in Deutschland verändert – und was das für die drei großen Parteien mit irgendwie linkem Anspruch bedeutet:

Cansel Kiziltepe kämpft darum, jene Wähler zurückzugewinnen, die ihre Partei erst an die Grünen und dann an die Linken verloren hat. Wenn sie scheitert, bleibt die SPD auf ewig die 20-Prozent-Partei. Sie sagt: „Kreuzberg soll wieder rot werden.“

Pascal Meiser kämpft in dem Bezirk um die Stimmen der vielen Berliner, die nicht Meiser oder Meier heißen. Wenn er scheitert, bleibt seine Partei eine für den Osten. Er sagt: „Das Mandat wäre ein riesiger Erfolg.“

Canan Bayram muss beweisen, dass es auch linke Grüne noch schaffen, Wahlen zu gewinnen. Wenn sie scheitert, bleibt ihrer Partei nur das Modell Kretschmann. Sie sagt: „Klar, ich muss die retten.“

Sechs Wochen nach dem Speeddating sitzt die selbsternannte Retterin der Grünen in einem kleinen Versammlungsraum in der Otto-Suhr-Siedlung am Rande Kreuzbergs und spricht über Wärmedämmung. Hier ist Kreuzberg kein Szenebezirk, sondern immer noch Grenzstadt. Das Viertel ist der ärmste Kiez der Stadt, 70 Prozent

der Kinder leben von Hartz IV. Hier zeigt sich das drängende Thema des Wahlkampfes: die hohen Mieten. Einst gab es hier sozialen Wohnungsbau am Mauerstreifen, dann wurden die Wohnungen unter Rot-Rot privatisiert. Sie liegen im Herzen Berlins, in Laufweite zur Friedrichstraße. Investoren würden sagen: Toplage.

Etwa 20 Bewohner der Siedlung sind in den kleinen Versammlungsraum gekommen. Sie treffen sich regelmäßig, seit ihr Vermieter, der Immobilienriese Deutsche Wohnen, Sanierungen und Mieterhöhungen angekündigt hat. Hier sitzt das alte, weiße Kreuzberg. Die Frauen tragen geföhnte Frisuren, die Männer Karohemden und Schirmmützen auf roten Köpfen. Es geht um Wasserschäden und Mietminderungen. Keine Revolution, aber echte Politik. Die Mieter reden wild durcheinander, sagen „Ach, halt die Klappe“ zueinander. Die Protokollantin schüttelt den Kopf und resigniert.

Bayram sitzt am Rand und hört lange still zu, bis sie angesprochen wird. Ihre Augen sind so wach, als gebe es nichts Schöneres, als am Montagabend nach einem langen Tag noch eine Mieterversammlung zu besuchen und über Schimmel zu reden. Bayram beantwortet Fragen zum Mietrecht, sie sagt, dass es wichtig sei, sich zu wehren, und bietet ihre juristische Hilfe beim Verfassen eines Briefs an. Die Mieter nicken. Das ist der Wahlkampf, der Bayram liegt. Eher leise als laut. Nicht auf dem Podium, sondern im Stuhlkreis. Konkret etwas machen, nicht reden. Das ist ihre Stärke, das ist auch ihr Nachteil. Denn Bayram nutzt die Gelegenheit nicht, um nach der Mieterversammlung noch Flyer zu verteilen. „Das ist nicht meine Art“, sagt sie später. Nur das grüne T-Shirt unter ihrem Blazer verrät, zu welcher Partei sie gehört.

Seit elf Jahren sitzt sie im Abgeordnetenhaus. Bayram ist Friedrichshainerin, dort wird sie von Passanten auf der Straße umarmt. In Kreuzberg ist sie weniger bekannt. Bayram, 1966 geboren, kam mit sechs Jahren aus Anatolien ins Rheinland. Erst als Anwältin kam sie aus Bonn nach Berlin. „Trotzdem halten mich alle für eine Kreuzberger Türkin“, sagt sie. Im März hatten die Grünen in Friedrichshain-Kreuzberg sie als Kandidatin nominiert. Die „neue Ströbelin“, schrieb die taz.

Bayram ist nicht die Erste, die als Nachfolgerin im Gespräch war. Schon vor vier Jahren wollte Ströbele aufhören und fragte in seiner Partei, wer sich vorstellen könne, ihm nachzufolgen. Doch andere Grüne schlugen das Angebot aus. Während für die

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Linke oder die SPD das Direktmandat eine Überraschung wäre, hat Bayram viel zu verlieren. Angst vor dem Erbe habe sie trotzdem nicht, sagt Bayram. „Es ist eine Ehre, nach Ströbele anzutreten.“ Wie Ströbele steht sie innerhalb der Partei weit links. Zu weit für einige.

Erst distanzierte sich die Parteiführung von einem Plakat Bayrams mit dem alten Hausbesetzerspruch „Die Häuser denen, die drin wohnen“. Dann wurde öffentlich, dass Realo-Grüne in einem internen Diskussionsforum davon abrieten, die eigene Kandidatin zu wählen. Die Begründung: Ein Direktmandat für Bayram würde bei einem schlechten Zweitstimmenergebnis für die Grünen dafür sorgen, dass Renate Künast nicht über die Landesliste in den Bundestag einziehen kann.

An Bayrams Wahlkampfstand im Betonschatten des Kottbusser Tors regen sich die jungen Wahlkämpfer auf: „Vollkommen bescheuert“ sei der Aufruf der Realos. Ein gutes Ergebnis für Bayram sei auch gut für die Zweitstimmen und damit für Künast.

Bayram tut, als würde sie der Gegenwind aus der eigenen Partei nicht stören. Die Mail habe sie gar nicht gelesen, sagt sie, und Renate Künast, „deren Mann ich sehr schätze, einer der besten Strafverteidiger in Berlin“, sei die Geschichte sicher genauso peinlich.

Nicht nur Teile der Partei distanzieren sich von der Kandidatin. Auch die Kandidatin bemüht sich um Abstand zur Partei. Das Parteilogo der Grünen sucht man lange auf den Wahlbroschüren und Flyern, die das Team von Canan Bayram im Stadtteil verteilt. Statt einer Sonnenblume sieht man einen stacheligen Igel, das Symbol der Grünen im Bezirk. Bayram betont, dass sie nicht über die Landesliste abgesichert ist. Die Botschaft: Wer Bayram wählt, wählt nicht die Grünen. Schon Ströbele hat so Wahlkampf gemacht. Vielleicht ist das die größte Nähe Bayrams zu ihrem inhaltlichen Gegenpol bei den Grünen, zu Winfried Kretschmann. Für seinen Erfolg machte auch er die Partei klein und seine Person groß.

Wer in diesem Wahlkampf Sonnenblumen sucht, findet sie in Kreuzberg nicht bei den Grünen, sondern bei der Linken. Anfang September steht Pascal Meiser im Abendlicht auf der Kottbusser Brücke. Den Kapuzenpullover von seinem Wahlplakat hat er abgelegt, er trägt ein gebügeltes weißes Hemd. Seine Genossen vom

Arbeitskreis Rote Beete haben hinter ihm auf einen Grünstreifen, der vorher als Pissoir für Junkies erhalten musste, Sonnenblumen gepflanzt.

Meiser verteilt Blumensamen an Passanten, mittelerfolgreich. Die einen Passanten nehmen ihre iPhone-Stöpsel nicht aus den Ohren, andere schütteln mit dem Kopf und sagen: „Darf nicht wählen.“ Der Ausländeranteil liegt hier bei über 30 Prozent, und jene Kreuzberger Türken, die einen deutschen Pass haben, wählen vielleicht lieber eine Bayram oder eine Kiziltepe.

Selbst die CDU und die FDP haben Kandidaten mit Migrationshintergrund aufgestellt. Es gibt Kreuzberger, die sagen: Die Linke würde ich wählen, aber nicht diesen „weißen Dude“. Glaubt Meiser selbst, dass er dadurch einen Nachteil hat? Er zögert, dann findet er seine Antwort nicht zitierfähig. Verständlich: Wer will schon darüber jammern, Privilegien zu haben.

Meiser, 1975 geboren, stammt aus dem Saarland und lebt seit Ende der 90er in Kreuzberg. Er machte schnell in Gewerkschaft und Partei Karriere und leitet heute die Kampagnenabteilung der Linken. Von den drei linken Kandidaten in Kreuzberg ist er der größte Wahlkampfprofi. Für die letzten Wochen vor der Wahl wurde er freigestellt, um sich auf das Direktmandat zu konzentrieren. Und trotzdem: Am Wahlkampfstand auf der Kottbusser Brücke fragen Leute: „Ich kenn dich nicht, warum soll ich dich wählen?“ Einer sagt: „Dich würde ich ja wählen, aber das mit der Stasi“.

Für die Linke wäre der Gewinn des Direktmandats ein großer Sieg: Es wäre das erste in einem Bezirk, der auch im Westen liegt. Und ein Symbol dafür, dass die Linke den Grünen die Rolle als Partei der urbanen Mittelschicht abnehmen könnte. Auch wenn man dafür ein paar Sonnenblumen braucht. „Seit ein paar Wochen merken wir: Es könnte ja wirklich klappen“, sagt Meiser und verweist auf eine Prognose für den Wahlkreis, die einen Zweikampf von Bayram und Meiser voraussagt. Er glaubt, dass es am Ende um wenige 100 Stimmen gehen wird.

Umso verwunderlicher ist es, dass die Linke keinen bekannteren Kandidaten aufgestellt hat. Das Gerücht: Der Soziologe und Gentrifizierungsexperte Andrej Holm soll als Direktkandidat der Partei im Gespräch gewesen sein. Holm bestätigt das auf Nachfrage der taz. Er sei vor einem Jahr gefragt worden, noch bevor er Staatssekretär

in Berlin wurde. Holm entschied sich dagegen, weil er glaubte, in der Berliner Landespolitik mehr bewegen zu können. Meiser sagt dennoch: „Ich habe die Unterstützung meiner gesamten Partei. Und das ist bei uns nicht selbstverständlich.“

Begleitet man die drei Direktkandidaten durch den Wahlkampf, wird deutlich, dass sich die deutsche Linke verändert hat. Die Grünen haben in ihrer einstigen Hochburg viele Anhänger verloren. Am Stand der Grünen hört Bayram immer wieder: Früher standet ihr noch für etwas. Die einen kritisieren die Religiösität von Parteichefin Katrin Göring-Eckardt, andere die Wirtschaftsnähe von Cem Özdemir. Man könnte auch sagen: Die Enkel der 68er wählen nicht mehr die Grünen, sondern die Linke. Die war nach Zweitstimmen bereits 2013 stärkste Partei im Bezirk. Die Grünen verloren über 6 Prozentpunkte, Ströbele konnte sein Direktmandat aber halten, weil er genug Wähler anderer Parteien überzeugen konnte. Bayram muss das Gleiche gelingen. Hoffnung darf sich auch die SPD machen, sie gewann 2013 dazu und wurde hinter der Linken stärkste Kraft im Bezirk.

Auffällig ist bei aller Konkurrenz, dass sich die drei Kandidaten inhaltlich nicht besonders unterscheiden. Alle drei stehen innerhalb ihrer Parteien links und wollen sich für bezahlbare Mieten einsetzen. Nur: Meiser ist mit seinen Positionen auf Parteilinie, Bayram und Kiziltepe sind eher Außenseiterinnen.

Spricht man die drei auf Unterschiede an, gibt Kiziltepe zu, dass da mehr Verbindendes als Trennendes sei – und viele ihrer SPD-Genossen sie fragten, warum sie nicht bei der Linken sei. Das soll sich jetzt ändern. Sie sei bisher zu kuschelig mit ihren Konkurrenten gewesen, sagt sie. „Ich bin jetzt im Kampfmodus.“ Kiziltepe will sich abgrenzen. Sie will zeigen: Bayram und Meiser sind die Neuen, sie dagegen ist schon immer Kreuzberg.

Es ist Mittwochnachmittag, noch drei Wochen bis zur Bundestagswahl, als die Kandidaten in einer Schulaula aufeinandertreffen. Etwa 100 Schüler schauen zu den Kandidaten hoch, die auf der Bühne Platz genommen haben. Viele der Mädchen im Publikum tragen Kopftuch, viele Jungs gehen offenbar gern ins Fitnessstudio. Ein einziger junger Mann mit blonden Haaren sitzt in der Aula, doch der entpuppt sich später als Mitarbeiter des CDU-Kandidaten, der auch auf der Bühne sitzt. „Tschuldigung“, flüstert ein Schüler im Publikum, „geht es hier um den Bürgermeister

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

von Kreuzberg?“ Das ist, betrachtet man Ströbeles Außenwirkung in den letzten Jahren, nicht ganz falsch.

Nico aus der zwölften Klasse moderiert die Veranstaltung. Er ist gerade 18 geworden, für ihn ist es die erste Bundestagswahl. Zu Beginn sollen sich die Kandidaten mit drei Attributen vorstellen. Meiser fängt an, er beugt sich zum Mikro und sagt: „Ich bin extrem ungeduldig, wohne am Kotti und bin Fußballer.“ Die Schüler klatschen laut. Dann ist Bayram dran, sie sagt: „Ich bin Mutter, Politikerin und Anwältin.“ Die Schüler klatschen höflich. Dann kommt Kiziltepe, sie sagt: „Ich bin Mutter, Ökonomin – und habe hier an der Schule mein Abitur gemacht.“ Einige Schüler jubeln.

Auf dem Podium zeigen die drei aussichtsreichen Kandidaten in den nächsten eineinhalb Stunden in kondensierter Form, was sie unterscheidet. Pascal Meiser will mit einfach verständlichen, linken Forderungen überzeugen. Canan Bayram, die Kümmererin, will den Bewohnern bei ihren Problemen im Alltag, mit Rassismus und der Miete helfen. Und Cansel Kiziltepe setzt auf ihre Biografie, die sozialdemokratische Erzählung vom Aufstieg durch Bildung: Ich bin eine von euch.

Die Schüler fragen, was die Kandidaten tun würden, wenn ihre Partei die absolute Mehrheit im Parlament hätte. Meiser verspricht, Millionären ihr Geld wegzunehmen und keine Waffen mehr zu exportieren und bekommt dafür Applaus. Kiziltepe spricht über die lokalen Initiativen im Kiez, ohne klarzumachen, was das mit der absoluten Mehrheit zu tun hat. Und Bayram erklärt den Schülern, dass eine absolute Mehrheit für eine Partei gar nicht wünschenswert sei. Das mag demokratiethoretisch sympathisch sein, verfängt aber im Publikum nicht.

Bayram wird stark, als es um die doppelte Staatsbürgerschaft geht. Da erzählt sie, wie sie mit sechs Jahren aus Anatolien nach Deutschland kam und dass es zwar auf Deutsch Vaterland heiße, auf Türkisch aber *anavatan*, Mutterland: „Und warum sollte man nicht einen Vater und eine Mutter haben?“ „Çüş“, murmeln viele Schüler anerkennend.

Meiser spricht von den drei Kandidaten am mitreißendsten, Bayram ist zurückhaltend, klingt oft wie die Juristin, die sie ist. Als der CDU-Kandidat auf

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Sozialisten losgeht, die keine Ahnung von Wirtschaft hätten, legt Bayram ihrem Konkurrenten Meiser die Hand auf die Schulter. Auf die Frage, welchen der Kandidaten sie wählen würden, wenn sie nicht selbst zur Wahl stünden, sagt Kiziltepe, sie würde Meiser wählen. Nur Bayram sagt: „Man kann ja auch nicht wählen.“ Ganz so entspannt, wie sie im Wahlkampf rüberkommen möchte, ist sie nicht.

Nach dem Ende der Podiumsdiskussion ist Kiziltepe gleich weg. Bayram gibt einem Lehrer Feedback zur Veranstaltung, dann wendet sie sich einem Parteifreund zu. Nur Meiser wird von Schülern umringt, die ihn fragen, wo sie denn mitmachen könnten. Nico, der Moderator, der in diesem Jahr zum ersten Mal wählen darf, will Meiser wählen. „Obwohl er die einzige Kartoffel ist.“

Dann fahren sowohl Bayram als auch Meiser mit dem Fahrrad davon. Ströbele würde sich freuen.

Die grüne Hölle

Seit vier Jahren ist Simone Peter Vorsitzende der Grünen. Doch niemand in der Partei nimmt sie richtig ernst. Wie hält man das aus?

Von Lena Niethammer, Der Spiegel, 22.09.2017

Vier Wochen später, als Simone Peter bei einem Mittagessen über diesen denkwürdigen Parteitag spricht, wird das Wort Leere fallen.

Berliner Velodrom. Es ist Mitte Juni. Noch zwei Stunden, dann erklingt der Satz, vor dem Simone Peter so einen Respekt hat:

"Simone, die Bühne gehört dir."

Während Cem Özdemir gerade ins Mikrofon brüllt, sitzt Peter da auf einem Stuhl, verloren in ihrer roten Jacke. Geistesabwesend starrt sie nach vorn.

Vor ihr liegt schon das Manuskript, jeder kann sehen, wie sie zum Kuli greift, den Text wieder und wieder umschreibt. Es ist eine wichtige Rede, die Peter heute halten muss, vielleicht die entscheidende. Sie weiß, sie muss heute begeistern, muss beruhigen, muss führen, kurzum: Parteichefin sein. Und genau da liegt das Problem.

Das Warten ist schlimm, aber am schlimmsten, so erzählt es Peter später, ist die Angst vor der Stille nach der Rede, das Gefühl, nach Hause in das kleine Berliner Apartment zu kommen, und da ist niemand. Nie sei man der eigenen Leere so nah wie allein auf der Couch nach einem Parteitag. Sie hat sich deshalb, zur Sicherheit, für den Abend mit ihrem Bruder auf ein Bier verabredet.

Wer sich Simone Peters Lebenslauf durchliest, erwartet eine starke, selbstbewusste Frau. Sie hat einen der Spitzenjobs in der Berliner Politik, auf dem Papier eine makellose Karriere. Studium der Biologie, Promotion über Gewässerökologie, Um-

weltministerin im Saarland, seit 2013 Grünen-Parteichefin, zusammen mit Cem Özdemir.

Aber dann sitzt man einer Frau gegenüber, die von ihren Träumen erzählt. Wie sie plötzlich wieder in der Abiturprüfung sitzt, den Griffel bereit in der Hand, aber unfähig zu schreiben. Wie sie in ein Taxi springt, weil sie einen dringenden Termin hat, der Wagen aber nicht von der Stelle kommt. Wie sie wieder Studentin ist und es diesmal nicht schafft, die Dissertation rechtzeitig abzugeben.

Wann hat das alles begonnen? Es läuft schon lange nicht mehr gut für Simone Peter. Als sie im Oktober 2013 zur Nachfolgerin der schillernden Claudia Roth gewählt wurde, hieß es, die blasse Peter habe ihren Job allein der grünen Quotenregelung zu verdanken. Die schlechte Presse versucht sie mit Humor zu nehmen. Schlimmer könne es ja nun gar nicht mehr kommen, sagt sie bei ihrem ersten Gespräch mit Hauptstadtjournalisten. Wie soll sie auch ahnen, dass der Weg noch weiter bergab führen wird?

Ständig zwingt Realo Özdemir, der im Gegensatz zu ihr schon seit über 20 Jahren in der Bundespolitik ist, sie in die Defensive. Das wäre nicht weiter schlimm, wenn Peter wenigstens die Parteilinken hinter sich hätte, aber die sind gespalten. Peter ist eine Frau mit einem Amt, aber ohne Macht.

Wie einsam es um sie geworden ist, bekommt sie am Neujahrstag 2017 zu spüren, Peter kann sich noch an alle Details erinnern. Sie kam gerade von einem Spaziergang mit ihrer Familie zurück, als sie in ihren Mails eine Anfrage der "Rheinischen Post" findet. Es geht um einen Kommentar zum Polizeieinsatz in der Kölner Silvesternacht. Peter schaut schnell auf Twitter, liest eine Stellungnahme von Amnesty International und schickt dann drei Sätze ab. Sie schreibt erst, dass durch die Beamten ein Gewaltexzess verhindert worden sei. Dann schiebt sie den Satz nach:

"Allerdings stellt sich die Frage nach der Verhältnis- und Rechtmäßigkeit, wenn insgesamt knapp 1000 Personen allein aufgrund ihres Aussehens überprüft und teilweise festgesetzt wurden."

Danach legt sich Peter schlafen. Als sie am 2. Januar aufwacht, rollt bereits eine Welle des Hasses auf sie zu. Im Netz wird sie als "Schlampe" beschimpft, in Zeitungs-

kommentaren heißt es, ihre Worte seien schäbig. Niemand aus der Führungsriege der Partei springt Peter bei, Cem Özdemir distanziert sich, sagt, die Einsatzkräfte hätten konsequent gehandelt. Was Peter am Ende rettet, ist paradoxerweise die "Bild"-Zeitung. Die startet eine Kampagne unter der Zeile "Dumm, dümmer, Grüfri". Danach heißt es in der Partei, man könne Peter nun nicht fallen lassen. Das würde so aussehen, als hätte man dem Druck der Boulevardzeitung nachgegeben.

Man kann versuchen, sie zu fragen, wie es ihr damit geht, geächtet zu werden. "Ach", sagt sie dann und macht eine wegweisende Handbewegung. Früher seien die Kämpfe bei den Grünen doch viel härter gewesen. Sie erinnere sich noch so gut an den Parteitag in Bielefeld 1999, als so viel Hass in der Luft gelegen habe, dass sie es auf ihrem Platz, vorn links an der Bühne, nicht mehr ausgehalten habe. Sie musste nach hinten gehen. Kurz darauf flog Joschka Fischer ein Farbbeutel an den Kopf.

"Dagegen", sagt Peter, "sind die Streitigkeiten heute doch nur halb so wild. Daran habe ich mich gewöhnt."

Kann man das? Sich an Demütigungen gewöhnen?

An einem Abend Anfang April betritt Peter das Rathaus von Bensberg, um sich über die neuen, energiesparenden Laternen der Stadt zu informieren. Sie ist gut gelaunt. Aus Berlin weg zu sein ist der Teil ihres Jobs, den sie am meisten mag. Peter stellt sich als Erste vor, dann ihr Büroleiter und dann ein Angestellter der Stadt.

Der erzählt, dass sein Bruder auch bei den Grünen sei. Am Morgen habe er ihn eigens angerufen, um ihm zu erzählen, dass er abends die Parteichefin treffe.

"Die ist nicht meine Chefin", habe der Bruder nur geantwortet.

Während alle im Raum lachen, erstarrt Peter. Ihr Blick wandert hektisch umher, sie prüft, ob die Journalisten zu ihren Stiften greifen, sucht den Augenkontakt zu ihrem Büroleiter. Was tun?

Gut eine Viertelstunde später, es geht längst um etwas anderes, ergreift Peter noch einmal das Wort. "Was ich noch sagen wollte," sagt sie plötzlich und beginnt dann einen komplizierten Vortrag, dass die Grünen ja früher gar keine Chefs hatten, sondern nur Parteisprecher, das habe der Bruder doch bestimmt gemeint. Als sie ir-

gendwann selbst sieht, dass niemand im Saal versteht, worüber sie da eigentlich redet, verstummt sie mitten im Satz.

Seit Peter Parteivorsitzende ist, wird sie ständig von der Angst geplagt, einen Fehler zu machen. Als sich die Gruppe nach dem Besuch des Bensberger Rathauses auf den Weg zu den Laternen macht, bietet ein Strommanager Peter eine Mitfahrt in seiner Limousine an. Der Mann freut sich ehrlich, Peter zu treffen. Am Ende bittet er um ein Foto, sie, er und der Wagen.

"Ist das denn ein Elektroauto?", fragt Peter.

"Nein", sagt er und erklärt ausführlich, um welches neues Mercedes-Modell es sich handelt.

"Dann lieber nicht", sagt Peter.

Er bittelt, aber sie bleibt hart. Nein, nein, das gehe nicht, Foto nur vor einem Elektroauto.

Als der Shitstorm nach Köln über sie hinwegfegt, verteidigt sich Peter nicht etwa, sondern sucht die Schuld bei sich: "Es tut mir leid, dass meine Äußerungen durch Verkürzung in eine Schiefelage geraten sind. Ich hätte abwarten sollen, bis weitere Informationen vorliegen."

Es braucht vier Gesprächsanläufe an vier unterschiedlichen Tagen, bis Simone Peter das erste Mal durchscheinen lässt, wie sehr der Hass sie getroffen hat. Sie spricht von Wut über die "Rheinische Post", die aus ihren Worten die Schlagzeile "Simone Peter wirft Polizei Rassismus vor" gemacht habe. Wut auch über den Versuch, sie zu demontieren. Sie schweigt einen Moment, fügt dann hinzu: "Damit meine ich vor allem den politischen Gegner."

Tagelang sitzt sie mit dem Laptop zu Hause auf dem Sofa und liest jeden Kommentar, jede Nachricht, jede Mail. Ein Mitarbeiter muss sie irgendwann zwingen, nicht mehr in ihr Postfach zu gucken. Aber als "Bild" die Kampagne "Dumm, dümmer, Grüfri" startet, geht sie mit der Zeitung in der Hand zu ihrem Mann. Eigentlich beheligt sie ihn nie mit Politik, das ist die unausgesprochene Abmachung. Er kümmert sich unter der Woche um ihren elfjährigen Sohn, da will sie ihm nicht auch noch ihre Berli-

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

ner Probleme aufhalsen. Aber zum ersten Mal in ihrer Zeit als Parteivorsitzende ist sie sich unsicher, ob sie es noch schaffen wird, die Fassade aufrechtzuerhalten.

Am 6. Januar 2017 findet der Neujahrsempfang der Oberbürgermeisterin von Saarbrücken statt. Eigentlich geht Peter jedes Jahr hin. Doch dieses Mal überlegt sie. "Tut mir das gut, oder begeben Sie mich damit in die Höhle des Löwen?" Peter greift zum Telefon und ruft einen guten Freund an, Kajo Breuer, den ehemaligen Bürgermeister von Saarbrücken: "Sag mal, gehst du da hin?" Sie treffen sich im Foyer, damit Peter sich nicht allein unter die Leute mischen muss. Aber dann stürmen sofort alle auf sie zu, der Abend, so erinnert sich Peter, wird zu einer einzigen Solidaritätsadresse. Er habe ihr Kraft gegeben, sich ein paar Tage später auch in Berlin zu zeigen.

Mitte Mai sitzt Peter auf dem Beifahrersitz eines Mietwagens, ihr Büroleiter steuert ihn. Fröhlich zeigt sie aus dem Fenster, zu jeder Straße, jedem Haus hier in Saarbrücken kann sie eine Geschichte erzählen.

Am Wochenende warten hier ihr Mann und ihr Sohn auf sie, auf dem Schreibtisch in ihrem Haus liegen all die freundlichen Artikel, die über Peter erschienen sind, als sie noch Umweltministerin im Saarland war. "Ein Riesenstapel", sagt sie.

Sie dirigiert ihren Büroleiter auf eine Landstraße, es dauert 20 Minuten, dann hält der Wagen vor einem schlichten Einfamilienhaus in einer ruhigen Straße in Dillingen. Peter steigt aus und geht auf die Haustür zu. Hier ist sie aufgewachsen. Ein alter Mann, Anfang neunzig, macht die Tür auf.

"Hallo, Papa." – "Simone!"

Rudi Peter strahlt.

Sie umarmen sich, dann setzen sie sich in den Garten. In der Luft liegt der leichte Schwefelgeruch, der von der Dillinger Hütte herüberströmt.

Ihr Vater ist oft die letzte Person, mit der Peter abends spricht. Sie reden viel über Politik, das war schon immer so. Vater Rudi, SPD-Mitglied, war langjähriger Vorsitzender der Zukunftswerkstatt Saar. Mutter Brunhilde, die an den Folgen einer Demenz starb, kurz nachdem Peter Parteichefin geworden war, war mal Arbeitsministerin unter Oskar Lafontaine.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

"Hier saßen wir", sagt Simone Peter und zeigt auf den Tisch. "Ich immer auf der weißen Bank. Als Kind hat mich das manchmal wahnsinnig gemacht, ich kam von der Schule, und die Brüder waren schon wieder mit den Eltern in irgendeiner politischen Diskussion vertieft."

Simone Peter sitzt zurückgelehnt in ihrem Gartenstuhl, die Sonne scheint ihr ins Gesicht. Plötzlich redet sie ganz frei davon, wie schwer der Druck des Berliner Amtes auf ihr lastet. Dass sie gelitten habe, als die Presse ihre erste Rede als Parteichefin zerriss. Sie sei doch so unendlich nervös gewesen, habe sich nicht mal getraut, den Kopf zu heben. Sie habe sich später Sprechtrainerinnen geholt und gelernt, dass es gar nicht so sehr darauf ankomme, dass ein Text perfekt sei. Viel wichtiger seien die Gefühle, die man vermitteln. Sie wüsste auch nicht, warum ihr das oft noch nicht gelinge.

Vater Rudi hört seiner Tochter lange schweigend zu. Dann lehnt er sich vor und sagt mit einer ganz sanften, behutsamen Stimme:

"Du wirst niemals eine Claudia Roth sein. Du wirst niemals eine Sahra Wagenknecht sein."

Peter sieht ihn fragend an. Er fährt fort: "Bei denen hat man sofort den Eindruck, die können es, die können Menschen im großen Umfang beeinflussen. Das wird, glaube ich, nicht deine Rolle sein."

Peter schaut auf den Tisch, trinkt einen Schluck aus ihrer Apfelschorle.

"Mir ist aufgefallen", sagt Vater Rudi, "dass du die Leute sehr ansprichst, wenn du mit ihnen persönlich in einem kleinen Kreis diskutierst."

"Mmh", sagt Peter.

"Und dann merken die Leute," sagt ihr Vater, "jawohl, die ist authentisch. Aber das wirkt nur in dem kleinen Kreis. Das wirkt nicht im großen Kreis. Im großen Kreis wirkt der Star. Der, der überzeugen kann."

"Ja aber ...", fängt Peter an. Der Cem habe ja auch unglaublich an sich gearbeitet, um diese Reden zu halten, die er jetzt hält. "Es geht darum, was über das Lernen herausgeht", sagt Rudi Peter. "Was im Talent liegt. Das kann man nicht nur üben."

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

An diesem Abend wird Simone Peter ihren Vater nicht anrufen, sondern er sie. Er sei ganz aufgeregt gewesen, habe sich Sorgen gemacht, ob er etwas Falsches gesagt habe, erzählt Peter einen Tag später. Sie wird ihn dann beruhigen. Alles gut, Papa.

Als Mitte Juni auf der Bundesdelegiertenkonferenz im Berliner Velodrom endlich der Satz ertönt, auf den Simone Peter seit Stunden wartet, steht sie längst und hält das Manuskript in der Hand.

"Simone, die Bühne gehört dir."

Sie geht ans Pult, es ist ihr zu hoch. Sie sagt, sie sei leider keine 1,90 Meter groß.

Sie lacht. Als niemand im Saal mitlacht, gefriert ihr Gesicht. Sie legt die Hände links und rechts ans Pult, stellt den linken Fuß einen Schritt nach vorn und beginnt.

Die Rede holpert erst, sie ist voller schiefer Sprachbilder, aber doch ist es eine andere Rede als sonst, eine wütende. Simone Peter will kämpfen. Irgendwann kommt die Rede auf Köln zu sprechen, auf den Hass gegen sie.

Sie lässt das Verständnis für ihre Kritiker beiseite, sagt, die Grünen sollten "auch, bitte schön, nachfragen dürfen", ob ein Einsatzkonzept funktioniert. "Was sind sonst Demokratie und Rechtsstaat wert?" Als sie fertig ist, überblickt sie noch einmal den Saal, von links nach rechts, wie eine Löwin. Sie lacht nicht. Sie verzieht keine Miene. Sie dreht sich mit einem Ruck um und geht.

Für einen ganz kurzen Moment ist diese Rede ein Sieg, im Velodrom herrscht eine merkwürdige Mischung aus Stille und Verlegenheit. Dann wird Hans-Christian Ströbele verabschiedet, das grüne Urgestein, und schon denkt niemand mehr an die Parteichefin.

"War es das jetzt?", fragt Simone Peter am Ende eines langen Gesprächs. Eine Frage noch. Halten Sie sich für eine erfolgreiche Parteivorsitzende?

Ja, sagt sie, ohne zu überlegen, und lehnt sich souverän zurück.

Dann muss sie lachen.

"Ja. Wirklich."